



universität
wien

MASTERARBEIT

Titel der Masterarbeit

„Promi-Protest in Österreich“

Eine Protestereignisanalyse der Jahre 2006-2008“

Verfasser

Jakob-Moritz Eberl, BA

angestrebter akademischer Grad

Master of Arts (MA)

Wien, Februar 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaft UG2002

Betreuerin / Betreuer: Univ-Prof.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Sylvia Kritzinger

WIDMUNG

Für meinen Mitschüler, Studienkollegen und besten Freund, Arnaud (1989-2012).
Du wirst mir immer in Erinnerung bleiben.

DANKSAGUNG

An dieser Stelle möchte ich mich bei jenen Personen bedanken, die mich in einer oder anderen Weise unterstützt haben.

Zu aller erst danke ich Univ.-Prof.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Sylvia Kritzinger für ihre durchgehende Betreuung, von der Ausarbeitung einer Fragestellung, bis zur Finalisierung der Ergebnisse. Eine bessere Betreuung hätte ich mir nicht wünschen können.

Weiters möchte ich mich bei Univ.-Prof. Dr. Wolfgang C. Müller und Univ.-Ass. Mag. Dr. Martin Dolezal für das Forschungspraktikum im SoSe 2011 bedanken, indem ich sowohl den ersten Kontakt mit diesem Arbeitsthema, als auch mit der angewandten Erhebungsmethode hatte. Univ.-Ass. Mag. Dr. Dolezal danke ich des Weiteren für die Hilfestellung bei allen meinen Fragen bezüglich der Protestereignisanalyse.

Bei Dieter, Johanna und Julian bedanke ich mich für ihr Feedback im Rahmen des Masterseminars und darüber hinaus.

Bei weiteren methodischen Fragen standen mir meine ArbeitskollegInnen und FreundInnen von AUTNES zur Seite. Hier danke ich im Speziellen Christian, David, Eva und Markus für Ihren wissenschaftlichen Rat.

Wichtiges Feedback habe ich aber auch aus meiner Familie und meinem näheren Bekanntenkreis bekommen. Auch vor mehrmaliger Lektüre schreckten sie nicht zurück: Merci Günther und Heide! Danke Mama, Papa und Miki!

Ohne meinen Bruder hätte diese Arbeit kein vorzeigbares Layout bekommen. Muchas Gracias Max!

Und zu letzt möchte ich mich für die seelische Unterstützung bei meiner Freundin Klara bedanken: Du hast dir alle meinen Sorgen angehört und mich immer aufgemuntert. Danke vielmals.

INHALTSVERZEICHNIS

1.	EINLEITUNG.....	1
1.1	Forschungsstand.....	2
1.2	Fragestellung und Forschungsvorhaben.....	3
2.	THEORIEHINTERGRUND UND ENTWICKLUNG DER HYPOTHESEN.....	6
2.1	Politischer Protest	6
2.1.1	Protest als Analyseobjekt.....	8
2.1.2	Politischer Protest in Österreich.....	11
2.2	Prominente und Politik	14
2.2.1	Prominenz und Gesellschaft.....	15
2.2.2	Promi-Politik	17
2.2.3	„Promi-Politik“ in Österreich.....	21
2.3	Prominente und Protest	23
2.3.1	Politik und Medien	23
2.3.2	Prominente, Protest und Medien	24
2.3.3	Prominente als Machtressource bei Protesten.....	26
2.4	Erwartungen und Hypothesen.....	30
2.4.1	Hypothese zu den Themen von Protestereignissen mit Prominenten	32
2.4.2	Hypothese zu den Aktionsformen von Protestereignissen mit Prominenten.....	33
2.4.3	Hypothese zur medialen Darstellung von Protestereignissen mit Prominenten ..	34
2.4.4	Hypothese über die Wirkung von Prominenten auf die TeilnehmerInnenzahlen	36
3.	ERHEBUNGSMETHODE UND UNTERSUCHUNGSDESIGN.....	37
3.1	Die Protestereignisanalyse.....	37
3.2	Datenquelle und Stichprobe.....	40
3.3	Selektionierung	42
4.	AUSWERTUNG UND ANALYSE	46
4.1	Explorativer Datenüberblick.....	46
4.1.1	(Promi-)Protest im Zeitverlauf	46
4.1.2	ProtestorganisatorInnen	47

4.2	Herkunft und Funktion der Prominenten.....	49
4.3	H1: Zur Konsensfähigkeit von Promi-Protestereignissen	52
4.4	H2: Zur Friedfertigkeit von Promi-Protestereignissen.....	56
4.5	H3: Zur Medienresonanz von Promi-Protestereignissen.....	59
4.6	H4: Zur Anziehungskraft von Promi-Protestereignissen?.....	62
5.	DISKUSSION UND SCHLUSS.....	65
5.1	Zusammenfassung.....	65
5.2	Diskussion der zentralen Ergebnisse.....	67
5.3	Diskussion des Studiendesigns	70
5.4	Konklusion.....	71
6.	LITERATURVERZEICHNIS	73
	APPENDIX A: Tabellenanhang	89
	APPENDIX B: Promi-Protestereignis Überblick.....	91
	APPENDIX C: Codebuch	94
	APPENDIX D: Abstracts	111
	APPENDIX E: Curriculum Vitae.....	113

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 3.1: Codierung eines Artikels	44
Diagramm 4.1: OrganisatorInnen der Protestereignisse	48
Diagramm 4.2: Promi-Protestierende nach Arbeitsbereich	50
Diagramm 4.3: Promi-Protestierende nach Funktion	51
Diagramm 4.4: Die zehn häufigsten Protestthemen insgesamt	52
Diagramm 4.5: Protestformen im Überblick	56
Diagramm 4.6: TeilnehmerInnenzahl im Überblick	62

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 4.1: Protestereignisse nach Jahr	46
Tabelle 4.2: Protestthemen Liberal/Non-Liberal und POP/PEP	55
Tabelle 4.3: TeilnehmerInnenzahl nach Protestform	63
Tabelle 6.1: „Liberale“ Protestthemen	89
Tabelle 6.2: Prominente nach Beruf und Funktion	90

GLOSSAR

PE	Protestereignis
PEA	Protestereignisanalyse
PEP	Protestereignis mit prominenter Unterstützung
POP	Protestereignis ohne prominente Unterstützung

1. EINLEITUNG

Die Politikwissenschaft hat sich lange Zeit überwiegend mit institutionalisierten politischen AkteurInnen beschäftigt, seien es Wahlanalysen, Parteiprogramme, PolitikerInnen oder internationale politische Konflikte. Spätestens seit *political action* (Barnes/Kaase et al. 1979) hat sich die politische Soziologie – als Schnittstelle zwischen Politikwissenschaft und Soziologie – auch vermehrt an die sogenannten unkonventionellen Formen politischer Partizipation - dem politischen Protest - herangewagt (siehe Kaase 1990, Kaase/Neidhardt 1990, Dalton 1996 uvm.). Daniel Bell schrieb sogar: „the axial principle of the modern polity is participation“ (Bell 1976: 12), um die Bedeutung von jeglicher Form politischer Partizipation in der heutigen Gesellschaftsordnung zu betonen. Oft muss allerdings erst darauf hingewiesen werden, dass Partizipation sich nicht auf konventionelle Wege wie den Gang zur Wahlurne beschränkt, sondern auch politischen Protest einschließt. So gewinnt dieser seither größere gesellschaftliche und dadurch auch politikwissenschaftliche Relevanz (vgl. Kaase/Marsch 1979: 31).

Westliche Gesellschaften werden nun immer häufiger mit Begriffen wie *demonstration democracy* (Etzioni 1970), *Protestgesellschaft* (Pross 1992) oder *Bewegungsgesellschaft* (Neidhardt/Rucht 1993) umschrieben. Erst in den vergangenen Jahren wurden im arabischen Raum ganze politische Systeme durch den Druck von Massenbewegungen aus der Zivilgesellschaft, dem *Arabischen Frühling*, einem Reformierungsprozess unterzogen (vgl. Dupont/Passy 2011). Die steigende Präsenz unkonventioneller Formen politischer Partizipation wie Demonstrationen oder Besetzungen im nationalen, sowie internationalen politischen Geschehen, wird mit solchen Neologismen hervorgehoben.

Eine zweite wesentliche Entwicklung als Ursprung des Forschungsgegenstandes dieser Arbeit ist die heutzutage nicht mehr anfechtbare politische Macht von Medien bzw. Massenmedien. Manche WissenschaftlerInnen gehen soweit zu meinen, dass Politik bald ausschließlich auf medialer Ebene entschieden wird (Crouch 2008) oder sie schreiben schon jetzt von einer Boulevardisierung oder *tabloidization* von politischer Berichterstattung und Politik (Esser 1999).

Im zentralen Fokus der vorliegenden Arbeit stehen prominente Persönlichkeiten als Bindeglied zwischen Politik und dem Boulevard, und damit das Produkt der immer stärker werdenden Personalisierung und Dramatisierung von politischen Prozessen (Meyer 2001,

Dörner 2001). Insbesondere berühmte Personen aus dem *kulturellen Feld* spielen auch in Protestbewegungen eine immer wichtigere Rolle (Meyer/Gamson 1995, Edwards/McCarthy 2007).

Bob Edwards und John D. McCarthy stellen die Verbindung zwischen Prominenten und Protestereignissen auf der Ebene von Machtressourcen her. Sie gehen dabei davon aus, dass es fünf verschiedene für Protestbewegungen (und einzelne Protestereignisse) wichtige Ressourcen gibt, die über ihre Stärke bzw. politische Macht entscheiden können. Besonders die *moralische Ressource* ist im Kontext von Promi-Protest relevant. Diese Ressource setzt sich aus Legitimität, solidarischer Unterstützung und Prominenz bzw. Bekanntheit zusammen und geht eng mit der Medienpräsenz einer Protestaktion einher (vgl. Edwards/McCarthy 2007: 117ff).

Gerade die Unterstützung von national oder global bekannten Persönlichkeiten (Prominenten) garantiert im Idealfall die Bekanntheit und Legitimität einer Bewegung, indem sie eine Brücke zwischen der Makroebene (Prominenz) und dem Prozess auf Meso- bis Mikroebene (dem Protest) schlägt (vgl. Edwards/McCarthy 2007: 125). Umso größer die Medienpräsenz eines Protests, umso größer sind die verfügbaren Druckmittel und das Machtpotenzial einer Bewegung (Gamson 2007). Kurz gesagt können Prominente ein wichtiges Mittel zur Stärkung eines Protests darstellen – im Idealfall erhöhen sie das Mobilisierungspotenzial und damit den gesellschaftlichen und politischen Einfluss des Protests.

1.1 Forschungsstand

Bisher gab es wenig empirische Forschung, welche die Rolle von Prominenten im Verlauf von Protestereignissen untersucht hat. Es wurden in den USA zwar theoretische Ansätze über einen Zusammenhang von Prominenten und Proteststrategien bzw. Protestverläufen entwickelt (Meyer/Gamson 1995, Edwards/McCarthy 2007), allerdings muss dabei von einem starken kulturellen Bias ausgegangen werden (vgl. Henneberg/Chen 2007). Prominenz kann dort – mit Massenmedien- und Kulturmetropolen wie New York und Los Angeles bzw. Hollywood – um einiges größere Dimensionen annehmen als in einem Land wie Österreich.

Auch politischer Protest hat in einem auf Konsens orientierten Land wie Österreich andere Dimensionen als in anderen westlichen Ländern, wo es deutlich mehr unkonventionelle politische Partizipation gibt (vgl. Dolezal/Hutter 2007: 338). Gerade unter diesen

Bedingungen ist es besonders interessant herauszufinden, welchen Platz prominente Persönlichkeiten hier einnehmen und ob dieser anders ist, als in der oben angeführten Literatur angenommen.

Mit der empirischen Methode der Protestereignisanalyse (einer Form der Medienanalyse) wird es möglich, gezielter genauere und weitreichende empirische Daten zu Protestereignissen zu sammeln (siehe u.a. Kriesi et al. 1995, Rucht (Hrsg.) 2001).

Martin Dolezal, Swen Hutter (2007) und Dolezal et al. (2012) wendeten diese Erhebungsmethode zum ersten Mal auf österreichische Daten an und untersuchten Ausmaß, Aktionsformen und thematische Schwerpunkte von Protest in Österreich von 1975 bis 2005. Auch Sieglinde Rosenberger und Jakob Winkler (2012) führten eine Protestereignisanalyse in Österreich durch. Sie beschäftigten sich speziell mit Anti-Abschiebungsprotesten in den Jahren 2006 bis 2011. Prominente Persönlichkeiten standen in keiner dieser Forschungen im Fokus.

Mark Herkenrath und Alex Knoll (2011) führten eine Protestereignisanalyse in lateinamerikanischen Staaten durch und erhoben dabei – als bisher einzige Forscher – auch die Präsenz von prominenten Persönlichkeiten. Ihre Analysen legen allerdings nahe, dass sie einen sehr weiten Begriff von Prominenz verwendet haben, der mit der Operationalisierung in dieser Arbeit und mit der Theorie zu Promi-Protest nur wenig gemeinsam hat.

1.2 Fragestellung und Forschungsvorhaben

Ziel dieser Masterarbeit ist es, sich genau dieser empirischen Lücke anzunehmen und die Verbindung zwischen Protest und Prominenz, ein bisher wenig und in Österreich noch gar nicht untersuchtes Feld, mit empirischen Daten zu erschließen und dadurch auch besser kennenzulernen.

Die folgende Hauptfragestellung steht dabei im Mittelpunkt: ***Welche Rolle spielen prominente Persönlichkeiten bei Protestereignissen in Österreich?***

Diese Fragestellung soll einerseits anhand eines Blocks an größtenteils explorativen und deskriptiven Teilfragestellungen und andererseits anhand zweier analytischer Fragen behandelt werden:

- Wie groß ist der Anteil an Protestereignissen, die durch prominente Personen unterstützt werden? Welche Berufsgruppen an Prominenten nehmen an

Protestereignissen teil (SportlerInnen, MusikerInnen, AutorInnen usw.) und welche Funktion nehmen sie bei diesen Ereignissen ein? Um welche Themen handelt es sich bei solchen Aktionen und um welche Protestformen? Wie unterscheiden sich die Protestereignisse in diesen letzten beiden Merkmalen (Thema und Aktionsform) von Protestereignissen ohne Unterstützung durch Prominente?

- Hat die Unterstützung durch prominente Persönlichkeiten einen Einfluss auf das Ausmaß der medialen Berichterstattung über dieses Ereignis?
- Gibt es einen Zusammenhang zwischen der TeilnehmerInnenzahl bei einem Protestereignis und der Unterstützung durch Prominente?

Zur Beantwortung der Forschungsfrage wird an den quantitativ-methodischen Standard angeknüpft (siehe u.a. Kriesi 1995, Rucht (Hrsg.) 2001, Ortiz et al. 2005) und eine Protestereignisanalyse der Jahre 2006 bis 2008 in Österreich über die Tageszeitung „*der Standard*“ durchgeführt. Die vorliegende Studie bezieht ihre Daten daher primär aus den Medien bzw. einer durch die Medien transportierten Realität. Die Ergebnisse dieser Arbeit sollen möglichst generalisierbare Aussagen über die Protestkultur in Österreich ermöglichen, daher ist die Auswahl auf einen eher *unauffälligen* Untersuchungszeitraum begrenzt: den 2. Oktober 2006 bis zum 27. September 2008. Es handelt sich um einen Zeitraum zwischen zwei Nationalratswahlen. Aussagen über diesen Zeitraum sollten daher am ehesten den „Normalzustand“ in Österreich widerspiegeln können. Durch die Methode der Protestereignisanalyse wird es möglich eine Gesamterhebung aller Protestereignisse in diesem Zeitraum durchzuführen und dabei viele Detailinformationen ohne besonderen Mehraufwand mit zu erheben.

Obwohl sich die Jahre 2000-2003 aufgrund der großen Anzahl an Protestereignissen, sowie dem medialen wie politikwissenschaftlichen Interesse, ebenso anbieten würden, sind diese Jahre im Vergleich zur restlichen Protestkultur in Österreich als *extreme Ausreißer* mit Vorsicht zu behandeln (vgl. Dolezal/Hutter 2007: 338), ähnlich ist es bei den Jahren 2009-2010 aufgrund der Audimax-Bewegung (Heissenberger 2010). Die Untersuchungszeiträume wären im Rahmen dieser Masterarbeit aufgrund ihrer Abweichung vom „Normalzustand“ nicht zielführend.

Im ersten Kapitel dieser Arbeit soll der theoretische Unterbau der Thematik dargelegt werden. Dabei wird in einem ersten Unterkapitel ein Überblick über das Arbeiten mit politischem Protest geliefert und in Eckpunkten die Chronologie des politischen Protests in

Österreich analysiert. In einem zweiten Unterkapitel wird die soziologische Bedeutung von Prominenz und deren Thematisierung in der Politikwissenschaft unter dem Stichwort *celebrity politics* aufgegriffen. Nach der Einzeldarstellung beider Seiten (Protest und Prominenz), gilt es diese im dritten Unterkapitel zu verbinden und die Theorie über die Zusammenarbeit von prominenten Persönlichkeiten und Protestbewegungen zu erläutern. Im Anschluss an die theoretische Basis der Arbeit, folgt eine genaue Darlegung und Begründung der Erwartungen und Hypothesen. Das Folgekapitel befasst sich mit dem Forschungs- und Erhebungsdesign. Dabei wird vor allem die Methode der Protestereignisanalyse erläutert. Danach folgt die Hypothesenüberprüfung samt statistischer Datenauswertung des eigen generierten Datensatzes und Interpretation der Ergebnisse. Zuletzt werden nochmals alle Ergebnisse zusammengefasst und zentrale Punkte, sowie methodische Aspekte diskutiert.

2. THEORIEHINTERGRUND UND ENTWICKLUNG DER HYPOTHESEN

2.1 Politischer Protest

Politischer Protest ist im Fall dieser Arbeit als kollektive oder individuelle, öffentliche Aktion von staatlichen wie auch nicht-staatlichen AkteurInnen zu verstehen, die über die Formulierung eines gesellschaftlichen oder politischen Anliegens zum Ausdruck gebracht wird. Politischer Protest ist ein Medium der Kritik und/oder des Widerspruchs – wobei auch die Befürwortung einer Meinung, einer Entscheidung o.ä. als Widerspruch gedeutet werden kann (Bsp. Friedensbewegung: *für* Frieden d.h. *gegen* Krieg) (vgl. Rucht et al. 1992: 4).

Es wird im Laufe dieser Arbeit mit unterschiedlichen Begriffen zum selben Thema gearbeitet. Dabei bezieht sich „Protest“ auf den allgemeinen Ausdruck des politischen Widerspruchs, wie oben beschrieben. „Protestbewegungen“ sind einerseits soziale Bewegungen, die in organisierter Form über Protest an die Öffentlichkeit treten, wie z.B. die Friedensbewegung oder die 68er-Bewegung, aber andererseits auch die Ansammlung mehrerer Protestereignisse zu einem spezifischen Thema innerhalb eines spezifischen politischen Kontextes. Wird nicht ausdrücklich auf Ersterem bestanden, ist im Rahmen dieser Arbeit immer das Zweite gemeint. Die Begriffe *Protestereignis* und *Protestaktion* werden weitgehend synonym verwendet (siehe Kriesi et al. 2012, Rosenberger/Winkler 2012) und beschreiben ein spezifisches Ereignis mit Aktionscharakter, welches dadurch als Protest qualifiziert werden kann (z.B. eine Demonstration, Besetzung oder ein Fackelzug uvm.).

Es wird in diesem Zusammenhang auch der Begriff „nicht-institutionalisierte Partizipation“ verwendet (vgl. Kaase/Marsh 1979: 41). Manche Protestformen, wie gewaltlose Demonstrationen, haben allerdings sehr wohl eine institutionelle bzw. gesetzliche Verankerung. Besetzungen oder gewaltsame Demonstrationen haben diese allerdings eher selten, dennoch können sie Ausdruck politischen Protests sein. Der Begriff *nicht-institutionalisierte Partizipation* scheint daher aufgrund dieser Ungenauigkeit unangebracht. In dieser Masterarbeit werden Begriffe wie *politischer Protest* oder

unkonventionelle Partizipation bevorzugt, da sie sowohl legale und quasi-institutionalisierte Protestformen (z.B. angemeldete Demonstrationen), sowie illegale und nicht-institutionalisierte Protestformen (z.B. unangemeldete Demonstrationen, politisch motivierte Brandanschläge u.ä.) einschließen.

Im Gegensatz zu Rucht und Ohlemacher (1992), wo Protest ausschließlich als Aktion, organisiert durch nicht-staatlichen AkteurInnen, definiert wird, sind in der vorliegenden Analyse auch staatliche AkteurInnen in die Definition mit eingeschlossen. In der vorliegenden Analyse werden also auch Protestereignisse, die durch Parteien organisiert werden berücksichtigt. Obwohl die hier beschriebene Form des Protests generell als „Politik von unten“ (Neidhardt/Rucht 2001: 28) oder als ein politisches Instrument der Machtlosen (vgl. Lipsky 1968: 1144ff) gedeutet wird, steht der erweiterten Definition durch die Berücksichtigung von staatlichen AkteurInnen wie Parteien (die möglicherweise weder machtlos sind, noch eine „Politik von unten“ verkörpern) streng genommen nichts im Wege. Ob nun nämlich eine Partei oder eine Vorfeldorganisation ein Protestereignis organisiert, oder ob eine NGO Protagonistin ist, bleibt im Endeffekt nebensächlich. Entscheidend ist einerseits der Aktionscharakter des Protests, also dass tatsächlich eine physische Handlung stattfindet und keine bloße verbale Äußerung getätigt wird und andererseits, dass es sich um eine *unkonventionelle Form politischer Partizipation* handelt. Unkonventionelle politische Partizipation definiert sich vor allem aus der geringen öffentlichen Anerkennung. Sie liegt außerhalb der traditionellen Möglichkeiten von Partizipation wie Wahlen oder der aktiven Teilnahme am politischen System über politische Funktionen. Dies spricht daher wieder für die Interpretation als Partizipation *von unten und/oder Machtlosen* – im Sinne von Partizipation von *außerhalb* des vorgegebenen politischen Systems.

Streiks stellen einen Spezialfall dar. Obwohl sie grundsätzlich als unkonventionelle politische Partizipation qualifiziert werden könnten, werden Streiks in dieser Masterarbeit nicht berücksichtigt, da sie sich auf den industriellen Konflikt konzentrieren. Industrieller Konflikt ist nicht Teil des politischen öffentlichen Protests, der in dieser Masterarbeit oder auch in anderen Arbeiten zur Bewegungsforschung analysiert wird (vgl. Dolezal et al. 2012: 46).

2.1.1 Protest als Analyseobjekt

Der folgende Abschnitt befasst sich mit der Frage, welche Voraussetzungen es für politischen Protest gibt und warum in manchen Ländern mehr und in anderen weniger Protestbereitschaft zu bemerken ist. Um diese Fragen zu beantworten, sollen nun erste Werkzeuge zur theoretischen Arbeit mit Protest (allgemein) erläutert werden.

Charles Tilly (1995) beschäftigt sich mit dem Ursprung politischen Protests und beruft sich dabei als Beispiel auf den politischen Kontext in Großbritannien gegen Ende des 18. Jahrhunderts. Als eines der ersten Länder, in welchem vermehrt politischer Protest auf nationaler Ebene aus der Bevölkerung an die Öffentlichkeit trat, machte Großbritannien gerade vier wesentliche Veränderungsprozesse durch, die zur Genese des politischen Protests beitrugen. Diese Prozesse können mit kleineren Abweichungen und zeitlichen Verschiebungen auf so gut wie alle zentraleuropäischen Staaten umgedeutet werden.

Zum einen führten Kriege und die Expansion des britischen Königreichs zu einer verstärkten Zentralisation des Staates. Aus einer Vielzahl an rechtlichen Zuständigkeiten wurde eine einzige, wodurch bürokratische Wege auch leichter zu begehen waren. Nicht-staatlichen Gruppierungen wurde es dadurch erleichtert, ihre Anliegen gezielt anzubringen und sich Gehör zu verschaffen. Im Umfeld der industriellen Revolution und dem aufkommenden Kapitalismus war zum anderen eine Klassengesellschaft dabei sich herauszubilden, durch welche es für die entsprechenden gesellschaftlichen Schichten einfacher oder auch unumgänglich wurde, sich zu organisieren und gemeinsam polarisierende Anliegen auf nationaler Ebene zu argumentieren. Außerdem ermöglichten ein hohes Bevölkerungswachstum und der Urbanisierungsschub der Industrialisierung einzelnen politischen Organisationen oder Interessenvertretungen ohne zu große Mühe eine Vielzahl an Menschen zu kontaktieren, mobilisieren und koordinieren. Letztlich sollten auch gemeinsame Erinnerungs- und Glaubensstrukturen von vergangenen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen die zukünftigen Konflikte bestimmen (vgl. Tilly 1995: 364-377).

Hanspeter Kriesi (2007) fasst die soeben dargestellten einzelnen geschichtlichen Fakten und gesellschaftlichen Transformationen mit dem Theorierahmen der *political process approach* zusammen und bringt sie auf einen allgemeinen Nenner. Nur mit dem passenden theoretischen Werkzeug wird es möglich, Protestbewegungen und Protest im Allgemeinen zu analysieren und herauszufinden, welche Fragen in diesem Zusammenhang gestellt

werden müssen und können. Diesem Ansatz zufolge wird die Protestkultur eines Staates vor allem anhand dreier spezifischer Faktoren geprägt:

- **Strukturen:** Der Theorieansatz der politischen Opportunitätsstrukturen bildet den zentralen Kern, des hier dargestellten *political process approach*. Es wird davon ausgegangen, dass vor allem die politischen Strukturen in den unterschiedlichen Staaten die Proteststrategien maßgeblich beeinflussen.

Staaten bzw. staatliche Strukturen können *offen* oder *geschlossen* sein. Diese Dichotomie beschreibt die Zugangsmöglichkeiten zum politischen System. Nach ähnlicher Unterscheidung können Staaten *Input-* oder *Output-*Strukturen haben. Input-Stuktur bedeutet, dass das politische System speziell in *Politikzyklen* (bzw. *policy cycles*) Input von außen annimmt und mitbestimmen lässt. Output-Stuktur beschreibt die Bestimmtheit eines politischen Systems zum Zeitpunkt der Entscheidungsfindung während *Politikzyklen* (vgl. Kriesi 2007: 69-70).

Diese Unterscheidungen gehen eng ineinander – so wird auch zwischen *schwachen* und *starken Staaten* unterschieden (Krasner 1978, Birnbaum 1985): Offene Systeme und Input-Strukturen sind dabei meist in schwachen Staaten zu finden, die wenig Entscheidungskraft haben. Starke Staaten haben geschlossene Systeme, aber eine größere Entscheidungskraft und daher eher Output-Stukturen. Wichtige Einteilungsfaktoren sind dabei der Zentralisationsgrad (je dezentralisierter, desto offener), der Grad der Gewaltenteilung (je niedriger, desto geschlossener) oder das Wahlsystem (Verhältniswahl: offen, Mehrheitswahl: geschlossen) (vgl. Kriesi 2007: 70f).

Anhand dieser Kriterien lässt sich Österreich eindeutig jenen Staaten zuordnen, wo der Zugang zum System zwar gegeben ist – es daher leicht möglich ist seine Anliegen zu kommunizieren –, die darauffolgende Entscheidungskraft aber sehr gering ist (vgl. Kriesi 2007: 71).

- **AkteurInnenkonfigurationen:** Im Rahmen der Analyse von Protestbewegungen und Protestereignissen sind vor allem drei AkteurInnentypen von besonderer Bedeutung.

Die *ProtagonistInnen* organisieren den Protest, leiten ihn und/oder führen ihn durch. Gegen die *AntagonistInnen* bzw. an sie richtet sich der Protest. Die *BeobachterInnen* bzw. *ZuschauerInnen* eines Protestereignisses bzw. einer

Protestaktion nehmen den Protest zwar wahr, nehmen aber nicht aktiv daran teil (Hunt et al. 1994).

Diese AkteurInnentypen können in verschiedene Untergruppen aufgeteilt werden, sodass im Rahmen dieser Arbeit die ProtagonistInnen und unter ihnen vor allem prominente Persönlichkeiten im Zentrum der Analyse stehen. Weitere wichtige ProtagonistInnen in Bezug auf Protest sind die eigentlichen OrganisatorInnen der Ereignisse. Von 1986 bis 2000 spielten in Österreich beispielsweise Umweltbewegungen, Non-Governmental-Organizations (NGOs) oder Parteien eine zentrale Rolle. In den darauffolgenden Jahren bildeten sich mehrere Gruppen im Rahmen der Anti-Rassismus-Bewegung und dem Protest gegen die Schwarz-Blaue-Regierungskoalition. Auch ArbeiterInnen- und Studierenden-Initiativen organisieren seit den 1990er Jahren in Österreich vermehrt Protestereignisse (vgl. Dolezal/Hutter 2007: 346). Relevante AntagonistInnen bei Protestereignissen sind die AdressatInnen des Protests – von ihnen wird z.B. eine Verhaltens- oder Politikänderung verlangt. Die AdressatInnen sind genauso vielfältig wie die Protestthemen selbst. Je nach dem Kontext der Protestbewegungen sind dies zum Beispiel Parteien (z.B. ÖVP/FPÖ) und/oder Firmen und Unternehmen (z.B. im Rahmen der Umweltproteste).

Das Zusammenspiel, also die Konfiguration, der drei sehr unterschiedlichen AkteurInnentypen entscheidet über das Konfliktpotenzial zum ausgewählten Analysezeitpunkt. Dieses Zusammenspiel kann zwar eigene Informationen und Deutungsmöglichkeiten liefern, ist aber immer durch die strukturelle Gegebenheit im jeweiligen Konfliktland mitbedingt. Die AkteurInnenkonfiguration ist vor allem aufgrund ihrer Instabilität, ihres ständigen Wandels, wesentlich für genauere Analysen einzelner Protestbewegungen und gerade für die Bewegungen selbst ein wichtiges Werkzeug, da sie sich leicht verändern bzw. anpassen lässt, im Gegensatz zu den politischen Strukturen in einem Staat (vgl. Kriesi 2007: 73-77).

- **Interaktionskontexte:** Der Analyseansatz der Interaktionskontakte zeigt sich als ein breiterer Ansatz als jener der AkteurInnenkonfiguration. Er entwickelte sich vor allem als Gegenströmung zum strukturellen Ansatz, aufgrund dessen vermeintlichen Determinismus'. Im Gegensatz zum AkteurInnenansatz ist jener der Interaktionskontakte diskursiv und damit auch in ständigem Wandel begriffen. Es stehen Dynamiken und geschichtliche sowie intersubjektive Kontexte der

involvierten AkteurInnen im Mittelpunkt. Im Zentrum der Analyse stehen dabei u.a. die Fragen danach, wann AkteurInnen in einem bestimmten Kontext die politischen Möglichkeiten für oder gegen sich deuten und warum, welche Strategien angewendet werden und wie AdressatInnen (z.B. der Staat) darauf reagieren – z.B. Repression vs. Reform. Diese Art von Interaktion – strategische Aktionen auf der einen und Reaktionen auf der anderen Seite – können u.a. neue Aktionsmöglichkeiten eröffnen, Aktionsziele und die AkteurInnenkonfigurationen nachhaltig beeinflussen (vgl. Kriesi 2007: 77-79). Die Arbeit mit diesem Ansatz stellt sich vor allem für die Analyse längerer Zeiträume als besonders schwierig heraus und wurde auch in Österreich bisweilen nicht berücksichtigt.

Auf Basis dieses Theoriefundaments soll im Weiteren genauer auf Struktur und AkteurInnenkonfigurationen von politischem Protest in Österreich auf Basis der Protestereignisanalyse durch Martin Dolezal und Swen Hutter (2007) eingegangen werden.

2.1.2 Politischer Protest in Österreich

In Österreich hat ein großer Teil aller Protestformen (vor allem ihre bekannteste, die Demonstration) ihre rechtliche Basis in einem Grund- und Menschenrecht, im Versammlungsrecht und dem Recht auf kollektive Meinungsfreiheit (Art. 12 StGG & Art. 11 EMRK) bzw. europarechtlich in der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit (Art. 12 GRC) (vgl. Giese 2012: 71-95).

In Österreich wurden die Grundrechte 1848 vergleichsweise später als in vielen anderen westlichen Ländern (z.B. England, USA, Frankreich uvm.) garantiert, wenige Jahrzehnte später durch die Diktaturen des Austrofaschismus und Nationalsozialismus abgeschafft und erst 1953 wieder eingeführt (Berka 1999).

Bislang haben sich die Sozialwissenschaften in Österreich noch sehr wenig mit Protest auseinandergesetzt, obwohl es in dieser Hinsicht sicherlich in den letzten Jahren, unter anderem aufgrund der gesellschaftspolitischen Aktualität durch die Studierendendemonstrationen 2009, eine positive Entwicklung gab (Heissenberger 2010, Foltin 2011). Allgemein kann gesagt werden, dass die Forschungen zu Protestereignissen in Österreich sich bis jetzt fast ausschließlich auf spezifische Bewegungen

(StudentInnenbewegung, Friedensbewegung, Antiatom- und Umweltbewegung oder Frauenbewegung) oder Ereignisse (Hainburg, Zwentendorf uvm.) konzentriert haben (siehe u.a. Schwendter 1996, Maislinger 1984, Götz 2005, Fischer 1986).

Erst ein einziges Mal wurde eine umfangreiche Längsschnittanalyse zu Protest in Österreich durchgeführt, weg von einzelnen Protestanekdoten. Dolezal und Hutter (2007) haben sich bis jetzt als Einzige an eine Protestereignisanalyse in Österreich herangewagt. Sie haben Protestereignisse in Österreich von 1975-2005 erhoben und dabei auch den zuvor vorgestellten Analyseansatz des *political process approach* verfolgt, um damit den in den letzten Jahren wohl wichtigsten Beitrag zur Protestforschung in Österreich zu leisten.

Zu Beginn ihrer Analyse stehen vor allem die Jahre des Wiederaufbaus im Mittelpunkt, in denen jegliche Politik und der neuerliche Systemaufbau einzig und alleine auf Konsensfindung ausgerichtet war (Konkordanzdemokratie, Korporatismus u.ä.) (vgl. Dolezal/Hutter 2007: 337). Damals wurde die Rolle der Zivilgesellschaft nicht geschätzt. Stattdessen wurde auf eine Modernisierung und Lenkung vonseiten des Staates gehofft (vgl. Hanisch 1994: 15). Das Aktions- geschweige denn Konfliktbereitschaftspotenzial der Zivilbevölkerung war dementsprechend gering bemessen.

Die niedrige Konfliktakzeptanz in Österreich kann laut den Autoren auch heute noch u.a. durch die politischen Opportunitätsstrukturen erklärt werden, indem Österreich als starker Staat eingestuft werden muss. Verstärkt durch ein stark professionalisiertes und strukturiertes politisches System bis hin zur institutionalisierten Interessensvertretung im Rahmen der Sozialpartnerschaft und durch eine quasi unerschütterliche Fraktionsdisziplin in den Parteien wird es außen stehenden AkteurInnen nahezu unmöglich das System zu durchbrechen (vgl. Dolezal/Hutter 2007: 339). Speziell Arbeitskonflikte und das daraus resultierende Protestpotenzial werden auf diesem Weg über die Sozialpartnerschaft abgefangen. In Österreich standen Konkordanz und Konsens im Zentrum des politischen Umgangs, so wurden primär integrierende Strategien im Umgang mit neuen politischen Ideen oder GegnerInnen verfolgt, wodurch jegliches Konfliktpotenzial allerdings schon im Keim erstickte (vgl. Kriesi et al. 1995: 34ff).

Erst in den 1980er Jahren zeigte sich in Österreich vermehrte Konfliktakzeptanz, mit einer gleichzeitigen Öffnung des Systems für neue, teils bewegungsnahe Parteien (die Grünen) und einem Bedeutungszuwachs informeller Elemente direkter Demokratie wie z.B.

BürgerInneninitiativen. Es gelang nicht mehr, alle neuen sozialen Bewegungen (Anti-Atom-Bewegung, Friedensbewegung, Frauenbewegung usw.) in das vorhandene (Parteien-)System zu integrieren, wodurch einem schwachen Zuwachs an unkonventioneller und nichtinstitutionalisierte Mobilisierung erstmals Raum gelassen wurde (vgl. Dolezal/Hutter 2007: 340).

Trotz verstärkter Protestmobilisierung von unterschiedlichster Seite seit den 1990er Jahren bleibt die unkonventionelle politische Mobilisierung im Vergleich zu anderen westeuropäischen Ländern deutlich geringer, allerdings nicht unbedeutend. Der starke zivilgesellschaftliche Widerstand gegen die ÖVP/FPÖ-Regierung im Jahr 2000 hat sich laut Dolezal und Hutter nicht als der oft angepriesene *Epochenbruch* herausgestellt, sondern viel mehr als außerordentlicher Ausreißer (vgl. Dolezal/Hutter 2007: 337-338).

Im Rahmen dieser Arbeit ist dieser Umstand relevant, um ein Gesamtbild der Entwicklung von Protest in Österreich zu bekommen. Im nächsten Kapitel soll mit diesem Hintergrund speziell darauf eingegangen werden, wie prominente Persönlichkeiten zum ersten Mal Einzug in das politische System fanden. Weiters soll dabei genauer auf die AkteurInnenkonfigurationen im Zusammenhang mit Prominenten und Protest eingegangen werden, die unabhängig von der Menge des politischen Protests insgesamt bzw. im Ländervergleich wichtige Informationen über Protestereignisse und Proteststrategien in Österreich liefern können.

2.2 Prominente und Politik

Die Begriffe *Prominenz* oder *Prominente* erscheinen im deutschen Sprachraum zum ersten Mal vermehrt Ende der 1920er Jahre – der erste Versuch einer Definition lautete damals:

„*Die Prominenten, das sind die Obertanen. [...] Komödianten, Filmfritzen, Kabarettfatzken, Boxer, Fußballer, Parlamentarier, [...] Persönlichkeiten schlechtweg – alle können prominent sein.*“ (Kraus 1927: 117f).

Hierbei handelt es sich um eine sehr breite und schwer operationalisierbare Definition. Moderne Definitionen von Prominenten widersprechen dieser Definition bei einem wesentlichen Punkt und grenzen den Begriff ein. David S. Meyer und Joshua Gamson (1995) bezeichnen Prominente als eine Elite, die nicht hauptsächlich dafür bekannt ist was sie tut oder wie sie es tut, sondern einfach dafür wer oder was sie ist (vgl. Meyer/Gamson 1995: 184). Damit unterscheiden sich Prominente eindeutig von der sogenannten Funktionselite, also Personen, die deshalb bekannt sind, weil sie eine bestimmte (wichtige) Funktion in einer Struktur oder einem System einnehmen. Sie unterscheiden damit Prominente auch von ParlamentarierInnen und anderen PolitikerInnen, die in erster Linie durch ihre politische Funktion bekannt sind.

„*Celebrities are [...] a group that occupy a privileged social position but derive status not from institutionally based social power, but from the fact of public attention.*“ (Meyer/Gamson 1995: 184)

Prominente sind eindeutig von jeglichen institutionell legitimierten Persönlichkeiten zu unterscheiden, da sie ihren Status aus ihrer Bekanntheit und nicht ihrem sozialen, ökonomischen oder politischen Einfluss ableiten. So auch Daniel J. Boorstin (1992), der klarstellt, dass Prominente einfach nur dafür bekannt wären bekannt zu sein (vgl. Boorstin 1992: 57).

Um es konkreter zu fassen, kommen Prominente in westlichen Gesellschaften in erster Linie aus kulturellen Bereichen. Sie sind SchauspielerInnen, SängerInnen, SchriftstellerInnen, auch Profi-SportlerInnen etc. und eben auch jene Personen, die nur mehr dafür bekannt sind, bekannt zu sein – in dem Sinne, dass sie ihre Karriere schon

lange hinter sich haben, keine bestimmte Funktion mehr ausführen und auch keine Position innehaben (oder ähnliches) aber immer noch in den Medien und in der Öffentlichkeit präsent sind (vgl. Meyer/Gamson 1995: 184). Es handelt sich hier allgemein um die Unterhaltungsprominenz – ein Neologismus, der die Nähe zwischen Prominenz und dem Feld der Massenmedien hervorheben soll (Mills 1956).

Aufbauend auf der Definition von Meyer und Gamson soll auch die Operationalisierung des Begriffs Prominenz (Prominente) im Rahmen dieser Arbeit durchgeführt werden:

Als prominent werden in der Analyse im Zusammenhang mit sozialen Bewegungen und Protest vor allem jene Personen verstanden, die beruflich aus jenem Feld kommen, welches breit als das *kulturelle Feld* bezeichnet werden kann. Dabei handelt es sich um Personen aus Sport, Musik, Fernsehen und aus klassisch künstlerischen Bereichen, die in enger Verbindung zur Unterhaltungsindustrie und/oder den Medien stehen (vgl. Meyer/Gamson 1995: 184). Obwohl in den Medien auch oft präsent, sind institutionell legitimierte Personen (von einem/einer bekannten RichterIn bis hin zum Bundespräsidenten oder der Bundespräsidentin) keine genuin prominenten Persönlichkeiten, da sie ihren Status in erster Linie aus ihrer Position und in Abhängigkeit von staatlichen Institutionen schöpfen. Grenzfälle, z.B. Personen, die möglicherweise in mehreren Berufsfeldern aktiv sind, werden zwangsläufig einer Einzelevaluierung unterzogen, welche im Codebuch (siehe Appendix C: Codebuch: 94-110) ersichtlich und nachvollziehbar gemacht wird.

2.2.1 Prominenz und Gesellschaft

Ende des 20. Jahrhunderts sagte Max Weber das Ende der Stände voraus. Mit dem aufkommenden Kapitalismus sollten Klassen deren Platz einnehmen (vgl. Weber 1980: 174). Über 100 Jahre blieb darüber ein vorherrschender Konsens in den Sozialwissenschaften, doch Kurzman et al. (2007) stellten mit ihrer Analyse des Phänomens Prominenz eine Gegenthese auf und beschrieben mit ihrer Forschung den Stellenwert von Prominenz als Wiedergeburt der Stände in der Moderne.

Ihre Hauptthese ist, dass Stände sehr wohl auch im Kapitalismus weiter existieren und dass sie sogar durch ihn und für ihn wirken. Es handelt sich dabei allerdings nicht um dieselben

Stände wie vor der industriellen Revolution, sondern z.B. um die Stände der Prominenten.¹ Zusammengefasst treffen vier Privilegien auf Berühmtheiten zu, die sie der früheren ständischen Lage (vgl. Weber 1980: 179ff) sehr nahe bringen:

„[T]he interactional privilege that makes brushes with celebrities memorable; the normative privilege that generates respect for celebrities and their ideas; the economic privilege that brings fortune to celebrities; and the legal privilege that states are beginning to recognize.“ (Kurzman et al. 2007: 362)

Weber wusste natürlich noch nichts von diesem neuen Stand, da letzterer seinen Ursprung in New York und Hollywood gegen Ende des 19. Jahrhunderts hatte. Dabei hat es Helden zwar schon in der Antike gegeben, wirkliche Prominenz ist allerdings ein neueres Phänomen, besonders unterstützt durch die Verbreitung der Massenmedien (Print, TV, Radio und Internet) (vgl. Kurzman et al. 2007: 347-352). Auch in der Politik findet Prominenz bald Einzug, so wurden schon ab 1924 in den USA Broadwayschauspieler zur Unterstützung (*celebrity endorsement*) für Wahlkampagnen engagiert (vgl. Tye 1998: 78-79).

Das *interactional privilege* ist wohl das Kernstück der These von Prominenten als Stände: Prominente Personen genießen unsere Aufmerksamkeit, und das obwohl – wären sie keine Prominente – wir ihnen diese wahrscheinlich nicht schenken würden. Sie wirken anziehend, und „gewöhnliche“ Menschen fühlen sich geehrt, sollten sie einmal eine prominente Person treffen (vgl. Kurzman et al. 2007: 355f).

Sie haben *normative Privilegien* als Vorbilder der Gegenwart: Es wird als wichtig gesehen, was Prominente denken, auch über politische oder religiöse Fragestellungen, sodass sie über die Medien sogar öfter ihre Meinungen kundgeben dürfen, als dies manche ExpertInnen können. Schließlich schaffen es auch vermehrt prominente Persönlichkeiten direkt über politische Ämter in das politische System einzudringen. Teile der Gesellschaft wollen nicht nur so sein wie sie, sie möchten auch denken wie sie (vgl. Kurzman et al. 2007: 357f).

¹ Dabei sei an dieser Stelle wieder angemerkt, dass es sich hier in erster Linie um eine Analyse des US-amerikanischen Phänomens *Prominenz* (*celebrity*) handelt und bei einem Vergleich zu Österreich sicherlich einige Anpassungen in der Stärke mancher Schlussfolgerungen getätigt werden müssten, allerdings rüttelt diese Gegebenheit nicht an den Kernaussagen dieser Analyse.

Prominente haben auch *ökonomische und rechtliche Privilegien*: Vor allem in den USA verdienen viele von ihnen (SportlerInnen, SchauspielerInnen usw.) einige Millionen mehr, alleine dadurch, dass sie bekannt sind – im Gegensatz zu anderen Personen, die möglicherweise dasselbe arbeiten könnten wie sie. Wie für die alten Stände gibt es auch für Prominente eigene *Promi-Ärzte, Promi-Frisöre* usw. Wie eigene Eliten verkehren sie in exklusiven Netzwerken, die dem Rest der Gesellschaft nur gegen Unsummen zugänglich werden. Durch eben diese Netzwerke, in denen sie verkehren, und ihr hohes ökonomisches Kapital, genießen sie u.a. auch informelle rechtliche Privilegien bei Straffällen, sodass es oftmals den Anschein hat, als ob Berühmtheiten mit Straftaten davon kämen, für die andere strengstens verurteilt werden (vgl. Kurzman et al. 2007: 360ff).

All diese eben beschriebenen Aspekte von Prominenz helfen nicht nur bei einer genaueren Einordnung des Phänomens Prominenz im gesellschaftlichen Hierarchiegefüge, sie machen auch die Besonderheit von prominenten Persönlichkeiten an sich aus. Speziell im Rahmen dieser Masterarbeit wird diese magische Anziehungskraft und ihre einzigartige Vorbildwirkung noch öfters Thema sein, da diese ihre zentrale Funktion im Zusammenhang mit Protestereignissen ausmachen.

2.2.2 Promi-Politik

Das Phänomen der *celebrity politics* (Promi-Politik), also das Zusammenwirken von Prominenten und Politik, ist gleichermaßen wie *celebrity protest* eher unerkundet, selten systematisch und meistens oberflächlich oder anekdotisch behandelt (vgl. Marsh et al. 2010: 323). Erst in der zweiten Hälfte der 2000er-Jahre scheint hier ein Umdenken stattgefunden zu haben (siehe u.a. 't Hart/Tindall 2009, Marsh et al. 2010, Street 2012, Wheeler 2012).

Einen wesentlichen Beitrag zu diesem Forschungsgebiet haben vor allem Street (2004), Mukherjee (2004), 't Hart/Tindall (2009) und Marsh et al.(2010) geleistet, indem sie eine Typologie der *celebrity politics* formulierten. John Street (2004, 2012) beharrt auf einer binären Begrifflichkeit: 1. *Celebrity politicians*: Prominente Persönlichkeiten, die in der Politik aktiv werden. 2. *Politican celebrities*: PolitikerInnen, die bestimmte Eigenschaften von Prominenten annehmen, wodurch sie in der Öffentlichkeit quasi wie Prominente behandelt werden. Street sieht den Vorteil dieser Typologie darin, dass das eigentliche Phänomen der Promi-Politik nicht unnötig verkompliziert wird. Die Ausdifferenzierung in

fünf Typen nach Marsh et al. (2010) ermöglicht im Gegensatz dazu, das Feld der *celebrity politics* nicht nur besser zu erfassen, sondern es auch auszudifferenzieren und einzugrenzen, was speziell für die Arbeit mit nur einem Teilbereich der Promi-Politik – dem Promi-Protest – ratsam ist.

Marsh et al. (2010) vertreten daher das am meisten ausdifferenzierte Typologie-Modell von Promi-Politik. Um über diesen Politikbereich und daher den weiteren Kontext von Promi-Protest einen ausreichenden Überblick zu bekommen, sollen nun alle fünf Dimensionen (Typen) der *celebrity politics* vorgestellt werden. Von besonderer Relevanz für Promi-Protest sind *celebrity advocates* und vor allem *celebrity endorsers*:

- **Celebrity advocates:** Dabei handelt es sich um prominente Persönlichkeiten, die sich über lange Zeit hinweg für bestimmte Themen einsetzen und dabei auch versuchen, auf der Politikebene (bzw. Policyebene) Veränderungen herbeizuführen. *Advocates* weisen ein Langzeitengagement für politische Themen auf. Häufig nehmen sie dabei auch tragende und funktionelle Rollen in entsprechenden Hilfsorganisationen ein. Damit unterscheiden sich deutlich von anderen Prominenten, die möglicherweise kurzfristig auf mehr Presseaufmerksamkeit hoffen, indem sie sich anlassbegrenzt einem bestimmten wohltätigen Zweck (vgl. 't Hart/Tindall 2009: 38-40, Marsh et al. 2010: 323). Als bekannte *celebrity advocates* sind internationale Persönlichkeiten wie Angelina Jolie oder Bono zu nennen, aber es gibt auch österreichische Beispiele wie Claudia Stöckl und ihr langjähriges Engagement für Kinder in Indien (Zukunft Für Kinder).
- **Celebrity endorsers:** Ähnlich wie *celebrity advocates* treten sie als UnterstützerInnen bestimmter Zwecke auf. Dabei handelt es sich diesmal um gezielte Unterstützungen unterschiedlicher Ziele im Rahmen von zeitlich begrenzten Ereignissen. *Endorsers* sind die klassischen ProtagonistInnen von Promi-Protestereignissen. Sie treten zum Beispiel als WahlkampfunterstützerInnen auf, siehe Oprah Winfrey, Scarlett Johansson, George Takei uvm. für Barack Obama in 2008 und/oder 2012 (vgl. 't Hart/Tindall 2009: 38-40, Marsh et al. 2010: 324). Diese Form der Promi-Politik ist auch in Österreich sehr präsent – jüngst die Unterstützung Roland Düringers für das Bildungsvolksbegehren in 2011 via Videoaussendung. Obwohl *celebrity endorsers* nicht unbedingt die Möglichkeit bekommen, Policy mitzugestalten, bekommen sie die Aufgabe sie zu präsentieren

und an die Öffentlichkeit zu tragen bzw. bekannt zu machen (vgl. Street 2012).

Um den Unterschied zwischen *advocates* und *endorsers* zu verdeutlichen, folgt ein kurzes Beispiel:

*Am Dienstag, den 05.10.2007 fand vor dem Innenministerium in Wien eine Kundgebung gegen die Abschiebungspolitik der Regierung statt. Auch Willi Resetarits (Musiker mit Künstlernamen „Kurt Ostbahn“) Chef des Wiener Integrationshauses nahm an dieser Kundgebung teil. Lediglich als Chef des Wiener Integrationshauses, ist er als celebrity *advocat* zu klassifizieren. Durch seine Teilnahme an einer Protestaktion wurde er gleichzeitig zu einem celebrity *endorser*. Willi Resetarits ist damit sowohl ein celebrity *endorser*, als auch ein celebrity *advocate*.*

- **Celebrity politicians:** Es handelt sich hierbei um, Berühmtheiten aus Film und Fernsehen, die ihr Chance in der Politik suchen bzw. ihre alte Karriere hinter sich lassen wollen. Sie sind politische QuereinsteigerInnen, die sich für ihre WählerInnen dadurch auszeichnen, dass sie AußenseiterInnen sind, (mutmaßlich) ohne ideologische oder parteipolitische Verpflichtungen. Ihre Fans vergöttern sie, und in die Politik bringen sie scheinbar die oft lang ersehnte Abwechslung mit. Die bekanntesten Vertreter sind Ronald Reagan oder Arnold Schwarzenegger (vgl. 't Hart/Tindall 2009: 38-40, Marsh et al. 2010: 324-325). Auch dieses Phänomen ist in der heimischen Politik (obwohl weniger erfolgreich) nicht unbekannt: z.B. Franz Morak – Nationalratsabgeordneter der ÖVP von 1994-2000 (Schauspieler), Ursula Stenzel – u.a. Bezirksvorsteherin in Wien-Innere Stadt seit 2005 (Moderatorin) oder Richard Lugner – u.a. Kandidat zur Bundespräsidentschaftswahl 1999 (u.a. Reality-TV-Darsteller). Bei *celebrity politicians* handelt es sich um den einzige Typus der *celebrity politics*, über den es auch schon eine wissenschaftliche Aufarbeitung in Österreich gab (siehe Kapitel 2.2.3: 21).
- **Politician celebrities:** Hier stehen etablierte PolitikerInnen im Mittelpunkt, die an sich keine „prominenten“ Wurzeln haben. Sie zeichnen sich allerdings vor allem dadurch aus, dass sie am *Puls der Zeit* sind, dass sie ihre

Kommunikationsstrategien ständig anpassen und dabei vor allem die Vielfalt der zur Verfügung stehenden Medien ausschöpfen. Sie zeigen sich von ihrer privaten Seite – um ihre Politik und sich als PolitikerIn quasi einzigartig als Marke zu etablieren (vgl. 't Hart/Tindall 2009: 38-40, Marsh et al. 2010: 325). Verstärkt war diese Art der PR-Inszenierung vor allem 2008 bei der Wahlkampagne von Barack Obama zu bemerken, aber auch in Österreich macht sich rund um Heinz-Christian Strache (FPÖ) und sein Monopol in den sozialen Netzwerken² ein ähnliches Phänomen bemerkbar.

- **Politicians who use others' celebrity:** Als Pendant zum *celebrity endorser* handelt es sich hier um einen/eine PolitikerIn, der/die sich von einer berühmten Persönlichkeit Unterstützung holt. Dabei handelt es allerdings nicht um Wahlempfehlungen, im Mittelpunkt steht viel eher eine Image- oder Legitimierungsstrategie, da der Fokus besonders in der zwischenmenschlichen Beziehung der beiden Personen stehen soll (PolitikerIn, ProminenteR). Besonders zu berücksichtigen ist hierbei die Richtung des Unterstützungsangebots. *Celebrity endorsers* entscheiden selbst jemanden oder etwas zu unterstützen, *politicians who use others' celebrity* engagieren Berühmtheiten um sie in ihrer Sache zu unterstützen (vgl. Marsh et al. 2010: 326).³

Marsh et al. (2011) verdeutlichen mit ihrem Modell die Rolle neuer Formen politischer Partizipation und die Veränderungen in der Kommunikationskultur zwischen Politik, Medien und der Bevölkerung. Speziell in Gesellschaften, wo die WählerInnen die Nähe zu Parteien und politischen Institutionen verloren haben (Putnam 1995), soll Promi-Politik über ihre verschiedenen Dimensionen das politische Interesse eben dieser desillusionierten BürgerInnen wieder erwecken bzw. diese ansprechen (Bang 2009).

² Heinz-Christian Strache hat als Chef einer Oppositionspartei über 120.000 Facebookfans, der Bundeskanzler Werner Faymann hat ca. 6.500 und der Vizekanzler Michael Spindelegger nicht einmal 1.000 Fans (Stand 24/09/2012).

³ Ein hierfür aktuelles Beispiel aus den USA ist der Auftritt des Schauspielers Clint Eastwood während der republikanischen Versammlung 2012.

2.2.3 „Promi-Politik“ in Österreich

Das bisher einzige Werk zur Verbindung von prominenten Persönlichkeiten und Politik in Österreich beruht auf Armin Wolfs Dissertation (2005) und der darauffolgenden Monographie gemeinsam mit Euke Frank (2006). Wolf und Frank sind dabei die Ersten, die sich aktiv mit *celebrity politics* und der Mediatisierung der österreichischen Politik durch das gezielte Einsetzen von prominenten Polit-KandidatInnen befasst haben. Im Fokus der Untersuchung lagen dabei politische QuereinsteigerInnen – oder um in der zuvor vorgestellten Typologie zu bleiben: *celebrity politicians*.

Bei QuereinsteigerInnen handelt es sich konkret um Personen, die über ihre hervorragende Leistung im privaten Beruf direkt in die Politik überwechseln, ohne dass dabei zuerst eine längere parteipolitische Karriere vorausgesetzt war (vgl. Herzog 1975: 150).

Mit ihrem Werk beweisen Wolf und Frank endgültig, dass *celebrity politics* auch in Österreich an Relevanz gewinnt bzw. schon über Jahrzehnte hinweg über QuereinsteigerInnen Usus fand. Obwohl es in Österreich zwar keine vergleichbaren Erfolgsgeschichten der Promi-Politik gibt wie Reagan oder Schwarzenegger, waren unter den (innerhalb der letzten dreißig Jahren) insgesamt 41 QuereinsteigerInnen, drei KünstlerInnen, vier ModeratorInnen und zwei Profi-SportlerInnen – um nur jene zu nennen, die ausnahmslos in das Bild der *celebrity politicians* passen.⁴

Zur Frage ob *celebrity politics* in Österreich erfolgreich seien – kann allerdings nur auf die fehlende empirische Datenlage, schwierige Messbarkeit und Komplexität der Fragestellung verwiesen werden. Wolf und Frank analysieren lediglich anekdotisch, dass die Amtsdauer der QuereinsteigerInnen selten „über ihr erstes Mandat hinaus“ (Wolf/Frank 2006: 8) geht, und kommen dabei allerdings auf ähnliche Schlussfolgerungen wie Marsh et al. (2010: 325). Zusätzlich stoßen QuereinsteigerInnen nämlich als Neulinge im politischen Feld auf parteiinterne Hürden; herrscht dort doch weiterhin ein „Monopol der Professionellen“ (Bourdieu 2001: 69). Eine mindere Partefunktion und die fehlende „Integration in den Parteiapparat“ (Wolf/Frank 2006: 189) und die Partiestrukturen, führen dazu, dass QuereinsteigerInnen keine Netzwerke aufbauen können und dem politischen Feld hilflos ausgesetzt sind (vgl. Wolf/Frank 2006: 192).

⁴ Alle hier aufgelisteten Informationen über österreichische PolitikerInnen wurden anhand der Biographien der einzelnen Abgeordneten über die Website www.parlament.gv.at gesammelt (Letzter Zugriff: 13/10/2012).

So stellen sich die Fragen, ob der Erfolg von *celebrity politics* überhaupt an den karriere-politischen Erfolg von einzelnen QuereinsteigerInnen gekoppelt sein muss und ob die vermeintliche Pattstellung auf der konventionellen Ebene politischer Partizipation, über das politische Mandat, die unkonventionellen Formen politischer Partizipation, z.B. Protestaktionen, für Prominente naheliegender bzw. attraktiver machen.

Ohne diese Fragen zu diesem Zeitpunkt beantworten zu können, erschließen Wolf und Frank mit ihrem Werk erstmals das Feld der Promi-Politik in Österreich. Sie beweisen, dass Promi-Politik auch in Österreich Thema und Alltag sind und öffnen damit den Forschungsgegenstand für weitere Analysen. So auch für die hier vorliegende Ausführung zu Promi-Protest in Österreich – auf dessen konkrete Grundlage nun im letzten theoretischen Kapitel dieser Arbeit eingegangen werden soll.

2.3 Prominente und Protest

Nachdem soeben die Merkmale und Analyseformen des politischen Protests dargestellt und im zweiten Kapitel die Kooperationsformen von Prominenz und Politik aufgezeigt wurden, befasst sich dieses Kapitel nun mit der Verbindung beider Kernthemen: Prominenz und Protest. Neben dem Schlagwort *Promi-Politik* spielen vor allem die Medien eine besondere Rolle in dieser Wechselbeziehung.

2.3.1 Politik und Medien

Demokratie ist ohne eine funktionierende politische Öffentlichkeit nicht möglich (vgl. Meyer 2001: 15). Heutzutage sind es vor allem die Massenmedien, die diese politische Öffentlichkeit bedingen (Dahl 1998). Politische Öffentlichkeit, im Sinne einer demokratischen Öffentlichkeit – einer Voraussetzung von Demokratie –, hat laut Friedhelm Neidhardt (1994) drei zentrale Funktionen zu erfüllen:

1. Transparenzfunktion: Alle BürgerInnen müssen die Möglichkeit bekommen, politische Prozesse nachzuverfolgen, sich darüber zu informieren und sie zu verstehen.
2. Validierungsfunktion: Unterschiedliche politische Meinungen und Positionen müssen in einem diskursiven Kontext zueinander vorgestellt werden und gegebenenfalls revidiert werden.
3. Orientierungsfunktion: Die diskursive öffentliche Kommunikation in den Medien muss eine akzeptierbare öffentliche Meinung produzieren bzw. es den BürgerInnen ermöglichen sich daraus eine eigene Meinung herauszubilden.

Es handelt sich dabei um eine Idealvorstellung der Funktionalität politischer Öffentlichkeit, die in dieser Form nicht zu Gänze umgesetzt wird. Deutlich wird allerdings, dass Medien und allen voran den Massenmedien eine zentrale Notwendigkeit in politischer Kommunikation zugesprochen wird (vgl. Mazzoleni/Schulz 1999: 249). Dadurch entsteht in praxi ein Abhängigkeitsverhältnis, das dazu führt, dass politische AkteurInnen sich den Anforderungen, Regeln und der Sprache der Medien fügen, um ihre politische Agenda, die Verabschiedung von Gesetzen oder die Durchsetzung von Maßnahmen zu kommunizieren und um sicher zu gehen, dass sie auch gehört, verstanden und an die Bevölkerung weitergeleitet werden (Dayan/Katz 1992).

Gianpietro Mazzoleni und Winfried Schulz (1999) verwenden dafür den Begriff der *mediatization* von Politik. Damit ist einerseits gemeint, dass Medien eine entscheidende und vermittelnde Rolle – möglicherweise die alleinige Rolle – in der Kommunikation zwischen Politik und Bevölkerung spielen. Andererseits sprechen die Autoren mit diesem Begriff der Politik ihre Autonomie ab, da ihr Aktions- und Kommunikationsrepertoire präzise durch die Interaktion mit den Medien bestimmt ist und es ihnen daher angepasst werden muss. Ansolabehere et al. (1993) konstatieren ähnliches:

„Today, political leaders communicate with the public primarily through news media that they do not control. The news media now stand between politicians and their constituents. Politicians speak to the media, the media then speak to the voters.“ (Ansolabehere et al. 1993: 1)

Umgekehrt dringt Information aus der Bevölkerung ebenso erst durch die Bearbeitung in den Medien zur politischen Elite. Medien haben allerdings eine selektive und vor allem stark verzerrte Wahrnehmung. Sie entscheiden darüber was relevant und damit Realität ist und konstruieren so eine eigene öffentliche Sphäre, in welcher sie die zentralen AkteurInnen selber bestimmen können und die Politik bis zu einem gewissen Grad machtlos ist (vgl. Mazzoleni/Schulz 1999:250f).

In Österreich waren der allgemeine Einfluss und die gezielte Einflussnahme der Politik auf Medienunternehmen traditionellerweise sehr groß (Bsp. ORF u. Kronenzeitung). Fritz Plasser und Günther Lengauer (2010) argumentieren aber, dass sich auch in Österreich die Kommunikationskultur im Umbruch befände und sich von einer parteien-dominierten zu einer PR-orientierten Kommunikationskultur wandle. Allen voran entscheiden die Medien darüber, was politische Aufmerksamkeit generiert. Die Aufgabe der Politik ist es dann, den Regeln der Medienwelt entsprechend zu reagieren.

2.3.2 Prominente, Protest und Medien

Der Ausgangspunkt der Anwerbung von prominenten UnterstützerInnen für politische Bewegungen ist im oben beschriebenen Naheverhältnis zwischen Politik und Medien

anzusiedeln und möglicherweise am deutlichsten über Thomas Meyers Mediokratie Theorie (2001) zu fassen:

„Von einer Kolonialisierung der Politik durch das Mediensystem kann in einem beschreibenden Sinne dann gesprochen werden, wenn die dem Mediensystem eigentümlichen Regeln auf das politische System übergreifen und dessen eigentümliche Regeln dominieren oder gar außer Kraft setzen.“ (Meyer 2001: 10)

Meyer beschreibt, wie dieser Zustand in westlichen Gesellschaften Einzug gefunden hat und die Massenmedien einen entscheidenden Einfluss auf die politische Willensbildung und womöglich auch auf die Entscheidungsfindung in der Gesellschaft nehmen (vgl. Meyer 2001: 10), indem sie spezifische Themen oder Ereignisse in maximal-reduzierter Komplexität darstellen, so wie sie sich in den Massenmedien am besten vermarkten lassen (vgl. Meyer 2001: 45ff). Auch in Österreich ist dieses Phänomen schon analysiert worden und am politischen Einfluss der Kronen Zeitung verdeutlicht worden (vgl. Plasser/Seeber 2010: 280ff). Personalisierungstendenzen, d.h. der Fokus auf einzelne politische Persönlichkeiten anstatt auf breite Themen, Standpunkte oder Parteien, werden dabei über die Inszenierung von Politik in den Medien besonders begünstigt:

„Mediale Aufmerksamkeit wendet sich gerne solchen Ereignissen zu, die überhaupt von Einzelpersonen bestimmt oder repräsentiert werden. Dies gilt in beträchtlich erhöhtem Maße aber erst dann, wenn Prominenz ins Spiel kommt.“ (Meyer 2001: 48)

Diese Beobachtung trifft auch auf politische Protestbewegungen und unkonventionelle politische Partizipation im Allgemeinen zu. Nur geht es dann darum, die mediale Aufmerksamkeit auf den oder die Prominente(n) vor Ort zu lenken, um über diesen Weg die Aufmerksamkeit auf die gesamte Bewegung bzw. ihr Thema zu lenken.

Laut Gamson (2007) steigt die Überzeugungs- und damit auch Mobilisierungskraft eines durch eine Protest-Bewegung aufgegriffenen Themas mit der Bekanntheit des zutreffenden *frame* (*Diskursrahmens*) in den Massen-Medien. Dieser Diskursrahmen wird durch seine Präsenz in den Medien von der Öffentlichkeit nicht lediglich wahrgenommen, sondern ihr außerdem gewohnt und vertraut gemacht. Je mehr von einem bestimmten Thema, einer

bestimmten Bewegung, oder einem Ereignis in den Medien berichtet wird, umso überzeugender wirkt es auf die Öffentlichkeit und umso größer wird das Mobilisierungspotenzial für zukünftige Protestaktionen (vgl. Gamson 2007: 251ff). Die Medien stellen so eine entscheidende Machtressource für Protest-Bewegungen dar, wenn diese sie für sich nutzen können. Dabei gilt der Leitsatz: Es gibt keine schlechte Presse, Hauptsache Presse.

„Being visible and quoted defines for other journalists and the broader public who really matters.“ (Gamson 2007: 251)

Die Machtzunahme der Medien gegenüber der Politik und Öffentlichkeit begünstigt in diesem Sinne im Kampf um mediale Aufmerksamkeit das Einsetzen von prominenten Persönlichkeiten durch die Politik im Allgemeinen und Protest-Bewegungen im Speziellen und stellt damit eine von vielen neuen Möglichkeiten dar, wie Parteien oder politische Organisationen mit der Öffentlichkeit kommunizieren können (Davis 2010).

2.3.3 Prominente als Machtressource bei Protesten

Bob Edwards und John D. McCarthy (2007) konkretisieren dieses Zusammenspiel von Medien, Protestereignissen und Prominenz in einer eigenen These. Sie gehen von der Ressourcen-Mobilisierungs-Perspektive aus, in welcher – im Gegensatz zur *political process approach* (Strukturen, AkteurInnen, Diskurse) – vor allem endogene Faktoren wie Ressourcen über den Erfolg sozialer Bewegungen entscheiden (McCarthy/Zald 1977). Laut diesem Ansatz gibt es fünf verschiedene für Protest-Bewegungen relevante Ressourcen. Das Ausmaß der unterschiedlichen Ressourcen garantiert bzw. bestimmt den Erfolg einer kollektiven Aktion oder Mobilisierung (vgl. Edwards/McCarthy 2007: 116, siehe u.a. Zald 1992, Cress and Snow 1996). Von speziellem Interesse für die Arbeit ist ausschließlich die letzte Ressource, auf welche auch genauer eingegangen werden soll; alle anderen seien ebenfalls kurz dargestellt um ein Gesamtbild zu gewährleisten:

1. Die kulturelle Ressource beschreibt die Möglichkeit der Eigenproduktion von bewegungsrelevanten, kulturellen Gütern wie Musik, Literatur, Film etc., um das taktische Repertoire von Bewegungen zu erweitern.
2. Die sozial-organisationelle Ressource beinhaltet die Möglichkeit, Infrastruktur, soziale Netzwerke und Kooperationen mit

anderen Organisationen zu nutzen. 3. Humanressourcen hängen eng mit der kulturellen Ressource zusammen. Gemeint ist hier der Besitz von ausreichend Arbeitskraft, Know-How und Führungskräften. 4. Mit der materiellen Ressource ist schlicht das finanzielle Kapital und jegliche Ausrüstung u.ä. gemeint (vgl. Edwards/McCarthy 2007: 126ff). 5. Die moralische Ressource wird von Edwards und McCarthy wie folgt zusammengefasst:

„*Moral resources include, legitimacy, solidary support, sympathetic support, and celebrity.*“ (Edwards/McCarthy 2007: 125)

Das Ausmaß der moralischen Ressource einer politischen Bewegung geht zwar zu einem wesentlichen Teil mit einem Anstieg ihrer Medienpräsenz einher, allerdings kann sie nicht allein durch diese definiert werden.

Legitimität ist ein wichtiger Bestandteil der moralischen Machtressource. Legitimität ist dabei für Protestereignisse das ursprünglich fehlende Bindeglied zwischen dem makro-kulturellen Kontext und dem Organisierungsprozess auf Meso- oder Mikroebene (vgl. Edwards/McCarthy 2007: 125, siehe u.a. Meyer/Rowan 1977, Powell/DiMaggio 1992). Protestereignisse benötigen Legitimität, damit ihr privater Konflikt zu einem öffentlichen Konflikt wird. Unkonventioneller Partizipation fehlt die institutionalisierte Legitimität, welche auf anderen politischen Ebenen Voraussetzung ist. Diese gesellschaftliche Legitimität des Protests und des adressierten Themas muss erst über Aufmerksamkeit erzeugt werden. Die Unterstützung eines Protests durch prominente Persönlichkeiten kann in dieser Hinsicht das Konfliktfeld erweitern, „expanding both the audience and the number of legitimate actors in a political conflict“ (Meyer/Gamson 1995: 185). Legitimität ist damit eng an Öffentlichkeit und daher auch an Medienpräsenz gebunden, diese wiederum ist auf viele verschiedene Möglichkeiten zu erreichen – eine nicht unbedeutende Möglichkeit ist dabei das *celebrity endorsement* (= die Unterstützung einer Bewegung durch eine(n) Promi) bzw. die sogenannte Testimonial-Werbung.

„*Celebrities can be used to draw the attention of journalists. They can then share the spotlight with accountable movement leaders or act themselves as articulators of preferred frames.*“ (Gamson 2007: 253)

Als perfektes Beispiel für das Übergreifen von Eigenheiten des Medienfelds auf das politische Feld ist die Verwendung von Testimonials, einer Praktik aus der Wirtschaftswerbung bzw. Produktforschung. In der Testimonial-Werbung bewerben prominente Persönlichkeiten ein Produkt oder eine Firma. Durch ihren Bekanntheitsgrad bekommen sie automatisch eine große mediale Aufmerksamkeit, und über ihr Image bürgen sie für das Produkt (vgl. Wolf/Frank 2006: 33). Aus der Medienwelt importiert und im Feld des Politischen umgesetzt, bedeutet dies, dass prominente Persönlichkeiten für eine gesamte Bewegung bürgen und mit ihrem Auftreten oder ihrer offiziellen Unterstützung für neue AktivistInnen werben (*endorsement*). Prominente werden somit zu einer Marke bzw. dem Markenzeichen einer Bewegung und sollen somit auch die Legitimität und Korrektheit einer Bewegung garantieren.

Vor allem die Anwesenheit der prominenten Persönlichkeiten ist bei unkonventioneller politischer Partizipation besonders wichtig, um sie als Machtressource einzusetzen zu können, und sei es nur, um nach ein paar Sätzen bei einer Kundgebung, vor einem Publikum und/oder den Medien das Wort an die OrganisatorInnen der Protestbewegung weiterzugeben (vgl. Gamson 2007: 253). So können Protestereignisse auch als Medienereignisse (media events) charakterisiert werden, also Ereignisse deren primäres Ziel es ist, Medienaufmerksamkeit zu generieren und daraufhin auch Politik und Öffentlichkeit zu erreichen – kritisch auch *pseudo-event* bezeichnet (Boorstin 1992). Sollte die Unterstützung durch Prominente allerdings offensichtlich nicht ernst gemeint sein bzw. sollte sich herausstellen, dass eine Berühmtheit für ihren Auftritt bezahlt wurde, dann bröckelt das Image und die Legitimität der Bewegung (vgl. Edwards/McCarthy 2007: 129, Street 2012: 348f).

„Celebrity endorsements are especially credible in cases like this one where a celebrity commands the details of the issue, evidences sincere and longstanding commitment, and donates his or her own time.“ (Edwards/McCarthy 2007: 129)

Die Auswahl der Prominenten spielt daher auch eine besonders wichtige Rolle. Außerordentlich erfolgreich sollen jene Prominenten wirken:

1. deren Berühmtheit am ehesten auf einen persönlichen Verdienst zurückzuführen ist, 2. die aus einer kulturellen Sphäre mit hohem sozialem Prestige entstammen, 3. die schon seit

längerer Zeit berühmt sind, und 4. deren Prominenz eine breite (geographisch und anhand der Anzahl an Fans) und weite (über soziale Schichten und kulturelle Gruppen hinweg) Wirkung zeigt (vgl. 't Hart/Tindall: 2009: 12f).

Außerdem sei angemerkt, dass es Prominenten nicht ermöglicht wird, alleine für einen bestimmten politischen oder sozialen Zweck einzustehen und sich dabei auch Gehör zu verschaffen, da die Medien daran nicht ausreichend Interesse zeigen. Erst durch den Kontext und den politischen Rahmen der Protestbewegungen können auch Prominente ihre Anliegen wirklich an die Öffentlichkeit tragen (vgl. Meyer/Gamson 1995: 189). Bei Promi-Protest handelt es sich also um ein symbiotisches Abkommen mit Vorteilen für beide beteiligten Seiten.

2.4 Erwartungen und Hypothesen

Wie in der Einleitung dieser Masterarbeit schon angekündigt, wird sich der erste Teil der Auswertungen explorativen Teilfragestellungen widmen, für welche es zu diesem Zeitpunkt unmöglich und unratsam, ist konkrete Hypothesen zu formulieren. Es gilt viel eher das Feld erst einmal zu erkunden und darzulegen, wie es mit Protestereignissen mit Unterstützung durch Prominente (PEP) in Österreich allgemein aussieht. Im Folgenden sollen dennoch drei Erwartungen formuliert und mit entsprechender Literatur bekräftigt werden, danach werden konkrete Hypothesen zu den anderen Teilfragestellungen dieser Arbeit präsentiert:

Einerseits soll herausgefunden werden, wie groß der Anteil an Protestereignissen mit Unterstützung durch Prominente (PEP) in Österreich im untersuchten Zeitraum ist und vor allem, wie dabei das Verhältnis zu Protestereignissen ohne prominente Unterstützungen (POP) gedeutet werden kann. Die integrierende Strategie von (dem politischen System) externen AkteurInnen und die dadurch resultierende geringe allgemeine Protestbereitschaft in Österreich (vgl. Kriesi 1995: 34ff) könnte trotz der wachsenden Aktualität des Phänomens *Promi-Protest* (vgl. Meyer/Gamson 1995: 181) auch zu einer eher geringen Anzahl an PEP führen.

Erwartung 1: Nur ein kleiner aber stabiler Anteil an Protestereignissen in Österreich wird von prominenten Persönlichkeiten unterstützt.

Andererseits soll herausgefunden werden, welche Berufsgruppen von Prominenten in Österreich am ehesten an Protestereignissen teilnehmen.

„In contemporary Western societies, these figures come almost exclusively from the cultural realm: primarily from the mass media of film and television, from music and sports, and to a lesser degree from theater, literature, and art.“ (Meyer/Gamson 1995: 184)

Ob es hierbei möglicherweise Unterschiede zwischen der Theorie aus den USA und der Empirie in Österreich gibt, muss geklärt werden. Der Bekanntheitsgrad einzelner (Berufs-)Gruppen von Prominenten in den USA und ihr Wille an politischer Partizipation

teilzuhaben, kann zu ihren Pendants in Österreich auf Basis politischer und kultureller Unterschiede stark abweichen (vgl. Street 2012: 352). Allerdings handelt es sich hierbei nur um eine Vermutung, die soweit nicht empirisch überprüft wurde. Welche Berufsgruppen von *Berühmtheiten* am ehesten an Protestereignissen in Österreich teilnehmen, gilt es daher erst aufzuklären.

Erwartung 2: *Prominente UnterstützerInnen von Protestereignissen kommen speziell aus Bereichen der Massenkultur, wie (Pop-)Musik, Fernsehen und Sport.*

Prominente Persönlichkeiten werden im Rahmen von Protestereignissen gezielt eingesetzt um die mediale Aufmerksamkeit für den angesprochenen Protestrahmen und das Ereignis zu erhöhen (Gamson 2007, Edwards/McCarthy 2007). Es handelt sich daher bei diesen Prominenten nicht lediglich um TeilnehmerInnen eines Protests, also um Personen, die eine passive Rolle im Verlauf der Protestaktion einnehmen. Ganz im Gegenteil handelt es sich dabei eher um eine aktive Teilnahme. Die Prominenten sollen von den Medien gesehen werden und dabei so sichtbar und glaubwürdig wie möglich ihre Verbundenheit zum angesprochenen Thema kundgeben (z.B. über Lesungen, Konzerte, Moderationen u.ä.). Die passive Teilnahme einer prominenten Person an einem Ereignis (insofern sie von den Medien überhaupt bemerkt wird) kann natürlich auch einen positiven Effekt auf das Protestereignis haben und es handelt sich dabei genauso um Promi-Protest. Die gezielte Steuerung durch die Protest-OrganisatorInnen ist hierbei allerdings nicht gegeben.

Erwartung 3: *Prominente UnterstützerInnen von Protestereignissen nehmen eine eher aktive Rolle in Protestereignissen ein.*

Die spezifische Funktion der Prominenten im Rahmen der Proteste gilt es daher genauer zu erkunden.

2.4.1 Hypothese zu den Themen von Protestereignissen mit Prominenten

Meyer und Gamson (1995) halten fest, dass prominente Persönlichkeiten eher zu solchen Protestthemen neigen, welche auf einen breiteren gesellschaftlichen Konsens stoßen. Positionierungen zu internationalen Ereignissen oder Krisen werden von prominenten Persönlichkeiten eher gemieden, da die Parteinahme, egal für welche Seite, in solchen Themen gegenüber der eigenen Fangemeinschaft sehr stigmatisierend wirken kann, sollte diese nicht derselben politischen Meinung sein. Ein derartiges Engagement bei Protestthemen dieser Art berge zu große Risiken (vgl. Meyer/Gamson 1995: 188f).

Um folglich einerseits ein politisches Statement zu machen und eine Protestbewegung unterstützen zu können, und andererseits nicht das Risiko eines Popularitätsverlustes eingehen zu müssen, werden Prominente versuchen, die von ihnen unterstützten Themen so offen bzw. einschließend wie möglich zu formulieren bzw. zu reformulieren, um sich auf einen größtmöglichen Konsens stützen zu können. Dadurch eröffnen sich ihnen in erster Linie Themen, die im Amerikanischen als politisch *liberal* qualifiziert werden können - wie (Bürger-)Rechte, Frieden, Umweltschutz und Armut (vgl. Meyer/Gamson 1995: 190f).

Hypothese 1: *Prominente Persönlichkeiten unterstützen eher Protestthemen, die auf einen generellen gesellschaftlichen Konsens stoßen.*

Hypothese 1a: *Prominente Persönlichkeiten unterstützen keine Protestthemen, die sich auf spezifische internationale Ereignisse bzw. Konflikte beziehen.*

Hypothese 1b: *Prominente Persönlichkeiten unterstützen hauptsächlich Protestthemen, die als politisch „liberal“ qualifiziert werden können (d.h. Bürgerrechte, Umwelt etc.).*

Bei der Überprüfung der Hypothese 1 (also dass PEP vor allem nationale und *liberale* Themen mit relativ wenig Polarisierungspotenzial beinhalten) gilt es auch herauszufinden ob allgemeine Muster im Themenrepertoire ersichtlich sind, die bei genauerer Untersuchung möglicherweise mit der Hypothese übereinstimmen bzw. sie widerlegen. Ob diese Einteilung in *liberal* und *conservative* auch auf das politische Themenspektrum in Österreich anwendbar ist, gilt es herauszufinden.

2.4.2 Hypothese zu den Aktionsformen von Protestereignissen mit Prominenten

Anschließend an Hypothese 1 gibt es neben dem Protestthema noch einen anderen Risikofaktor für Prominente, die an Protestereignissen teilnehmen: die Protestform. Protestformen wie Fackelzüge, Demonstrationen, Besetzungen oder gar politisch motivierte Anschläge unterscheiden sich vor allem anhand ihres Gewaltpotenzials und werden in „sanfte“ (geringes Gewaltpotenzial) und „harte“ (hohes Gewaltpotenzial) Aktionsformen eingeteilt. Wie zuvor schon dargestellt, werden Prominente alles versuchen, um ihre Fangemeinschaft nicht zu verärgern. Die gesellschaftliche Akzeptanz einer Protestform sinkt allerdings mit dem Ansteigen der physischen oder symbolischen Gewalt derselben (vgl. Crozat 1998: 59-81). Das Auftreten von prominenten Persönlichkeiten im Zusammenhang mit gewalttätigen Protesten würde in dieser Hinsicht ein zu großes Risiko darstellen und ihrem Image, welches letztlich auch der Protestbewegung hilfreich sein soll, unter Umständen erheblich schaden. Sollte dieser Fall eintreten, würden weder die Protestbewegungen noch Prominente aus so einer Zusammenarbeit profitieren. Aus diesem Grund werden Prominente Aktionsformen mit steigendem Potenzial an physischer oder symbolischer Gewalt meiden.⁵

Hypothese 2: *Protestereignisse, die von Prominenten unterstützt werden, weisen im Gegensatz zu Protestereignissen ohne Unterstützung durch Prominente eher sanfte Formen des politischen Protests auf.*

⁵ Für eine genaue Auflistung aller Aktionsformen nach Gewaltpotenzial siehe Appendix A, Kapitel 1.10: 63.

2.4.3 Hypothese zur medialen Darstellung von Protestereignissen mit Prominenten

Wie in vorangegangenen Kapiteln ausgeführt, spielen Massenmedien nicht nur für die Politik allgemein, sondern auch speziell für Protestereignisse eine besonders wichtige Rolle. Massenmedien und mediale Berichterstattung sind das Kernstück der moralischen Ressource nach Edwards und McCarthy (2007) und können unter anderem dazu dienen, den Diskursrahmen der entsprechenden Protestbewegung in der Öffentlichkeit vertrauter zu machen (vgl. Gamson 2007: 254). Die Bekanntheit der Bewegung und ihres Diskursrahmen (bzw. ihres Anliegens) ermöglicht im Idealfall ein höheres Mobilisierungspotenzial und verhilft allgemein zu einer größeren politischen Macht bzw. einem stärkeren Druckmittel für die OrganisatorInnen des Protests. Kurzum: Die Massenmedien für sich zu gewinnen ist für jede Protestbewegung, ob groß oder klein, der Schlüssel zum Erfolg (vgl. Gamson 2007: 259). Im Gegenzug ist ein Protestereignis, das keine mediale Berichterstattung erfährt als „non-event“ zu klassifizieren, da es dadurch weder eine politische noch gesellschaftliche Bedeutung bekommen kann. Es ist quasi so, als fände es gar nicht statt (vgl. Gamson/Wolfsfeld 1993: 116). Protestereignisse sind als Medienereignisse alleine durch ihre Medienpräsenz definiert.

Als Teilbereich des politischen Feldes passen sich auch Protestbewegungen den Regeln der Medienwelt an. Ihre Protestkampagnen sind wie alle PR-Kampagnen in der „inhaltlichen Aufbereitung und zeitlichen Ereignisstruktur auf die Regeln und Routinen des Mediensystems ausgerichtet und haben eine möglichst hohe Medienresonanz zum Ziel“ (Röttger 2009: 10).

Die folgende Hypothese zur Medienresonanz soll kontrollieren, ob Protestereignisse mit prominenten UnterstützerInnen von den Medien wirklich als relevanter (*newsworthy*) wahrgenommen werden. Die Medienresonanz kann sich über unterschiedlichste Eigenschaften positiv auf ein Ereignis auswirken: Längere Zeitungsartikel zu einem Ereignis beinhalten schlichtweg mehr Informationen als kürzere Artikel. Mehr Information bedeutet für ein Protestereignis mehr Möglichkeiten, das eigene Protestthema und Anliegen an die Öffentlichkeit zu bringen. Fotos oder Bilder ziehen die Aufmerksamkeit der ZeitungsleserInnen zusätzlich auf sich und verleiten sie eher dazu, den entsprechenden Artikel zu lesen. Artikel auf der rechten Seite einer Zeitung (right-hand page) werden oft

als Erstes von ZeitungsleserInnen angesehen und dadurch auch eher wahrgenommen als Artikel auf der linken Seite (Holmqwist/Wartenberg 2005, Wartenberg/Holmqwist 2005). Es gilt daher herauszufinden, ob es einen *media-bias* (eine durch die Medien bedingte unausgeglichene Darstellung von Ereignissen) zu Gunsten von Protestereignissen mit Prominenten gibt und dadurch auch mehr bzw. in einer anderen Form über sie berichtet wird als über Protestereignisse ohne prominente UnterstützerInnen (vgl. Gamson 2007: 253).

Hypothese 3: *Die Medienresonanz von Protestereignissen mit Prominenten ist tendenziell größer als jene Protestereignissen ohne prominente Persönlichkeiten.*

Hypothese 3a: *Artikel über Protestereignisse mit Prominenten sind länger als Artikel über Protestereignisse ohne Prominente.*

Hypothese 3b: *Artikel über Protestereignisse mit Prominenten haben eher ein Bild als Illustration als Artikel über Protestereignisse ohne Prominente.*

Hypothese 3c: *Artikel über Protestereignisse mit Prominenten befinden sich eher auf der rechten als auf der linken Seite der Zeitung im Vergleich zu Protestereignissen ohne Prominente.*

2.4.4 Hypothese über die Wirkung von Prominenten auf die TeilnehmerInnenzahlen

Zum einen wird davon ausgegangen, dass die Unterstützung eines Protestereignisses durch Prominente das Interesse der Medien weckt (vgl. Gamson 2007: 253), wodurch schon vor dem eigentlichen Ereignis eine erhöhte Berichterstattung stattfindet, welche wiederum letztlich zu einem erhöhten Zuwachs an TeilnehmerInnen führen kann. Eine Berühmtheit wird die Aufmerksamkeit auf die Bewegung lenken, aber damit nicht nur Personen anziehen, die sich mit dem Thema des Protests verbunden fühlen, sondern zusätzlich auch eigene Fans an den Ort des Ereignisses bewegen (vgl. Meyer/Gamson 1995: 185) – wodurch, ob politisch motiviert oder nicht, die TeilnehmerInnenanzahl des Protestereignisses Wachstumspotenzial erlangt.

Zum anderen gibt es sicherlich auch die Möglichkeit, dass manche Prominente nur solche Protestereignisse unterstützen, die sich in einem Mobilisierungshoch befinden, da sie ohnehin schon großen Zuspruch bekommen (vgl. Meyer/Gamson 1995: 189). Im Gegenzug kann aber genauso davon ausgegangen werden, dass vor allem jene Protestbewegungen, die ohnehin sehr viele Ressourcen zur Verfügung haben, darüber hinaus die Gelegenheit in Anspruch nehmen prominente UnterstützerInnen für sich zu gewinnen, um somit ihr Ressourcenrepertoire zusätzlich zu erweitern.

Anhand der Auswertungen wird es nicht möglich sein, eine dieser beiden Erklärungsmöglichkeiten als richtig und die andere als falsch darzustellen. Sollte sich diese Hypothese bestätigen lassen, ist es naheliegend, dass beide Erklärungsmöglichkeiten in einem gewissen Ausmaß zutreffen. Um etwas mehr empirische Klarheit über den Zusammenhang zwischen Prominenten, herkömmlichen UnterstützerInnen und Protestereignissen zu ermöglichen, ist es dennoch wichtig, herauszufinden, ob sich Protestereignisse mit Prominenten von jenen ohne Prominente überhaupt anhand der TeilnehmerInnenzahl unterscheiden.

Hypothese 4: *Protestereignisse mit Beteiligung von Prominenten haben tendenziell eine höhere TeilnehmerInnenzahl als Protestereignisse ohne Prominente.⁶*

⁶ An dieser Stelle muss deutlich festgehalten werden, dass die Überprüfung dieser Hypothese weder über das Ermitteln

3. ERHEBUNGSMETHODE UND UNTERSUCHUNGSDESIGN

3.1 Die Protestereignisanalyse

Die in dieser Masterarbeit angewendete Erhebungsmethode ist die Protestereignisanalyse, eine quantitative Inhaltsanalyse, die sich vor allem durch ihre Nonreakтивität auszeichnet, „d.h. [dass] der Vorgang des Messens [...] den Untersuchungsgegenstand [nicht beeinflusst]“ (Rucht et al. 1995: 267). Die Protestereignisanalyse (PEA) analysiert die Medienberichterstattung und damit das zentrale Bindeglied zwischen Politik und Bevölkerung. Sie greift dabei auf eine *kommunikative Realität*, d.h. eine durch die Sprache (oder Schrift) festgehaltene Wirklichkeit zurück (vgl. Lamnek 1989: 168f). In der vorliegenden Arbeit handelt es sich um eine Quantifizierung spezifischer (Protestereignisse betreffende) Informationen aus Zeitungsartikeln. In diesem Sinne ist die PEA einer Medienanalyse sehr ähnlich, nur dass nicht die Zeitungsartikel selbst, sondern die Protestereignisse die Analyseeinheit darstellen.

Wie in der Einleitung dieser Arbeit angemerkt, ist es erst mit der PEA möglich geworden, über die Untersuchung einzelner Fallstudien (z.B. spezifischer Protestbewegungen) hinausreichend, eine empirisch solide Analyse einer Vielzahl unterschiedlicher Protestereignisse über eine weite thematische, geographische wie auch zeitliche Spannweite durchzuführen. Die PEA ermöglicht dabei die quantitative Datensammlung von für die Bewegungsforschung relevanten Daten bezüglich einzelner Protestereignisse, die auch in statistischen Analyseverfahren ausgewertet werden können wie Dauer des Protests, Ort, Thema, TeilnehmerInnenzahl, OrganisatorInnen, AdressatInnen, der Teilnahme von prominenten Persönlichkeiten uvm. (vgl. Koopmans/Rucht 2002: 231f).

Wie der Name der Erhebungsmethode schon suggeriert, ist die Analyseeinheit der PEA das Protestereignis. Es handelt sich daher nicht um eine Analyse von Protestbewegungen oder politischen Versammlungen, sondern ausschließlich um eine Analyse einzelner mehr oder

einer Korrelation zwischen TeilnehmerInnenzahlen und der Teilnahme einer prominenten Persönlichkeit an einem Protestereignis, noch über Kausalitäten möglich sein wird. Solche statistischen Verfahren sind mit der punktuellen Erhebungsmethode der Protestereignisanalyse nicht durchführbar. Es wird allerdings dennoch möglich sein eine Tendenz zu erkennen. Diese kann, wie oben dargestellt mit Hilfe von zwei sehr unterschiedlichen Theorien begründet werden.

minder unabhängiger Ereignisse, die als Protestereignisse qualifiziert werden können. Je genauer die Analyseeinheit, umso einfacher ist auch deren Erhebung. Es sollte daher vom „engsten“ Konzept ausgegangen werden, bevor aus etwaigen Gründen (z.B. einem zu kleinen Sample) auf ein breiteres Konzept zurückgegriffen wird (vgl. Koopmans/Rucht 2002: 234).

Da es sich bei der hier angewendeten PEA⁷ ausschließlich um die Analyse von Zeitungsartikeln handelt, muss angemerkt werden, dass die dabei untersuchte und in der Analyse auch dargestellte Realität keine repräsentative Wirklichkeit aller stattgefundenen Protestereignisse in dem ausgewählten Zeitraum darstellen kann. Kleine sowie mittelgroße Protestereignisse werden tendenziell unterrepräsentiert sein. Allerdings kann davon ausgegangen werden, dass große, sowie besonders gewaltsame Proteste auf jeden Fall von den Medien festgehalten werden (vgl. Koopmanns/Rucht 2002: 232). Aber wie zuvor schon beschrieben: Ereignisse, über die in den Medien nicht berichtet wird, werden weder von der Politik noch von der breiten Öffentlichkeit wahrgenommen (Gamson/Wolfsfeld 1993). Daher sind sie auch in dieser Analyse nicht weiter relevant.

Die PEA bildet eine kommunikative und keine soziale Realität ab. Diese Form der Verzerrung von Realität widerspricht dem Verständnis von Protest und dessen Analyse allerdings nicht, da es gerade diese kommunikative Realität der journalistischen Berichterstattung ist, über welche die Bevölkerung und politische EntscheidungsträgerInnen erst von Protest erfahren. Hat eine Person nicht gerade selbst an einem Protestereignis teilgenommen, ist es am wahrscheinlichsten, dass sie – sollte sie überhaupt davon erfahren – über die Medien davon erfährt (vgl. Dolezal/Hutter 2007: 342). Wie jede Erhebungsmethode hat auch diese ihre Nachteile. Die Auswahl von Zeitungen als Datenquelle beinhaltet einen sogenannten *selection bias*, d.h. eine Verzerrung in der Auswahl der Fälle. Es ist unmöglich über alle Ereignisse zu berichten (entweder aus Platzmangel, Desinteresse, oder schlicht aus fehlender Information), daher werden von Nachrichtenagenturen gezielt nur bestimmte Protestereignisse ausgewählt, über die berichtet werden soll. Gründe für einen solchen *selection bias* gibt es mehrere. Es kann zum Beispiel die *newsworthiness* eines Ereignisses entscheidend sein, aber auch die schlichte Nähe der Nachrichtenagentur zum Protestschauplatz, oder die politische Ideologie der Redaktion. Des Weiteren besteht die Gefahr eines *description bias*,

⁷ Es gäbe auch den Ansatz der Methodentriangulation mit anderen Datenquellen, allerdings führen diese nicht automatisch zu verlässlicheren Daten (vgl. Myers/Schäfer-Caniglia 2004: 536).

betreffend der Genauigkeit, mit welcher über bestimmte Ereignisse berichtet wird (vgl. Earl et al.: 2004: 69ff). Wichtig ist dabei aber vor allem, dass diese Verzerrungen im Laufe der Zeit konstant sind und dadurch nicht die Vergleichbarkeit der Daten innerhalb der Erhebung beeinträchtigen (vgl. Dolezal et al. 2012: 48).

Letztendlich bringt jede Erhebungsmethode ob Befragung, Beobachtung oder Textanalyse ihr eigenes Set an Verzerrungen mit sich. Wichtig ist, diese zu kennen und in die Analyse und Interpretation miteinzubeziehen.

3.2 Datenquelle und Stichprobe

Grundsätzlich können die Informationen bei der PEA aus unterschiedlichen Quellen gesammelt werden. Am häufigsten werden Zeitungsartikel verwendet, so auch bei den bekanntesten Projekten (siehe u.a. Kriesi et al. 1995, Rucht (Hrsg.) 2001, Jenkins/Bond 2001, McAdam/Su 2002, Kriesi et al. 2012). Im Gegensatz zu Radio- oder Fernsehnachrichten sind Zeitungsartikel leichter einsehbar und ermöglichen einen detaillierten Einblick. In manchen Ländern bietet es sich auch an, Protestdaten über das Polizeiarchiv anzufordern, da diese meist sogar noch umfassender sind. Allerdings sind diese Daten in manchen Ländern (Österreich inkludiert) aufgrund von Datenschutz oder anderen rechtlichen Vorschriften nicht zugänglich (vgl. Koopmans/Rucht 2002: 238). Letztlich wäre es naheliegend über eine Methodentriangulation, - sei es über unterschiedliche Zeitungen oder einer Kombination aus Zeitungen und Polizeidaten - den vorhandenen *selection bias* möglichst zu reduzieren. Dies ist allerdings aus rechtlichen bzw. kosten- und zeittechnischen Gründen keine Option im Rahmen dieser Masterarbeit.⁸ Bei der Entscheidung, welche Quelle, also welche Zeitung für die Protestereignisanalyse ausgewählt werden soll, lag die Wahl zwischen zwei nationalen und gleichzeitig als Qualitätszeitung qualifizierbaren Tageszeitungen: d.h. *der Standard* oder *die Presse*.

„[Q]uality newspapers remain the leading medium of political coverage.“ (Dolezal et al. 2012: 41)

McAdam, McCarthy, Olzak und Soule verwendeten für ihr Projekt die *New York Times* (siehe u.a. McAdam/Su: 2002, Earl et al. 2004). Das ForscherInnenteam von Dieter Rucht (2001) entschied zwei Zeitungen auszuwählen die *Süddeutsche Zeitung* und die *Frankfurter Rundschau* (vgl. Rucht et al. 1995: 268). Dolezal und Hutter (2007) haben für ihr Projekt *die Presse* ausgewählt, mit der Begründung, dass diese im Gegensatz zu *der Standard* über den gesamten Untersuchungszeitraum von 1975-2005 zur Verfügung stand (vgl. Dolezal/Hutter 2007: 342). Bei der vorliegenden Studie stellt sich dieses Problem nicht, da alle Auflagen des *der Standard* über die *WISO Presse Praxis* Datenbank (siehe unten) zugänglich sind. Um an den internationalen Trend anzuschließen, wurde für die

⁸ Die Kombination der Erhebungsmethode mit weiteren Zeitungen als Datenquelle hat zudem einen nur sehr geringen Mehrwert und führt nicht automatisch zu verlässlicheren Daten (vgl. Dolezal/Hutter 2007: 342).

PEA in dieser Masterarbeit ein liberales Medium – *der Standard* – gegenüber dem als konservativ zu qualifizierenden Blatt – *die Presse* – ausgewählt, um eine möglichst hohe Sensitivität (anhand der Fallzahl) gegenüber Protestereignissen zu sichern.

Beim Sampling der Tageszeitung gibt es unterschiedliche Möglichkeiten, um Stichproben zu ziehen, die alle ihre Vor- und Nachteile haben. Würde z.B. immer nur die Montagsausgabe einer Zeitung codiert, besteht eine erhebliche Gefahr, dass Ereignisse gegen Mitte der Woche systematisch ausgeklammert werden. In diesem Fall bietet es sich stattdessen an, einerseits zwar einen fixen Tag (wie den Montag) auszuwählen, aber ansonsten systematisch jede Woche einen anderen Tag zusätzlich auszuwählen (vgl. Koopmans/Rucht 2002: 239). Dieses Problem stellt sich allerdings hauptsächlich bei Projekten über eine weite Zeitspanne von mehreren Jahrzehnten. Im Falle dieser PEA soll jeder einzelne Tag vom 2. Oktober 2006 bis zum 27. September 2008 codiert werden. Der Vorteil einer kurzen Zeitspanne zu analysieren ist, dass keine Stichprobe gezogen werden muss und stattdessen eine Gesamterhebung/Vollerhebung durchgeführt werden kann. Dadurch werden, abgesehen von den zuvor dargestellten *selection bias* und *description bias* keine Ereignisse ausgeklammert. Es werden auch keine Signifikanzen berechnet, da bei einer Vollerhebung keine Grundgesamtheit geschätzt werden kann/muss.

3.3 Selektionierung

Die Suche nach Artikeln der Tageszeitung „*der Standard*“ erfolgte ausschließlich über die Internetdatenbank *WISO Presse Praxis*⁹. Dabei wurden in einem ersten Schritt über einen genau definierten Suchstring relevante Zeitungsartikel in der Datenbank ausfindig gemacht und sogenannte falsch positive Treffer verringert.

Der Suchstring¹⁰ hat folgenden Wortlaut:

```
(*petition* or *demonstr* or demo or demos or *kundgebung*  
or *protest* or *unterschrift* or *brandstift* or *anschlag* or  
*anschläge* or *mahnwache* or *blockade* or *blockier* or *besetz*  
or *bombe* or *boykott* or *geisel* or *lichterkette* or  
*menschenkette* or *farbbeutel* or „offene* brief*“ or flashmob or  
flash-mob or sit-in* or bürgerinitiative* or aktivist*) not („kom  
kommentar“ or „ko kommunikation“ or „kul kultur“ or „alb album“  
or „apo außenpolitik“ or „DET Album-Detail“ or „all szenario“ or  
„kar karriere“ or „wis wissenschaft“ or „son Sonntag“ or „spo sport“  
or „ALL AKTDIV“ or „ron rondo“ or „all alb“ or „mot motor“ or  
„all kom“ or „ALL AuslandsChronik“ or „all kda“ or „ALL  
KOMM./WISS“ or „aut automobil“ or „all tv“ or „all karrieren“ or  
„ALL NetB*“ or „all schüler“ or „all crossover“ or „ALL Finanzen“  
or „all med“ or „ALL Forschung Spezial“ or „ALL Gespons*“ or  
„IMO Immobilien“ or „ALL ImmobilienSt*“ or „all freizeit“ or „all  
reise“)
```

Über diesen Suchstring wird einerseits gezielt nach allen gängigen Aktionsformen politischen Protests gesucht (vgl. Rucht et al. 2002). Andererseits werden systematisch bestimmte Rubriken der Zeitung ausgeblendet (Außenpolitik, Kommentare, Kultur, Wissenschaft, Sport uvm.), da davon ausgegangen wird, dass sich relevante Artikel zu Protestereignissen in Österreich vor allem in anderen (Politik-nahen-)Bereichen befinden bzw. auch mehrmals in einer Zeitung behandelt werden.

⁹ URL: <http://www.wiso-net.de> (Letzter Zugriff: 14/10/2012)

¹⁰ Der Suchstring entstand im Rahmen des Forschungspraktikums „Politischer Protest“ im SoSe 2011 an der Universität Wien in Zusammenarbeit mit Univ-Ass. Mag. Dr. Martin Dolezal und Univ.-Prof Dr. Wolfgang C. Müller.

Die Datensammlung wurde daraufhin in drei Schritten vollzogen:

1. Zuerst werden über den angegebenen Suchstring alle vermuteten Protestereignisse im Untersuchungszeitraum in der Zeitungsdatenbank ausfindig gemacht. Im Zeitraum vom 2. Oktober 2006 bis zum 27. September 2008 generiert der Suchstring insgesamt 5.495 Treffer.
2. Alle über den Suchstring als *relevant* gesichteten Artikel werden dann einzeln *überflogen*¹¹ und gegebenenfalls selektiert. Sollte sich herausstellen, dass es sich dabei wirklich um ein Protestereignis handelt, reicht diese Information aus, um den Artikel vorerst abzuspeichern und zum nächsten Artikel überzugehen. Sollte sich herausstellen, dass es sich um kein relevantes Protestereignis bzw. um überhaupt keines handelt (falsch positive Treffer¹²), dann wird der Artikel übersprungen, nicht weiter berücksichtigt und der nächste Artikel wird *überflogen*. Dies wird solange fortgeführt, bis alle über den Suchstring erkannten Artikel auf Protestereignisse überprüft und gegebenenfalls abgespeichert wurden.

Protestereignis: Wann wird ein Protestereignis als solches wahrgenommen, daher selektiert und danach codiert? Abgesehen von der theoriegeleiteten Definition (Siehe Kapitel 2.1: 6) gelten folgende Definitionsmerkmale (vgl. Rucht et al. 2002: 285-287):

- Das Ereignis muss Aktionscharakter besitzen und daher mindestens eine der vorgegebenen Aktionsformen (Demonstration, Petition, Besetzung, Hungerstreik...) vorweisen bzw. zumindest andeuten.
- Das Ereignis muss explizit einen Widerspruch äußern. Dies ist auch in Form eines gesellschaftlichen Anliegens möglich, also positiv, sowie negativ formuliert.
- Das Ereignis muss im öffentlichen Raum stattfinden bzw. muss zumindest um öffentliche Wirkung (Transport des Anliegens an die Öffentlichkeit) interessiert sein.

¹¹ Ziel ist dabei ausschließlich herauszufinden, ob es sich tatsächlich um ein Protestereignis handelt – intensives Lesen oder Codieren jedes einzelnen Artikels ist daher zu diesem Zeitpunkt noch nicht nötig.

¹² Falsch positive Treffer liegen vor, wenn das im Artikel beschriebene Protestereignis außerhalb des durch die Untersuchung festgelegten Zeitraums stattgefunden hat, wenn es nicht in Österreich abgehalten wurde oder es sich inhaltlich gar nicht um ein Protestereignis gehandelt hat.

3. Beim dritten und letzten Schritt geht es nun darum, die selektionierten und abgespeicherten Artikel nochmals gründlich zu lesen, und zwar unter Berücksichtigung der für die Analyse relevanten Variablen. Alle Angaben zu einem Protestereignis wie z.B. Zeitpunkt, OrganisatorIn, AdressatIn oder Thema uvm. sollten aus den Artikeln ersichtlich sein. Es dürfen keine Informationen aus externen Quellen zu Hilfe gezogen werden. Zuerst werden daher die Artikel mit entsprechenden Codes zu den jeweiligen Variablen versehen (für genauere Angaben zum Erhebungsverfahren siehe auch Appendix C: Codebuch: 94-110), danach werden diese Angaben direkt in ein vorgefertigtes computerbasiertes *Codiersheet* eingetragen. Unklare Fälle bzw. Angaben müssen vermerkt und diskutiert bzw. reflektiert werden, sodass die schlussendliche Codierung obgleich sie in Einzelfällen subjektiv erscheinen mag, auf jeden Fall für Dritte nachvollziehbar bleibt.

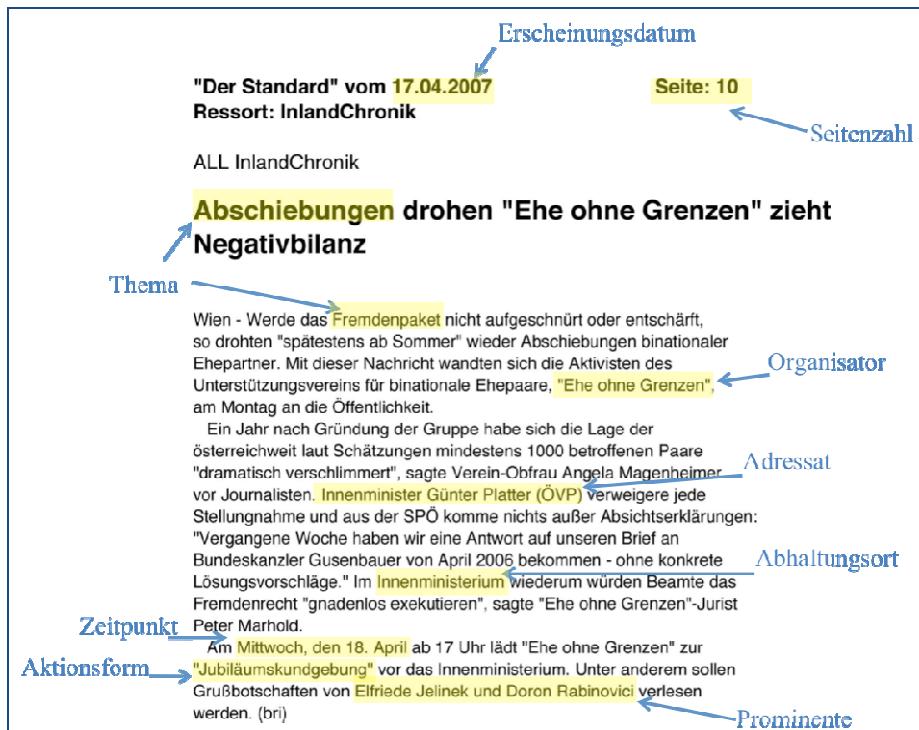


Abbildung 3.1: Codierung eines Artikels

Originalquelle des Artikels: www.wiso-net.de

Bei diesem Artikel, der am 17. April 2007 auf Seite 10 des „der Standard“ erschienen ist, handelt es sich beispielsweise um eine öffentliche Kundgebung des sozial-politischen Vereins „Ehe ohne Grenzen“, die für den 18. April vor dem Innenministerium angekündigt wurde. Protestthema war Asyl bzw. Migration und der Adressat war der damalige Innenminister Platter (ÖVP). Die prominenten SchriftstellerInnen Elfriede Jelinek und

Doron Rabinovici unterstützten den Protest durch ihre Grußbotschaften.

Für eine genaue Auflistung aller für die Codierung relevanten Variablen und ihrer Beschreibung wird empfohlen das Codebuch heranzuziehen.

4. AUSWERTUNG UND ANALYSE

Die meisten Variablen, die im weiteren Rahmen dieser Arbeit verwendet werden, sind manifeste Variablen und benötigen daher keiner theoriegeleiteten Operationalisierung. Ihre Nachvollziehbarkeit wird mit ihrer genauen Darstellung bzw. Dokumentation im Codebuch garantiert (siehe Appendix C: Codebuch: 94-110). Nachträglich (nach der Erhebung) konstruierte Variablen werden im Laufe dieses Kapitels vor ihrem ersten Auftreten umfassend dargestellt.

4.1 Explorativer Datenüberblick

Im folgenden Abschnitt sollen erste vergleichende Analysen des Datensatzes präsentiert werden. Untersucht werden die Protestereignisse dabei im Zeitverlauf und nach OrganisatorInnen.

4.1.1 (Promi-)Protest im Zeitverlauf

Im analysierten Zeitraum vom 02. Oktober 2006 bis zum 27. September 2008 wurden insgesamt 323 Protestereignisse (PE) codiert bzw. medial abgedeckt. Von diesen 323 PE handelt es sich um 304 PE ohne prominente Beteiligung (POP) und lediglich 19 PE mit prominenter Beteiligung (PEP). Der Anteil an PEP ist damit sehr gering: nur jedes siebzehnte PE wurde von prominenten Persönlichkeiten mitorganisiert oder unterstützt (siehe Tabelle 4.1).

		POP	PEP	Gesamt	% von PEP Pro Jahr	% von PEP allgemein
2006	Anzahl	49	4	53	7,5%	21,1%
2007	Anzahl	151	8	159	5,0%	42,1%
2008	Anzahl	104	7	213	3,2%	36,8%
	Gesamt	304	19	323	5,9%	100,0%

Tabelle 4.1: Protestereignisse nach Jahr

An 5,9% aller Protestereignisse im untersuchten Zeitraum nahmen prominente Persönlichkeiten teil. Im vergleichsweise kurzen Zeitraum des Jahres 2006 (02.10.2006-31.12.2006), fanden mit 7,5% proportional zur Anzahl an Protesten im gesamten Zeitraum die meisten PEP statt. Im Jahr 2007 waren es 5% PEP und im untersuchten Zeitraum in 2008 (01.01.2008-27.09.2008) fanden mit nur 3,2% am wenigsten PEP statt. Die Schwankung von ungefähr +/- 2,5% deutet auf eine relativ stabile Anzahl an Promi-Protestereignissen. Die erste Erwartung, dass Promi-Proteste in Österreich einen eher geringen, aber stabilen Anteil einnehmen, ist bestätigt.

4.1.2 ProtestorganisatorInnen

Obwohl auf der Analyseebene der Protestereignisse die Ergebnisse auf eine eher niedrige Beteiligung von Prominenten an Protestereignissen in Österreich schließen lassen, muss zusätzlich eine genauere Analyse der ProtestorganisatorInnen durchgeführt werden. Die dichotome Aufschlüsselung Promi-Protest/nicht Promi-Protest ist hier nicht mehr ausreichend und wird daher in dieser Auswertung nicht angewendet. Statt der einzelnen Protestereignisse, bilden nun die OrganisatorInnenkategorien die untersuchte Analyseeinheit. Für eine übersichtliche und nachvollziehbare Darstellung wurden manche der codierten OrganisatorInnenkategorien (siehe Appendix C: 103) zusammengefasst und andere nachträglich ausdifferenziert (siehe Diagramm 4.1)¹³.

Aus 468 OrganisatorInnen¹⁴ konnten 10 OrganisatorInnenkategorien herausgearbeitet werden. Von jeder einzelnen dieser Kategorien wurde über 2,6% aller Protestereignisse organisiert. Die Kategorie „Parteien“ bildet die größte OrganisatorInnenkategorie bei

¹³ Die Kategorie „13 | sonstige Organisationen/Vereine etc.“ aus dem Codebuch wurde in die Kategorien „sonstige soziale oder politische Organisationen“ und „BürgerInneninitiativen“ aufgeteilt, da BürgerInneninitiativen für sich alleine eine relativ große OrganisatorInnengruppe darstellen. Die Kategorie „sonstige soziale oder politische Organisationen“ beinhaltet nun politisch gefärbte dienstleistungsorientierte Organisationen, wie ARBÖ oder ÖAMTC aber auch soziale Vereine, wie SOS-Mitmensch u.ä. oder politische Vereine. Letztlich umfasst diese Kategorie auch Vereine, die offiziell keiner Partei zugehören aber gesellschaftspolitische Zielsetzungen verfolgen, wie z.B. den österreichischen Korporationsring. Die Kategorie „Andere“ beinhaltet aufgrund der kleinen Fallzahl (< 2,6%) jegliche Fälle der Kategorien „2 | Gewerkschaften“, „3 | Wirtschaftsverbände“, „5 | Bauernverbände“, „7 | SchülerInnen“, „9 | LehrerInnen“ und „10 | WissenschafterInnen“.

¹⁴ Die Anzahl an OrganisatorInnen ist größer als die Anzahl an PE, da mehrere OrganisatorInnen ein und dasselbe PE organisieren können. So z.B. zwei unterschiedliche Parteien, oder eine Partei und eine prominente Persönlichkeit u.ä.

22,65% und liegt bei einem Vorsprung von 10% gegenüber allen anderen Kategorien. Prominente stellen mit einem Anteil von 12,82% die zweitgrößte OrganisatorInnenkategorie dar. Daher muss Prominenten, trotz ihrer Präsenz in nur 5,9% der Protestereignissen, eine nicht unwesentliche Position in der Gesamtanzahl der ProtestorganisatorInnen zuerkannt werden. Immerhin sind stellen sie insgesamt die zweithäufigsten ProtestorganisatorInnen dar.

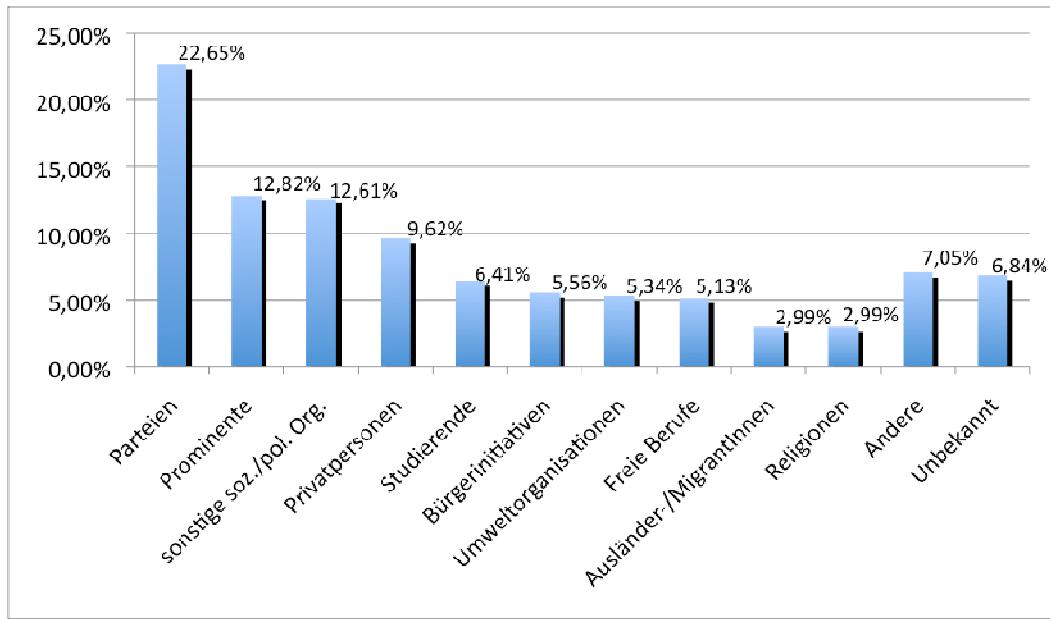


Diagramm 4.1: OrganisatorInnen der Protestereignisse

Der Median bei der Beteiligungszahl von Prominenten an einem Protestereignis liegt bei zwei. Dies lässt darauf schließen, dass Prominenten in der Regel in Gruppen auftreten, also eher selten eine prominente Person alleine ein Protestereignis unterstützt. Dabei könnte es sich um eine gezielte Strategie von Trägerorganisationen handeln. Anhand der erhobenen Daten kann diese Annahme allerdings weder bestätigt noch widerlegt werden. Prominenten OrganisatorInnen sind jedenfalls häufiger anzutreffen als soziale oder politische Organisationen bzw. Vereine, Studierende, BürgerInneninitiativen oder Umwelt- und Tierschutzorganisationen, denen generell eine große Protestbereitschaft zugerechnet werden kann (vgl. Dolezal/Hutter 2007: 344f). Klassische Mobilisierungsgruppen politischen Protests wie ArbeitnehmerInnenorganisationen bzw. Gewerkschaften organisierten im untersuchten Zeitraum lediglich 2,56% aller Proteste.

4.2 Herkunft und Funktion der Prominenten

Der folgende Abschnitt beschäftigt sich mit der Frage nach der (beruflichen) Herkunft und spezifischen Funktion der Prominenten während der Protestereignisse.

Insgesamt waren zweiundsechzig Mal prominente Personen in nur neunzehn Protestereignissen anwesend. Dabei handelt es sich um einundfünfzig verschiedene prominente Persönlichkeiten, die im Untersuchungszeitraum an Protestereignissen teilgenommen haben. Sie stammen aus unterschiedlichsten „Branchen“ des künstlerischen Feldes. Um eine statistische Darstellung zu ermöglichen, wurden folgende Sammelkategorien gebildet: Literatur (AutorInnen u.ä.), Pop-Musik (Sänger-/MusikproduzentInnen u.ä.)¹⁵, angewandte Kunst (explizit „KünstlerInnen“), Bühne (Kabarettist-/Theaterschauspieler-/OpernsängerInnen u.ä.) und Film und Fernsehen (Schauspieler-/RegisseurInnen u.ä.). Die Prominenten wurden zum Großteil auf Basis ihrer expliziten Bezeichnung im jeweiligen Zeitungsartikel codiert (siehe Appendix A: 90).

In den USA sind es speziell Persönlichkeiten aus dem Bereich der Massenmedien bzw. Massenkultur, die an Protestereignissen teilnehmen: z.B. Hollywood-SchauspielerInnen, Pop-SängerInnen und Profi-SportlerInnen. Persönlichkeiten aus intellektuelleren Kulturbereichen wie Literatur, angewandte Kunst oder Theater werden mit einer weitaus geringeren Wahrscheinlichkeit bei Protestereignissen als Unterstützung organisiert (Meyer/Gamson 1995: 185). Die vorliegende Untersuchung in Österreich zeigt ein demnach gegenteiliges Bild:

Der Großteil, der in Österreich an Protestaktionen teilnehmenden Prominenten, kommt aus dem Bereich der Literatur, danach folgen (Pop-)Musik, angewandte Kunst, Bühne und als letztes Film und Fernsehen (siehe Diagramm 4.2). Andere Bereiche wie z.B. Sport, haben nur eine Person beinhaltet und wurden deshalb in der Kategorie „Andere“ zusammengefasst¹⁶. Ganz im Gegenteil zu den USA sind in Österreich vor allem Prominente aus intellektuellen und damit eher elitären kulturellen Bereichen in Protestaktionen aktiv. Nur 35,5% der Prominenten sind aus dem Bereich der Massenmedien (TV/Radio/Presse) und im Gegensatz dazu sind 64,5% aus jenem Bereich, den Meyer/Gamson (1995) als eher wenig protestinteressiert eingestuft haben:

¹⁵ Der Begriff (Pop-)Musik wird hier als Sammelbegriff für populäre Radiomusik und als Abgrenzung zu Oper, Operette oder klassischer Musik verwendet.

¹⁶ Die Sammelkategorie „Andere“ beinhaltet jeweils eine Person aus den Bereichen Society, Sport, Karikaturzeichnen, Entertainment und Journalismus

Angewandte Kunst, Bühne und Literatur. Manche Prominente, so zum Beispiel die Autorinnen Elfriede Jelinek und Marlene Steeruwitz haben bei bis zu vier Protestereignissen teilgenommen.

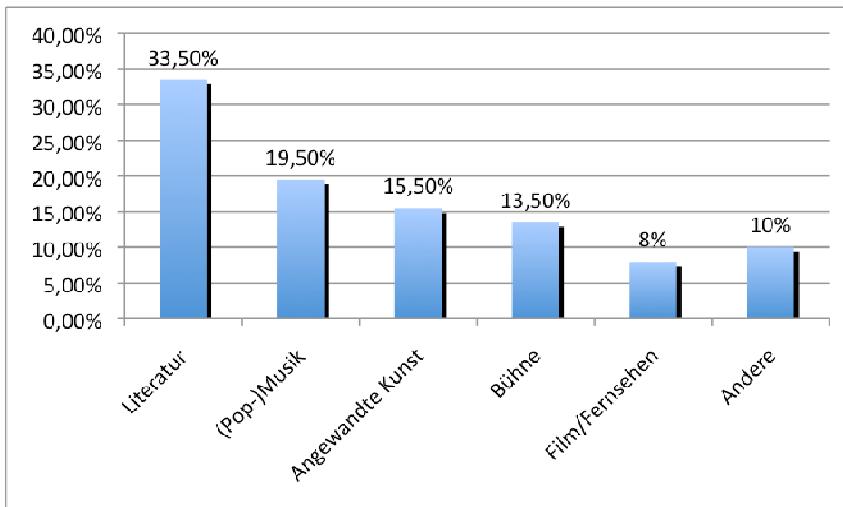


Diagramm 4.2: Promi-Protestierende nach Arbeitsbereich

Die zweite Erwartung, dass die an Protest teilnehmende Prominenz in Österreich möglicherweise kulturell bedingt anders zusammengesetzt ist, als jene in den USA, wurde soweit bestätigt. Es handelt sich in Österreich nicht um die Prominenz der Massenmedien bzw. Massenkultur, sondern um eine Prominenz der Hochkultur (Schulze 2000).

Eine genauere Analyse dieses Ergebnisses bzw. dessen Implikationen folgt im Diskussionsteil dieser Arbeit.

Auf Basis der Zeitungsartikel konnte zusätzlich die spezifische Funktion der Prominenten während der jeweiligen Protestereignisse festgehalten werden. Prominente, die ausdrücklich ein Ereignis organisiert haben gelten als „OrganisatorInnen“¹⁷. Prominente, die während eines Ereignisses eine bestimmte Funktion übernommen haben (z.B. Konzert, Rede usw.), aber keine OrganisatorInnen waren, gelten als „UnterstützerInnen“. Prominente, die einfach nur vor Ort an einem Protestereignis, einer Demonstration bzw. an einer Unterschriftenliste teilgenommen haben, aber keine spezifische Funktion dabei einnahmen, gelten als „TeilnehmerInnen“ (siehe Appendix A: 90).

¹⁷ Ausnahme bei offenen Briefen: Bei offenen Briefen, sind alle TeilnehmerInnen OrganisatorInnen, obwohl sie nicht explizit als solche genannt werden, da ein „offener Brief“ nicht „organisiert“ wird. Implizit sind sie dennoch „OrganisatorInnen“.

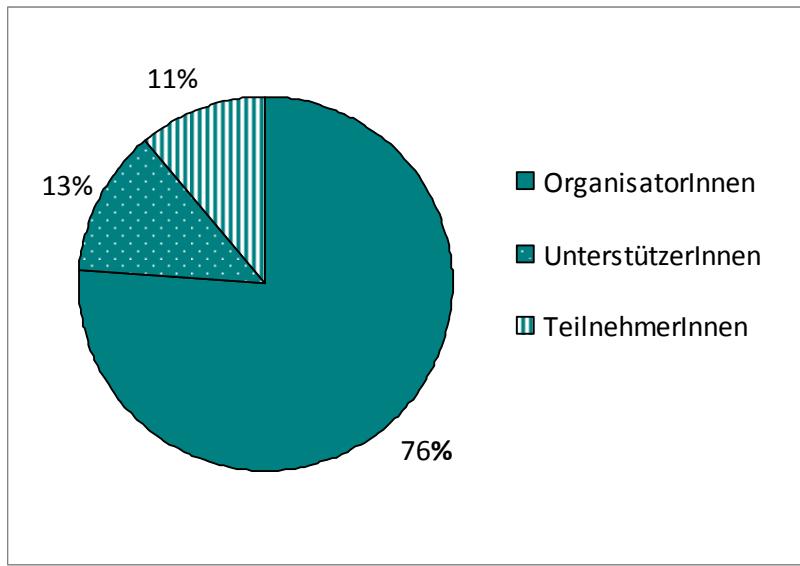


Diagramm 4.3: Promi-Protestierende nach Funktion

Anhand von Diagramm 4.3 wird ersichtlich, dass die überwiegende Mehrheit (76%) der Prominenten ihm Rahmen der Protestereignisse eine organisatorische und damit sehr zentrale Funktion einnahmen. In vielen Fällen waren sie sogar alleinige OrganisatorInnen bzw. OrganisatorInnen gemeinsam mit anderen Prominenten. Weitere 13% der Prominenten nahmen eine unterstützende Funktion während der Protestereignisse ein, aber lediglich 11% waren ausschließlich als TeilnehmerInnen zu qualifizieren. OrganisatorInnen und UnterstützerInnen nehmen in Protestereignissen eine aktive Rolle ein und ziehen damit gezielt Aufmerksamkeit auf sich, entweder da sie selbst das Ereignis organisieren und es damit z.B. einleiten, oder da sie von den OrganisatorInnen darum gebeten wurden, ein paar Worte an die Protestierenden zu richten oder ein Konzert abzuhalten. Die dritte Erwartung, dass Prominente eher eine aktive Rolle in Protestereignissen einnehmen, konnte überprüft und bestätigt werden. Demnach stehen 89% aktive Prominente einer Minderheit von 11% passiven Prominenten gegenüber.

4.3 H1: Zur Konsensfähigkeit von Promi-Protestereignissen

Zu jedem Protestereignis konnten während des Codierungsverfahrens, mindestens eines, höchstens jedoch drei Protestthemen eingetragen werden. Zusätzlich ist im Datensatz zu jedem Thema noch die entsprechende Position („pro“ oder „contra“) vermerkt worden.¹⁸

Bsp.: Eine Gruppe unbekannter Personen demonstriert vor einer Abtreibungsklinik gegen Abtreibung. Eine andere Gruppe skandiert nicht weit davon für das Recht auf Abtreibung. – In beiden Fällen wäre das Thema „Frauenrechte“, nur wurde einmal dagegen und einmal dafür protestiert.

Im Rahmen der 324 Protestereignisse wurden insgesamt 401 Protestthemen adressiert. Der Frame mancher Themen wurde dadurch öfter an die Öffentlichkeit getragen als jener anderer. Die folgende Grafik (

Diagramm 4.4) sammelt die zehn häufigsten Protestthemen des untersuchten Zeitraums.¹⁹

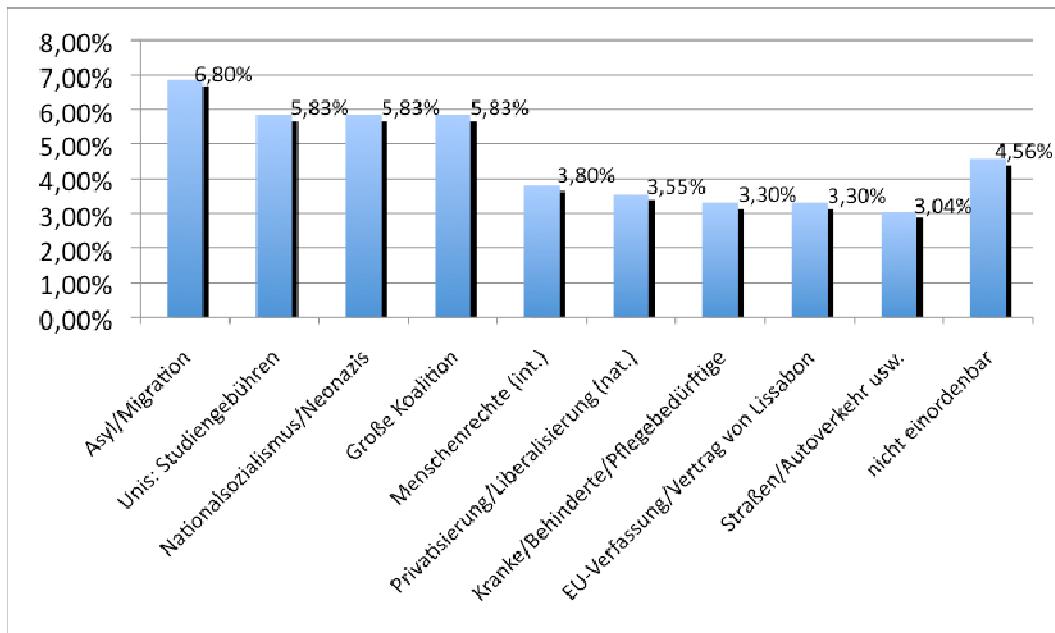


Diagramm 4.4: Die zehn häufigsten Protestthemen insgesamt

¹⁸ Für eine genaue Auflistung aller Protestthemen und Metakategorien siehe Appendix C: Codebuch: 105-108).

¹⁹ Bei dieser Darstellung ist es egal, ob für oder gegen das Thema protestiert wurde. Es wird sozusagen die Häufigkeit des jeweiligen Frames gemessen.

Die Themen Asyl/Migration, Studiengebühren, Nationalsozialismus bzw. Neonazis, die Große Koalition (SPÖ/ÖVP), internationale Menschenrechte, nationale Privatisierungen, Kranke/Behinderte/Pflegebedürftige (im speziellen das Thema „*Gesundheitsreform*“), der Vertrag von Lissabon und Autoverkehr waren die häufigsten Protestthemen und stellen dabei 45,89% aller Protestthemen dar. Diese Protestthemen sind in dem Diskursrahmen (Framework) mehrerer politischer Diskussionen anzusiedeln, wie z.B. im Diskursrahmen von:

Abschiebungsfällen bzw. Abschiebungsversuchen (z.B. Fall Arigona Zogaj), der Abschaffung der Studiengebühren im Herbst 2008, dem Ende der Schwarz/Blauen-Koalition und dem Anfang der Großen Koalition, einem österreichweiten Ärzteprotest und der Unterzeichnung des EU-Reformvertrags.

Die neunzehn erhobenen Promi-Protestereignisse adressierten insgesamt nur elf unterschiedliche Protestthemen:

- Am häufigsten (sechs Mal) wurde zum Thema Asyl bzw. Migration protestiert.
- Jeweils drei Mal protestierten Prominente zum Vertrag von Lissabon und zum Thema Kunst/Kultur.
- Jeweils zwei Mal protestierten Prominente zu den Themen: Nationalsozialismus bzw. Neonazis, politische Kultur (allg.) und Umwelt- bzw. Naturschutz (allg.).
- Lediglich ein Mal wurde jeweils zu den Themen Burschenschaften, Große Koalition, Homosexualität, FPÖ/ÖVP-Regierung und militärische Aufrüstung protestiert.

Sowohl die Themen Asyl bzw. Migration, Nationalsozialismus bzw. Neonazis, als auch Große Koalition sind Themen, die auch unter den zehn der zuvor dargestellten häufigsten Protestthemen insgesamt waren. Insbesondere bei diesen Themen – sie machen 54,5% aller Promi-Protestthemen aus – kann davon ausgegangen werden, dass es sich um Themen handelt, die im ausgewählten Untersuchungszeitraum von einem größeren gesellschaftlichen Konsens gestützt wurden. Der Vertrag von Lissabon hingegen war im untersuchten Zeitraum ein sehr umstrittenes Thema, sodass auch Prominente sowohl dafür, wie auch dagegen mobilisiert hatten (siehe Appendix B: Promi-Protestereignisse im Überblick: 91-93).

Hypothese 1a besagt, dass Prominente Persönlichkeiten keine Protestthemen unterstützen, die sich auf spezifische internationale Ereignisse bzw. Konflikte beziehen. Obwohl die Protestthemen diese Hypothese soweit unterstützen würden, müssen an dieser Stelle auch

die AdressatInnen von Protestereignissen mitberücksichtigt werden (siehe Appendix C: Codebuch 108-109). Ein weiteres Zeichen dafür, dass internationale Themen oder Ereignisse angesprochen werden, sind internationale AdressatInnen.

Bsp.: 200 Menschen protestieren friedlich vor der russischen Botschaft gegen einen Russland/Georgien-Konflikt.

Ist der adressierte Staat ein anderer als Österreich wurde die AdressatInnenkategorie „andere Staaten“ ausgewählt. Diese Kategorie macht 7,2% aller AdressatInnen (n=387) aus. Dies bedeutet, dass 7,2% aller AdressatInnen andere Staaten als Österreich waren. Die neunzehn PEP hatten insgesamt vierundzwanzig AdressatInnen, allerdings war kein einziger davon ein anderer Staat.

Die Themen und die AdressatInnen bei PEP weisen darauf hin, dass Hypothese 1a im untersuchten Zeitraum bestätigt werden kann. Promi-Protestereignisse thematisieren keine spezifischen internationalen Ereignisse oder Konflikte.

Zur Beantwortung der Hypothese 1b, ob Prominente hauptsächlich Protestthemen unterstützen, die als politisch „liberal“ qualifiziert werden können, müssen die Protestthemen in *liberal* und *non-liberal* (nach US-amerikanischer Begrifflichkeit) aufgeteilt werden. *Non-liberal* wird hier nicht zwangsläufig als das Gegenteil von *liberal* – also *conservative* verwendet. Es kann sich dabei auch um Themen handeln, die nicht in den klassischen US-amerikanischen Gegensatz von *liberal/conservative* hinein passen. Nicht alles was nicht *liberal* ist, muss gleich *conservative* sein (vgl. Conover/Feldman 1984: 121). Besonders zu beachten ist bei der folgenden Auswertung, dass für oder gegen ein bestimmtes Thema protestiert werden kann.²⁰

Bsp.: Eine Demonstration für Umweltschutz hat ein liberales Protestthema. Eine Demonstration gegen Umweltschutz hat ein non-liberales Protestthema.

An dieser Stelle kann keine Lehrbuchdefinition des *amerikanischen* politischen Labels *liberal* angeführt werden, da es diese nicht gibt (Conover/Feldman 1984). Obgleich eine klare Definition eine Operationalisierung dieser Dimension erleichtern würde, müssen die

²⁰ Ob für oder gegen etwas protestiert wird, wird bei der Codierung miterhoben.

Themen hierfür stattdessen einzeln zugeteilt bzw. definiert werden. Es gibt daher nicht nur eine einzelne Definition von *liberal*, sondern eine Vielzahl von Definitionen, die sich von Fall zu Fall unterscheiden (vgl. Conover/Feldman 1981: 618f). Eine wesentliche Voraussetzung für die Operationalisierung dieser Variable ist allerdings die Nachvollziehbarkeit bzw. Dokumentation der Unterteilung. Für eine detaillierte Auflistung aller als *liberal* codierten Protestthemen und Positionierungen (siehe Tabelle 6.1 : 89).

Anhand der Tabelle 4.2 wird deutlich, dass es im untersuchten Zeitraum ungefähr doppelt so viele Protestereignisse mit liberalen, wie mit non-liberalen Themen gab. Bei PEP ist diese Differenz allerdings noch deutlicher und liegt sogar bei neunzehn (83%) liberalen Protestthemen zu vier (17%) non-liberalen Protestthemen. Bei POP sind es 63% liberale zu 37% non-liberale Themen. Es ist daher ein deutlicher Trend zu erkennen, dass prominente OrganisatorInnen eher zu liberalen Protestthemen neigen als andere OrganisatorInnen.

		POP	PEP	Gesamt
Liberal	Anzahl	239	19	258
Non-Liberal	Anzahl	117	4	121
Nicht einordenbar	Anzahl	18	0	18
Unbekannt	Anzahl	4	0	4
	Gesamt	378	23	401

Tabelle 4.2: Protestthemen Liberal/Non-Liberal und POP/PEP²¹

Wie schon im Theorieteil dieser Arbeit erläutert, sind liberale Themen laut Meyer und Gamson (1995) konsensfähiger. Auch die Überschneidungen der Promi-Protestthemen mit den zehn häufigsten Protestthemen im Untersuchungszeitraum, sowie die Abwesenheit jeglicher internationaler Protestthemen oder AdressatInnen lassen darauf schließen, dass prominente Persönlichkeiten tendenziell solche Proteste unterstützen, die auf einen generellen gesellschaftlichen Konsens stützen. Hypothese 1 konnte daher überprüft und bestätigt werden.

²¹ Die Kategorien „Nicht einordenbar“ und „Unbekannt“ beziehen sich auf die Protestthemen selbst, nicht auf die Zuordnung in *liberal* und *non-liberal*.

4.4 H2: Zur Friedfertigkeit von Promi-Protestereignissen

Wie schon im Theorieteil dargestellt, können Protestformen in „sanfte“ und „harte“ Protestformen, je nach ihrem Gewaltpotenzial eingestuft werden. Die Kernaussage dieser These ist, dass die gesellschaftliche Anerkennung solcher Ereignisse mit dem Anstieg der Gewalt sinkt (vgl. Crozat 1998: 59-81). Wie zuvor dargestellt, werden prominente Persönlichkeiten versuchen gewalttätige Protestformen zu meiden, da sie damit ihre eigene Beliebtheit bzw. ihr Image gefährden könnten. Dies soll nun überprüft werden.²²

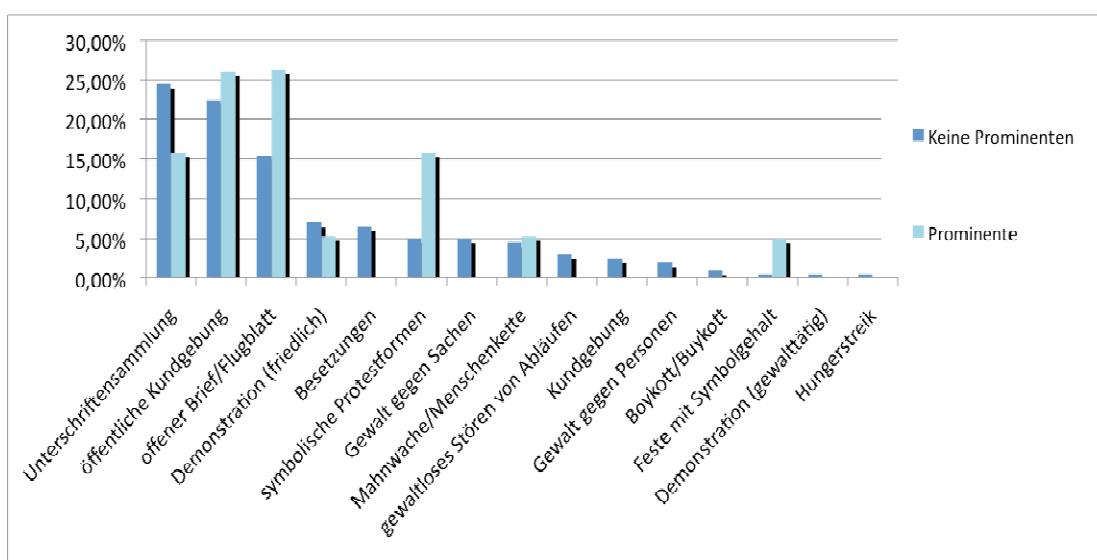


Diagramm 4.5: Protestformen im Überblick

Anhand von Diagramm 4.5 wird deutlich, dass die drei am stärksten vertretenen Protestformen bei Promi- wie auch anderen Protesten Unterschriftensammlungen bzw. Petitionen, öffentliche Kundgebungen oder Versammlungen und offene Briefe bzw. Flugblätter sind. Beim Vergleich beider Gruppen ist es auffällig, dass gerade symbolische Protestformen und Feste mit politischem Symbolgehalt bei PEP einen wesentlich größeren Anteil einnehmen. Symbolische Protestformen und Feste mit politischem Symbolgehalt sind legale und friedliche Protestformen, die auf einer Ritualisierung von Politik aufbauen (Edelmann 1990). Besonders die Aktionskategorie „symbolische Protestformen“ bietet sich für prominente Persönlichkeiten an, da sie eine Art Sammelkategorie für spezielle Inszenierungen von Protest darstellt, die sonst keiner Kategorie eindeutig zu zuordnen

²² Für eine komplette Liste und Darstellung der Protestformen siehe Appendix C: Codebuch: 100.

sind. Bei genauerer Betrachtung speziell dieser Promi-Ereignisse, stellt sich zudem heraus, dass es sich um Ereignisse handelt, bei denen lediglich die Prominenten selbst als TeilnehmerInnen angeführt werden können und es sich daher gewissermaßen um eine Selbstinszenierung der Prominenten handelt.

Bis auf einzelne Ausnahmen zeigt sich an dieser Darstellung außerdem, dass sich die meisten gewalttätigen Protestformen auf der rechten Seite des Diagramms befinden und daher gewalttätige Protestformen insgesamt tendenziell seltener zu tragen kommen.

Bei den neunzehn PEP handelt es sich fünf Mal um offene Briefe bzw. Flugblätter, vier Mal um öffentliche Kundgebungen bzw. Versammlungen, jeweils drei Mal um Petitionen bzw. Unterschriftensammlungen und um symbolische Protestformen, zwei Mal um Feste mit politischem Symbolgehalt und jeweils ein Mal um eine Mahnwache und um eine friedliche Demonstration. Keines dieser Protestereignisse kann als härtere Aktionsform eingestuft werden, da keine dieser Aktionsformen auch nur ein Mindestausmaß an psychischer oder physischer Gewaltbereitschaft voraussetzt. Im Gegensatz dazu liegt der Anteil an härteren Protestformen bei POP bei 15,5%. Die häufigsten, der härteren Protestformen sind Besetzungen und die Ausübung direkter Gewalt gegen Sachen. Sie machen gemeinsam 11,5% aller eingesetzten härteren Protestformen im Untersuchungszeitraum aus.

Ein weiteres Anzeichen dafür, ob Protestereignisse einen gewalttätigen Verlauf nehmen, ist das Einschreiten der Polizei. Dabei ist jegliche Intervention vonseiten der Polizei in Bezug auf das Ereignis gemeint.²³ Auch hier zeigt sich ein ähnliches Bild wie im vorherigen Abschnitt. Kein einziges Mal musste die Polizei bei Protestereignissen einschreiten, bei denen auch prominente Persönlichkeiten vor Ort waren. Bei anderen Ereignissen (n=288)²⁴ musste die Polizei allerdings in 14,2% der Fälle intervenieren, davon auch bei sanften Protestformen: Acht Mal bei öffentlichen Kundgebungen bzw. Versammlungen, zwei Mal bei friedlichen Demonstrationen und jeweils ein Mal bei einer Petition, einer nicht-öffentlichen Kundgebung bzw. Versammlung und einer symbolischen Protestaktion.

²³ Die Polizei kann auch bei nicht-gewalttätigen Protesten eingreifen, wenn es sich zum Beispiel um Ruhestörung oder sonstige Störungen der Straßenordnung während Protestereignissen handelt. Die Protestierenden müssen dabei nicht zwangsläufig physische oder psychische Gewalt eingesetzt haben.

²⁴ Die Gesamtfallzahl ist hier kleiner als zuvor, da jene Zeitungsartikel, die über Protestereignisse berichtet haben, die lediglich angekündigt wurden, über deren Ausgang zum Zeitpunkt der Publikation allerdings noch nichts weiteres bekannt ist, keine Informationen über polizeiliche Interventionen beinhalten können.

Die Promi-Protestereignisse im erhobenen Zeitraum weisen weder härtere Protestformen auf, noch musste die Polizei in irgendeiner Form intervenieren. Ereignisse ohne prominente UnterstützerInnen haben demgegenüber einen Anteil von 15,5% an härteren Protestformen, sowie 14,2% an polizeilicher Intervention. Promi-Protestereignisse unterscheiden sich somit deutlich von anderen Protestereignissen, weshalb Hypothese 2 soweit bestätigt wurde: Bei Protestereignissen, die von Prominenten unterstützt werden, kommen eher sanfte Aktionsformen zu tragen.

4.5 H3: Zur Medienresonanz von Promi-Protestereignissen

Um die sogenannte Medienresonanz eines Protestereignisses zu messen, können unterschiedliche Indikatoren herangezogen werden. Die Operationalisierung in dieser Arbeit beschränkt sich auf drei manifeste und oft verwendete Variablen aus der Medienresonanzanalyse (vgl. Besson 2008: 150): Länge des Artikels bzw. der Artikel (erhoben in Wortanzahl), Platzierung in der Zeitung (linke oder rechte Seite) und Vorhandensein eines Fotos bzw. Bildes. Eine größere Medienresonanz lässt dabei darauf schließen, dass diese Protestereignisse auch einen größeren Bekanntheitsgrad in der Bevölkerung erfahren (Holmqwist/Wartenberg 2005, Wartenberg/Holmqwist 2005).

Das Ziel der Medienresonanzanalyse in dieser Arbeit ist es zu überprüfen, wie präsent der diskursive Rahmen eines Promi-Protestereignisses in den Medien war. Im Speziellen soll in dieser Untersuchung herausgefunden werden, ob der diskursive Rahmen von Promi-Protestereignissen insgesamt tendenziell präsenter war als der Rahmen von anderen Protestereignissen. An dieser Stelle sei nochmals angemerkt, dass dabei nicht geprüft werden soll, ob *eher* über ein Promi-Protestereignis berichtet wird als über andere Ereignisse. Diese Frage kann nämlich nicht beantwortet werden, da ein Ereignis, über das nicht berichtet wird, auch gar nicht an die breite Öffentlichkeit gelangt und damit nicht erfasst werden kann. Über alle Ereignisse in der für diese Arbeit generierten Datenbank wurde de facto berichtet. Die Frage, die sich nun stellt, ist, in welchem Ausmaß berichtet wird, bzw. welche Qualität diese Berichterstattung hatte.

Ein erster Indikator der Medienresonanz ist die addierte Artikellänge. „Addiert“ daher, weil bei nur einem Artikel zu einem Protestereignis ausschließlich die Wortanzahl aus diesem Artikel entnommen wird, bei mehreren Artikeln zu einem Ereignis wird die Wortanzahl aus den Artikeln addiert (siehe Appendix C: Codebuch: 110). Die Grundannahme lautet: Je länger ein Artikel bzw. je größer die addierte Artikellänge, desto präsenter ist der Diskursrahmen des Protestereignisses (Protestrahmen) in der Öffentlichkeit.

Am kürzesten widmete sich die Berichterstattung zu einem POP mit nur 23 Worten; am längsten widmete sich einem solchen mit 4.580 Worten. Bei PEP wurde mit nur 76 Worten am kürzesten ausgerechnet über jenes Protestereignis berichtet, an welchem sich gleich fünfzehn Prominente auf einmal beteiligten. Es handelte sich dabei zugegeben lediglich um

einen offenen Brief – eine nicht sehr aktionsreiche Protestform. Am längsten – mit 1.944 Worten – wurde in mehreren Artikeln über ein Promi-Protestereignis gegen den EU-Reformvertrag berichtet. Der Median der Artikellänge bei PEP liegt bei 242 und bei POP bei 303 Worten. Alleine der addierten Artikellänge nach zu urteilen, erfahren Promi-Proteste im untersuchten Zeitraum keine größere Medienresonanz.

Der zweite angewandte Indikator der Medienresonanz ist die Anzahl an Bildern zu einem Protestrahmen. Bilder bzw. Fotos ziehen die Aufmerksamkeit der LeserInnen auf sich und erhöhen somit die Wahrscheinlichkeit, dass die entsprechenden Artikel auch wirklich gelesen werden (Holmqwist/Wartenberg 2005). Die neunzehn Promi-Protestereignisse wurden mit bis zu sieben Bildern zu einem Protestereignis illustriert. Das arithmetische Mittel liegt bei 1,4 Bildern pro Protestereignis. 47,4% der Promi-Ereignisse wurden mindestens mit einem Bild veranschaulicht. Auf sieben der fünfzehn Bilder zu Promi-Protestereignissen sind auch tatsächlich die vor Ort präsenten Prominenten abgebildet. Bei POP liegt das arithmetische Mittel bei 0,7 Bildern pro Protestereignis und einem Anteil von 47% illustrierter Ereignisse. Die durchschnittliche Anzahl an Bildern ist bei Promi-Protestereignissen doppelt so hoch wie bei POP. Dieses Ergebnis deutet darauf hin, dass PEP eher und mit einer größeren Anzahl an Bildern illustriert werden als POP.

Als letzter Indikator der Medienresonanz von Protestereignissen wird im Rahmen dieser Arbeit noch die Seitenpositionierung herangezogen. Artikel auf der rechten Seite (right-hand page) werden eher gelesen als Artikel auf der linken Seite der Zeitung (Wartenberg/Holmqwist 2005). Die erste Seite, die Titelseite, wurde für die folgende Auswertung als rechte Seite codiert. Es wurde immer nur der erste Artikel zu einem Protestereignis codiert. Als Seiten-Referenzpunkt wurde der Artikelanfang herangezogen. Etwa 70% aller Artikel zu Protestereignissen sind auf den Seiten 7 bis 11 publiziert worden. Dabei handelt es sich um die Rubriken „Inland Chronik“, „Innenpolitik“ und „Länder“. Von allen Protestereignissen befinden sich 48% der Artikel auf einer linken und 52% auf einer rechten Seite. Auch hier zeigt sich kein großer Unterschied zwischen POP und PEP – die Aufteilung bleibt relativ ausgeglichen. Zehn Artikel zu Promi-Protestereignissen befanden sich auf einer linken und neun auf einer rechten Seite der Zeitung. Die Seitenpositionierung gibt soweit keinen Anhaltspunkt um die Hypothese über eine möglicherweise stärkere Medienresonanz von Promi-Protestereignissen zu unterstützen.

Auf Basis der erhobenen Indikatoren, sowie des Untersuchungszeitraumes, können keine eindeutigen Belege für eine stärkere Medienresonanz von Promi-Protestereignissen festgestellt werden. Weder die Artikellänge, noch die Positionierung der Artikel innerhalb der Zeitung lassen auf eine stärkere Präsenz von Promi-Ereignissen gegenüber anderen Ereignissen schließen. Lediglich die Anzahl an Bildern zur Illustration der Artikel ist bei den erhobenen PEP höher. Dies hängt möglicherweise damit zusammen, dass gerade auf der visuellen Ebene von Pressefotos Inszenierungen von Politik ermöglicht werden (Grittman 2007). Photographien sind dabei Inszenierungen, denen prominente Persönlichkeiten aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeiten nicht unbedingt fremd sind.

Hypothese 3 kann auf Basis der Datenlage dennoch nicht ausreichend gestützt werden.

4.6 H4: Zur Anziehungskraft von Promi-Protestereignissen?

Die TeilnehmerInnenzahl bei einem Protestereignis kann maßgeblich über dessen letztendlichen politischen Einfluss entscheiden. Ob Promi-Protestereignisse tatsächlich eine höhere TeilnehmerInnenzahl vermerken (vgl. Meyer/Gamson 1995: 185), gilt es nun zu überprüfen. Die TeilnehmerInnenzahl ist im Rahmen der Codierung als Minimum und Maximum erhoben worden (siehe Appendix C: Codebuch: 102-103). Dessen bewusst, dass die Angaben zu den TeilnehmerInnen dabei aus sehr unterschiedlichen Quellen kommen können (Polizei, TeilnehmerInnen, OrganisatorInnen und/oder JournalistInnen), wird daraufhin ein Mittelwert aus beiden TeilnehmerInnenzahlen (Min/Max) berechnet, um dennoch eine statistische Auswertung zu ermöglichen (vgl. Rucht et al. 1995: 288).

Die Datenlage zur Untersuchung der TeilnehmerInnenzahlen ist bei Promi-Protesten sehr gering. Nur bei zwölf von neunzehn Protestereignissen konnten entsprechende Angaben/Informationen überhaupt codiert werden.²⁵ Bei POP konnte in 184 Fällen eine TeilnehmerInnenzahl mit erhoben werden.

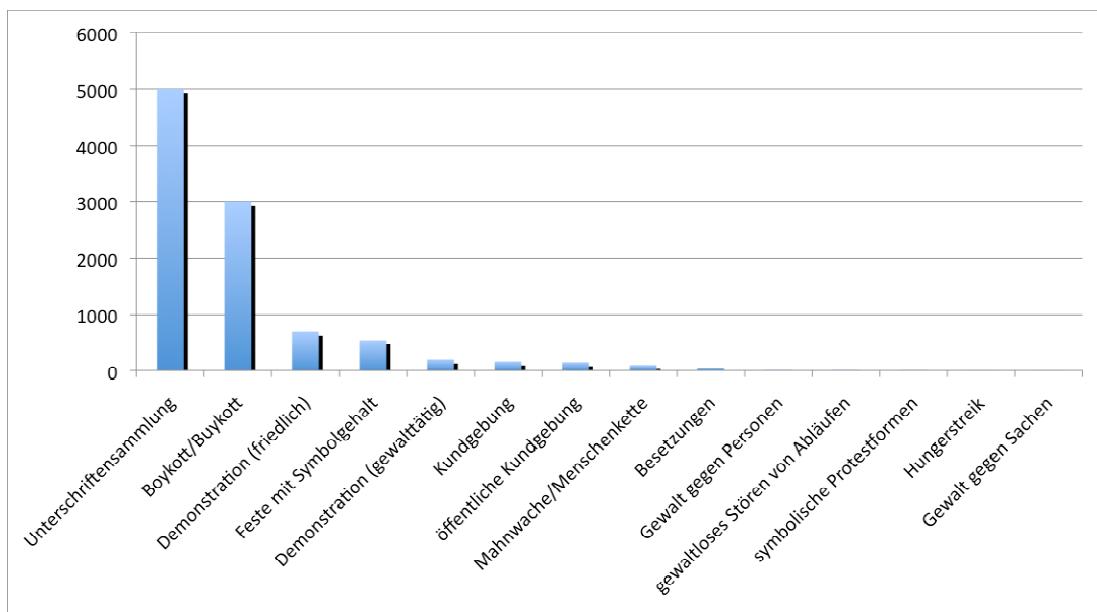


Diagramm 4.6: TeilnehmerInnenzahl im Überblick

Mit einem großen Vorsprung sind Unterschriftensammlungen bzw. Petitionen jene

²⁵ Aufgrund der fehlenden Information in den Artikeln, konnte bei sieben Fällen keine TeilnehmerInnenzahl vermerkt werden.

Protestformen, bei welchen die meisten TeilnehmerInnen mobilisiert werden konnten (siehe Diagramm 4.6). Der Median der TeilnehmerInnen liegt bei 5000. Dies ist wahrscheinlich auch darauf zurückzuführen, dass es eine sehr geringe Hemmschwelle und einen nur minimalen persönlichen Aufwand benötigt, um an einer solchen Protestform teilzunehmen. Obwohl Boykotts mit einem Median von 3000 überraschend viele TeilnehmerInnen mobilisieren konnten, kann diese Protestform keiner weiteren Analyse unterzogen werden; es handelt sich dabei nämlich um ein einzelnes Ereignis/einen einzelnen Fall. Alle anderen Protestformen liegen weit unter dem TeilnehmerInnen-Median von Petitionen. Friedliche Demonstrationen und Feste mit politischem Symbolgehalt hatten dabei mit einem Median von je 700 und 545 noch die meisten TeilnehmerInnen. Auffällig ist auch, dass vor allem härtere Protestformen am unteren Ende der TeilnehmerInnenmobilisierung angesiedelt sind. Sanfte Protestformen sind daher tendenziell auf eine höhere TeilnehmerInnenmobilisierung ausgelegt.

Übergehend zu einer vergleichenden Analyse kann festgestellt werden, dass der Median der TeilnehmerInnen bei PEP bei 82,5 TeilnehmerInnen liegt. Bei POP ist der Median zwar mit 116 TeilnehmerInnen etwas höher, allerdings ist dieses Ergebnis nur mit Vorsicht zu interpretieren. Es ist zu bedenken, dass es sich dabei um sieben unterschiedliche Protestformen handelt, die teilweise auch eine restriktive Wirkung auf die TeilnehmerInnenzahl haben können: Offene Briefe und symbolische Protestformen sind z.B. meistens Aktionen, die nur von sehr wenigen Personen gleichzeitig durchgeführt werden.

Aktionsform	Typ	Fallzahl (n=)	Median TeilnehmerInnen
Offene Briefe	POP	23	1
	PEP	4	10,5
Petitionen	POP	54	5000
	PEP	1	9000
Mahnwachen usw.	POP	6	57,5
	PEP	1	2700
Feste mit Symbolgehalt	POP	1	90
	PEP	1	1000
Symbolische Protestformen	POP	13	6
	PEP	2	3
öffentliche Kundgebung	POP	37	150
	PEP	2	2575
friedliche Demonstration	POP	13	700
	PEP	1	110000

Tabelle 4.3: TeilnehmerInnenzahl nach Protestform

Auf Protestformen kontrolliert, ist in Tabelle 4.3 ein deutlicher Trend ersichtlich, der dem vorherigen Ergebnis deutlich widerspricht: Bei sechs von sieben Protestformen ist der Median der TeilnehmerInnen bei PEP größer als bei POP. Lediglich bei symbolischen Protestformen ist dies nicht der Fall, allerdings liegt die Differenz bei nur drei TeilnehmerInnen und ist daher nicht wesentlich. Im Gegensatz zum Pauschalvergleich ist nun anhand dieser Tabelle ein sehr differenziertes Bild zu erkennen. Auf Basis dieser Daten kann argumentiert werden, dass im untersuchten Zeitraum tendenziell mehr Personen an Promi-Protestereignissen teilgenommen haben als an ähnlichen Ereignissen, die nicht von prominenten Persönlichkeiten unterstützt wurden. Bei friedlichen Demonstrationen war der TeilnehmerInnenmedian des erhobenen PEP sogar 157 Mal größer als der TeilnehmerInnenmedian der POP.

Welcher Kausalzusammenhang sich dahinter verbirgt – ob es wirklich die Prominenten sind, welche die TeilnehmerInnen an den Protestort locken, oder ob das Ereignis selbst auch ohne Prominente eine ähnlich große TeilnehmerInnenzahl mobilisiert hätte – ist aus den Daten und mittels der Protestereignisanalyse nicht zu ermitteln.

5. DISKUSSION UND SCHLUSS

5.1 Zusammenfassung

Im Rahmen dieser Arbeit wurde das akademische Untersuchungsfeld der Promi-Politik in Österreich um einen Bereich reicher, dem Promi-Protest. Im analysierten Zeitraum von Herbst 2006 bis Herbst 2008 wurde insgesamt über 323 Protestereignisse medial berichtet, davon über neunzehn Protestereignisse, bei welchen auch prominente Persönlichkeiten in irgendeiner Form beteiligt waren.

Die Analyse der Promi-Protestereignisse lieferte sowohl erste Hinweise über die Besonderheiten von Promi-Protest gegenüber anderen Protestereignissen, als auch über die Rolle von prominenten Persönlichkeiten im Rahmen der Protestereignisse selbst und machte dabei Gemeinsamkeiten wie auch Unterschiede zwischen den empirischen Daten von Promi-Protest in Österreich und den theoretischen Aufarbeitungen (primär) aus den USA sichtbar. Es folgt eine Zusammenfassung der Ergebnisse:

Durchschnittlich waren ca. 6% der Protestereignisse im Untersuchungszeitraum dezidiert Promi-Protestereignisse, also Protestaktionen an denen prominente Persönlichkeiten teilgenommen haben. Dennoch waren Prominente bei einem Anteil von ca. 13% aller OrganisatorInnen die zweit-häufigste OrganisatorInnenkategorie. Der erwartet geringe und stabile Anteil (**Erwartung 1**) an Promi-Protest an der Gesamtheit von Protestereignissen in Österreich spiegelt sich in den empirischen Daten wieder, allerdings deutet der Vergleich mit anderen OrganisatorInnen darauf, dass Prominente relativ häufig auftreten und daher ein relevanter Faktor bei Protest in Österreich sind.

Im Gegensatz zu den USA kommen in Österreich jene Prominente, die Protestereignisse unterstützen, nicht aus dem Bereich der Massenmedien. **Erwartung 2** konnte daher nicht bestätigt werden. Viel eher kommen sie aus dem kulturellen Bereich, der zur Abgrenzung zur Massenkultur auch Hochkultur genannt wird. In Österreich nehmen vor allem Prominente SchriftstellerInnen, angewandte KünstlerInnen oder KabarettistInnen an Protest teil. Es handelte sich dabei fast ausschließlich um österreichische Persönlichkeiten. Die spezifischen Funktionen von Prominenten während Protestereignissen konnten in drei Kategorien eingeteilt werden: OrganisatorInnen (aktiv), UnterstützerInnen (aktiv) und TeilnehmerInnen (passiv). Prominente nehmen bei Protestereignissen wie erwartet (**Erwartung 3**) eine überwiegend aktive Funktion ein und sind selten „bloße“

TeilnehmerInnen. Im Vergleich zu UnterstützerInnen ist der Anteil an OrganisatorInnen unter den Prominenten allerdings überraschend hoch. In Österreich scheint Promi-Protest mehrheitlich Protest „durch“ Prominente zu sein und nicht Protest „mit“ Prominenten, wie es die Literatur erwarten lässt. Prominente nehmen eine überraschend aktive Rolle bei Protestereignissen ein.

Zur Konsensfähigkeit der Protestthemen von Promi-Protestereignissen kann gesagt werden, dass sich die Themen mit den häufigsten Protestthemen in Österreich allgemein decken und daher zumindest innerhalb der österreichischen Protestkultur voraussichtlich wenig Widerstand erfahren. Außerdem wurden keine internationalen Krisen oder Auseinandersetzungen thematisiert (**Hypothese 1a**) und der Anteil an liberalen Protestthemen (**Hypothese 1b**), die allgemein als konsensfähiger gelten, ist bei Promi-Protestereignissen größer als bei anderen Protestereignissen. **Hypothese 1** konnte daher bestätigt werden.

Auch die theoriegeleitete **Hypothese 2** zur Friedfertigkeit von Promi-Protest konnte überprüft werden. Bei den Promi-Protestereignissen wurden weder härtere Protestformen angewendet, noch musste die Polizei in irgendeiner Form intervenieren. Bei anderen Protestereignissen hingegen waren 15,5% härtere Protestformen, und in 14,2% der Fälle musste die Polizei eingreifen.

Hypothese 3 ist die einzige Hypothese, die auf Basis der erhobenen Daten nicht vollständig bestätigt werden konnte. Die Artikel zu Promi-Protestereignissen waren nicht länger als Artikel zu anderen Protestereignissen. Das Gegenteil war der Fall (**Hypothese 3a**). Artikel zu Promi-Protestereignissen hatten tendenziell eher und mehr Illustrationen im Gegensatz zu Artikeln über andere Protestereignisse (**Hypothese 3b**). Artikel zu Promi-Protestereignissen waren ungefähr gleich oft auf der linken wie auf der rechten Seite der Zeitung anzutreffen – dasselbe gilt für Artikel zu anderen Protestereignissen (**Hypothese 3c**). Lediglich die Hypothese 3b deutet auf eine höhere Medienresonanz von Promi-Protestereignissen.

Zuletzt wurde für **Hypothese 4** die TeilnehmerInnenzahl bei Promi- und Nicht-Promi-Protestereignissen verglichen. Wie erwartet konnte festgestellt werden, dass die TeilnehmerInnenzahl bei Promi-Protestereignissen tendenziell etwas größer ist als bei anderen Protestereignissen. Die Hypothese konnte somit bestätigt werden.

5.2 Diskussion der zentralen Ergebnisse

Ein Großteil der theoriegeleiteten Erwartungen sowie Hypothesen konnte anhand des Datensatzes zu Protest in Österreich bestätigt werden. Speziell der Vergleich zwischen der primär US-amerikanischen Theorie und der Empirie zu österreichischem Promi-Protest ergab bezüglich der aktiven Funktion von Prominenten während Protestereignissen, der Konsensfähigkeit ihrer Themen, der Friedfertigkeit, sowie des möglichen Effekts auf die TeilnehmerInnenzahl eindeutige Gemeinsamkeiten.

Insbesondere die Ausarbeitungen zu **Erwartung 2** und **Erwartung 3** haben sehr überraschende Ergebnisse geliefert, deren Bedeutung weiter diskutiert werden müssen:

In Österreich, zumindest im untersuchten Zeitraum, kommt die Mehrzahl der Promi-Protestierenden aus einer Art künstlerischen und intellektuellen Elite. Der Begriff Elite soll hierbei nicht wertend verstanden werden, viel eher als deutliche Abgrenzung von Massenkultur in Bezug darauf, dass sie eher gesellschaftliche Minderheiten anspricht. Im Gegensatz zu den Erwartungen aus der Literatur zu Promi-Protest, sind es in Österreich nicht mehrheitlich FernsehschauspielerInnen, Pop-SängerInnen und SportlerInnen, die zur politischen Mobilisierung aufrufen. Es handelt sich nicht gezwungenermaßen um Personen, die von den Massenmedien unterstützt und deren Bild täglich verbreitet und reproduziert wird, sodass sie eine Mehrheit der Bevölkerung (die Masse) kennt. In Österreich sind es vor allem SchriftstellerInnen, KünstlerInnen, KabarettistInnen und Opernstars.

Eine Erklärungsmöglichkeit dieses Unterschied liegt darin, dass sich Promi-Politik im Allgemeinen, so wird argumentiert, vor allem durch die Art und Weise, wie Politik geführt (politisches System) und Prominenz geschaffen (Mediensystem) wird, von Land zu Land stark unterscheiden kann und damit eng mit dem politischen System und Mediensystem verbunden ist (Hesmondhalg 2005, Street 2012). Aber auch die Begriffsdefinition von „Prominenz“ muss möglicherweise hinterfragt werden. Nach Meyer und Gamson (1995) können Personen aus dem Bereich der Hochkultur noch unter dem Begriff Prominenz zusammengefasst werden. Wippersberg (2007) würde dem allerdings widersprechen:

„Ohne Medienpräsenz kann keine Prominenz entstehen, und sie kann sich auch nicht behaupten – schließlich ist die massenmediale Vermittlung ein Element der symbiotischen Beziehung, durch die

Prominenz entstehen kann. Ohne die Vermittlung der Personen durch die Massenmedien kämen die Prominenten nicht zu ihrem Publikum, ohne das sie nicht prominent werden können.“ (Wippersberg 2007: 226)

Entweder ist also die im Rahmen dieser Arbeit und/oder im Kontext politischen Protests übliche Definition von „Prominenz“ unpassend, oder Prominenz ist bis zu einem gewissen Grad auch unabhängig von den Massenmedien möglich. Dieser Umstand legt nahe, den Begriff der „Prominenz“ in Österreich zu reflektieren und ihn mit jenem in anderen Ländern zu vergleichen. Wie Promi-Politik ist daher möglicherweise Prominenz auf den länderspezifischen kulturellen Kontext zurückzuführen (Henneberg/Chen 2007: 25) und kann nur auf dieser Basis mit anderen Ländern verglichen werden.

Außerdem müssen die Konsequenzen einer Protest-Prominenz diskutiert werden, die in keinem direkten medialen Abhängigkeitsverhältnis steht.²⁶ Edwards und McCarthy (2007) beschreiben eine Strategie von Protest-OrganisatorInnen, die bekannte Persönlichkeiten gezielt einsetzen, um dem Protestrahmen bzw. dem Ereignis an sich zu mehr Bekanntheit zu verhelfen. Aber kann in Österreich überhaupt von so einer Strategie gesprochen werden, wenn diese Art der Prominenz, auf welche ProtestorganisatorInnen angewiesen sind, in diesem Ausmaß gar nicht existiert (z.B. Hollywood)? Ohne einstweilen eine empirische Antwort darauf zu haben, stellt sich zudem die Frage ob der von Meyer und Gamson (1995) beschriebene Effekt, dass weltbekannte Pop-SängerInnen oder Hollywoodstars auch ihre eigenen Fans in Scharen zu den Protestereignissen „mitbringen“ und dadurch die TeilnehmerInnenzahl bei Protestereignissen vervielfältigen können, überhaupt bei SchriftstellerInnen oder Avantgarde-KünstlerInnen vorhanden ist.

Die Analyse der empirischen Daten legt nahe, dass diese Mechanismen in Österreich nicht im selben Maßen funktionieren und dass die Mobilisierungs-Strategien möglicherweise nach einer etwas modifizierten Logik funktionieren. Ein Beispiel hierfür ist der ausgesprochen hohe Anteil an OrganisatorInnen unter den Prominenten. Wie schon beschrieben, nehmen Prominente in Österreich eine sehr aktive Rolle ein und sind nicht nur als zusätzliche Ressource eines Protestereignisses oder einer Protestbewegung im Einsatz. Dadurch stellt sich auch eine andere AkteurInnenkonfiguration und ein anderer

²⁶ Bis zu einem gewissen Grad sind natürlich auch diese Prominenten in einem Naheverhältnis bzw. in Kontakt mit Massenmedien – schon alleine dadurch, dass sie in der Medienberichterstattung erwähnt werden.

Interaktionskontext zwischen den AkteurInnen dar: Prominente werden nicht durch OrganisatorInnen für einen Protest angeworben, sondern sind oft selbst die OrganisatorInnen.

Hypothese 3 zur Medienresonanz der Promi-Protestereignisse ist die einzige Hypothese, die nicht bestätigt werden konnte. Mitunter gilt es hier allerdings zu hinterfragen ob die Messmethode an sich möglicherweise Teil des Problems ist:

Zurückzuführen ist dieses Problem abermals auf die unerwartete berufliche Zuordnung der protestierenden Prominenz in Österreich und damit auch auf ihren möglichen Effekt auf (Massen-)Medien (Gamson 2007). Bei Prominenz aus der Massenkultur liegt per Definition eine viel engere Beziehung bzw. ein viel stärkeres gegenseitiges Abhängigkeitsverhältnis zwischen ihnen und den Medien vor. Ob dieses Abhängigkeitsverhältnis auch bei Prominenten aus Bereichen der Hochkultur vorliegt, ist ungewiss. Auf Basis dieser Information wäre allerdings schon zu erwarten, dass der Effekt auf die Artikellänge (**Hypothese 3a**) sich in Grenzen hält, sind diese Promi-Protestereignisse eben nicht zwingend „news-worthier“.

Obwohl der positive Effekt von Bildern (**Hypothese 3b**) auf die Aufmerksamkeit der LeserInnen weitgehend bestätigt und erforscht wurde (Holmqvist/Wartenberg 2005), ist eine Operationalisierung innerhalb der Medienresonanzanalyse im Rahmen dieser Arbeit nicht unproblematisch. Neben dem unterstellten binären Zusammenhang zwischen der Präsenz eines Prominenten und der Illustration des Artikels durch ein Foto, müssen weitere, teils banale Faktoren wie Motiv, Aktionsform, Platz (in der Zeitung) uvm. mitberücksichtigt werden. Es kann daher nur schwer von einem linearen Zusammenhang zwischen Prominenten und Bildern ausgegangen werden.

Externe Faktoren sind auch bei **Hypothese 3c** zu beachten, so zum Beispiel die grundsätzliche Struktur der Zeitung und die Anordnung der Rubriken. Die Platzierung eines Artikels auf einer linken oder rechten Seite einer Zeitung hängt nämlich primär von den RedakteurInnen selbst und nicht von den Inhalten des Artikels ab.

In Anbetracht aller eben dargelegten Einflüsse auf die ausgewählten Indikatoren der Medienresonanzanalyse, muss nachträglich ein gewisses Maß an Gewagtheit in der Hypothesenformulierung eingeräumt werden. Es wird daher angeraten, diesen Abschnitt für weitere Forschung zu überdenken und falls möglich zugunsten einer akkurateren Messung anzupassen.

5.3 Diskussion des Studiendesigns

Ziel der vorliegenden Studie war es ein möglichst aktuelles und unverzerrtes Bild von Promi-Protest in Österreich zu erfassen und damit die Frage nach der Rolle von prominenten Persönlichkeiten bei Protestereignissen in Österreich zu klären. Zu diesem Zweck fiel die Entscheidung auf einen möglichst unbeeinflussten Untersuchungszeitraum, in welchem weder größere Protestbewegungen, noch Wahlkampagnen die Ergebnisse beeinflussen würden. In der Datenbank wurden nun alle Protestereignisse und Promi-Protestereignisse von Herbst 2006 bis Herbst 2008 erfasst, was somit einer Gesamterhebung in diesem Zeitraum entspricht und daher eine möglichst genaue Darstellung von (Promi-)Protest in dieser Periode garantiert²⁷.

Die Frage, die sich nun stellt, ist, ob dieser Zeitraum dem Bild von Promi-Protest in Österreich wirklich gerecht wird, oder ob die Zusammenarbeit der künstlerischen und musikalischen Szene Österreichs im Rahmen der Proteste gegen Schwarz-Blau in den Jahren 2000-2003 (Foltin 2004) bzw. die weit reichenden Studierendenproteste des Jahres 2009 (Heissenberger 2010) mitberücksichtigt werden sollten. Obgleich es sich dabei um Perioden ungewöhnlich hoher Protestaktivität handelt (Dolezal/Hutter 2007), sind sie möglicherweise relevant um ein getreues Gesamtbild zu erhalten.

Im vorgegebenen Rahmen dieser Masterarbeit war eine Ausweitung des Untersuchungsrahmens nicht möglich. In diesem Sinne wird eine Empfehlung ausgesprochen, den Fokus auf diese Höhepunkte österreichischen Protests zu erweitern und sie empirisch und systematisch auf prominente Unterstützung zu untersuchen.

Einige Fragen bleiben im Rahmen dieser Arbeit unbeantwortet: So zum Beispiel, wie wichtig die Unterstützung durch Prominente von den OrganisatorInnen selbst eingeschätzt wird, wie diese Prominenten ausgewählt werden bzw. wie die Kooperation funktioniert oder wie Promi-Protest von den TeilnehmerInnen wahrgenommen wird. Auch die kausalen Zusammenhänge zwischen Prominenz und Thema, Aktionsform und TeilnehmerInnenzahl sind nicht eindeutig geklärt bzw. lassen mehrere Erklärungsmöglichkeiten offen.

Die Beantwortung dieser Fragen war nicht Ziel dieser Arbeit und hätte mittels der Protestereignisanalyse auch nicht geklärt werden können. Allerdings erscheint ihre Beantwortung dennoch wichtig, um dieses Untersuchungsfeld der Promi-Politik besser verstehen zu können. Zu diesem Zweck wird auf Basis der Ergebnisse dieser Arbeit

²⁷ Unter Berücksichtigung der Verzerrungen bedingt durch die angewandte Erhebungsmethode.

empfohlen, auch *qualitative* bzw. *methodentriangulierende* Untersuchungen durchzuführen (u.a. ExpertInneninterviews) – nicht um anekdotisch die Protest-Geschichte und möglicherweise Promi-Protest-Geschichte Österreichs weiter aufzuarbeiten, sondern um die unbekannten Strategien dahinter, vonseiten der OrganisatorInnen sowie vonseiten der Prominenten selbst zu erkunden. Die Schlussfolgerungen aus den empirischen Ergebnissen der vorliegenden Arbeit (Redefinition des Begriffs „Prominenz“ und/oder des Promi-Protests in Österreich) geben Aufschluss darüber, dass diese Strategien sich möglicherweise von jenen unterscheiden können, die in der US-amerikanischen Literatur beschrieben werden.

5.4 Konklusion

Celebrity politics und damit auch Promi-Protest sind ein immanenter Bestandteil einer postdemokratischen Gesellschaft, in welcher Politik zunehmend als Spektakel inszeniert wird. Es handelt sich um eine Politik, in der Netzwerke und Medien an Bedeutung gewinnen (Crouch 2008, vgl. Street 2012, Wheeler 2012). Manche sehen in ihr eine entideologisierte Politik, in welcher nicht mehr die Klientel, sondern der enge Kontakt zur Masse im Mittelpunkt steht. Ein Kontakt, der über Promi-Politik hergestellt werden kann (Bang 2009) – so z.B. über die politische Inszenierung durch Prominente.

Mittels einer Protestereignisanalyse konnten zum einen die theoretischen Ausarbeitungen zu Promi-Protest (nach Gamson 2007, Edwards/McCarthy 2007, Street 2004 uvm.) erstmals über einen längeren Zeitraum empirisch überprüft werden. Zum anderen stellt diese Masterarbeit die erste wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Promi-Protest in Österreich dar. Die zentrale Fragestellung dieser Masterarbeit lautete: **Welche Rolle spielen prominente Persönlichkeiten bei Protestereignissen in Österreich?**

Prominente nehmen in Form von Promi-Protestereignissen einen kleinen, aber stabilen Anteil an Protest in Österreich insgesamt ein. Im Gegensatz zu den Darstellungen aus der primär US-amerikanischen Theorie zu Promi-Protest handelt es sich bei den Prominenten in Österreich primär um Personen aus dem kulturellen Teilbereich der Hochkultur, wie Literatur, angewandte Kunst oder politisches Kabarett. Innerhalb der Protestereignisse selbst nehmen die prominenten Personen eine sehr aktive Rolle ein. Dies geht soweit, dass in Österreich möglicherweise von einer Art Promi-Aktionismus gesprochen werden muss, dass Prominente größtenteils die Ereignisse, an denen sie teilnehmen auch selbst

mitorganisieren. Die Themen von Promi-Protestereignissen und anderem Protest sind sich allgemein ähnlich. Die Themen Asyl, Nationalsozialismus und Große Koalition waren im untersuchten Zeitraum am präsentesten. Promi-Protestereignisse thematisieren allerdings keine internationalen Ereignisse, sie haben einen größeren Anteil an *liberalen* Protestthemen und die Protestformen und Protestverläufe sind friedlicher als bei anderen Protestereignissen. Letztlich unterscheidet sich Promi-Protest auch anhand der TeilnehmerInnenzahl, da er durchschnittlich eine höhere TeilnehmerInnenanzahl aufweist als vergleichbare Ereignisse ohne prominente UnterstützerInnen.

Die vorliegende Untersuchung ist keinesfalls erschöpfend. Es sollte daher unbedingt auf die oben angeführten Punkte weiter geforscht werden. Sie zeigt hingegen schon jetzt, dass sich Prominente bzw. Promi-Protestereignisse deutlich von anderen Protestereignissen unterscheiden und *celebrity politics* als eigenständige Analysekategorie von Protest und somit auch Politik in Österreich herangezogen werden kann.

6. LITERATURVERZEICHNIS

Ansolabehere, Stephen; Behr, Roy L.; Iyengar, Shanto (1993), The media game: American politics in the television age. New York and Toronto: Macmillan.

Bang, Henrik P. (2009), „Yes we can“: identity politics and project politics for a late-modern world. In: *Urban Research & Practice* 2(2), 117-137.

Barnes, Samuel H.; Kaase, Max (Hrsg.) (1979), Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies. Beverly Hills: Sage Publications.

Bell, Daniel (1976), The Coming of Post-Industrial Society. New York: Basic Books.

Berka, Walter (1999), Die Grundrechte. Grundfreiheiten und Menschenrechte in Österreich. Wien/New York: Springer-Verlag.

Besson, Nanette Aimée (2008), Evaluation der Medienresonanz. In: Nanette Aimée Besson (Hrsg.), Strategische PR-Evaluation. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Birnbaum, Pierre (1985), States and Collective Action: The European Experience. Cambridge: Cambridge University Press.

Boorstin, Daniel J. (1992), The Image: A Guide to Pseudo-Events in America. New York: Vintage Books.

Bourdieu, Pierre (2001), Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.

Conover, Pamela J.; Feldman, Stanley (1981), The Origins and Meaning of Liberal/Conservative Self-Identifications. In: *American Journal of Political Science* 25(4), 617-645.

Conover, Pamela J.; Feldman, Stanley (1984), How People Organize in the Political World: A Schematic Model. In: American Journal of Political Science 28(1), 95-126.

Cress, Daniel M.; Snow, David A (1996), Mobilization at the Margins: Ressources, Benefactors, and the Viability of Homeless Social Movement Organizations. In: American Sociological Review 61(6), 1089-1109.

Crouch, Colin (2008), Postdemokratie. Frankfurt am Main: Edition Suhrkamp.

Crozat, Matthew (1998), Are the Times A-Changin'? Assessing the Acceptance of Protest in Western Democracies. In: David S. Meyer; Sidney Tarrow (Hrsg.), The Social Movement Society, Contentious Politics for a New Century. Maryland: Rowman u. Littlefield Publishers, 59-82.

Dahl, Robert A. (1998), On Democracy. New Haven u.a.: Yale University Press.

Dalton, Russel J. (1996), Paradoxes of Peace: German Peace Movements Since 1945. Ann Arbor: University of Michigan Press.

Davis, Aeron (2010), Political Communication and Social Theory. London: Routledge.

Dayan, Daniel; Katz, Elihu (1992), Media Events: The live boradcasting of history. Cambridge, MA: Harvard University Press.

Dolezal, Martin; Hutter, Swen (2007), Konsensdemokratie unter Druck? Politischer Protest in Österreich, 1975-2005. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP) 36(3), 337-352.

Dolezal, Martin; Hutter, Swen; Wüest, Bruno (2012), Exploring the new cleavage across arenas and public debates: design and methods. In: Hanspeter Kriesi; Edgar Grande; Martin Dolezal; Marc Helbling; Dominic Höglinger; Swen Hutter; Bruno Wüest (Hrsg.), Political Conflict in Western Europe. Cambridge u.a.: Cambridge University Press, 36-66.

Dörner, Andreas (2001), Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Dupont, Cédric; Passy, Florence (2011), The Arab Spring or How to Explain those Revolutionary Episodes? In: Swiss Political Science Review 17(4), 447-451.

Earl, Jennifer; Martin, Andrew; McCarthy, John D.; Soule, Sarah A. (2004), The Use of Newspaper Data in the Study of Collective Action. In: Annual Review of Sociology 30, 65-80.

Edelmann, Murray (1990), „Politik als Ritual“. Die Symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns. Frankfurt am Main: Campus-Verlag.

Edwards, Bob; McCarthy, John D. (2007), Ressources and Social Movement Mobilization. In: David A. Snow; Sarah A. Soule; Hanspeter Kriesi (Hrsg.), The Blackwell Companion to Social Movements. Malden, USA u.a.: Blackwell Publishing, 116-152.

Esser, Frank (1999), Tabloidization of News. A Comparative Analysis of Anglo-American and German Press Journalism. In: European Journal of Communication 14, 291-324.

Etzioni, Amitai (1970), Demonstration Democracy. New York u.a.: Gordon and Breach.

Fischer, Erica (1986), Frauenbewegung in Österreich. In: Anni Bell; Eva Fleischer; Hildegard Knapp; Itta Tenschert (Hrsg.), Furien in Uni-Form? Dokumentation der dritten österreichischen Frauensommeruniversität Innsbruck. Innsbruck: Vor-Ort, Verein zur Förderung Qualitativer Sozialforschungsprojekte, 23-27.

Foltin, Robert (2004), Und wir bewegen uns doch: Soziale Bewegungen in Österreich. Wien Wien: Edition Grundrisse.

Foltin, Robert (2011), Und wir bewegen uns noch. Zur jüngeren Geschichte sozialer Bewegungen in Österreich. Wien: Mandelbaum kritik & utopie.

Gamson, William A.; Wolfsfeld; Gadi (1993), Movements and Media as Interacting Systems. In: Annals of the American Academy of Political and Social Science 528, 114-125.

Gamson, William A., (2007), Bystanders, Public Opinion, and the Media. In: David A. Snow; Sarah A. Soule; Hanspeter Kriesi (Hrsg.), The Blackwell Companion to Social Movements. Malden, USA u.a.: Blackwell Publishing, 242-261.

Giese, Karim (2012), Versammlungsrecht. In: Susanne Bachmann; Gerhard Baumgartner; Rudolf Feik; Karim Giese; Dietmar Jahnel; Georg Lienbacher (Hrsg.), Besonderes Verwaltungsrecht. Wien: Springer-Verlag, 71-96.

Götz, Rudolf (2005), Öffentlichkeitsmobilisierung und partizipative Demokratie. Der österreichische (grüne) Gentechnikkonflikt. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP) 34(1), 73-89.

Grittman, Elke (2007), Das Politische Bild. Fotojournalismus und Pressefotographie in Theorie und Empirie. Köln: Halem-Verlag.

‘t Hart, Paul; Tindall, Karen (2009), Leadership by the Famous: Celebriy as Political Capital. In: John Kane; Haig Patapan; Paul ‘t Hart (Hrsg.), Disperesed Democratic Leadership: Origins, Dynamics, and Implications. Oxford: Oxford University Press, 255-278.

Heissenberger, Stefan (Hrsg.) (2010), Uni brennt. Wien: Tura + Kant.

Henneberg, Stepahn; Chen Yi-Ling (2007), Celebrity Political Endorsement. In: Journal of Political Marketing 6(4), 1-31.

Herkenrath, Mark; Knoll, Alex (2011), Protest Events in International Press Coverage: An Empirical Critique of Cross-National Conflict Databases. In: International Journal of Comparative Sociology 52(3), 163-180.

Herzog, Dietrich (1975), Politische Karrieren: Selektion und Professionalisierung politischer Führungsgruppen. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Hesmondhalgh, David (2005), Producing Celebrity. In: Jessica Evans, David Hesmondhalgh (Hrsg.), Understanding Media: Inside Celebrity. Maidenhead: Open University Press, 97-134.

Holmqvist, Kenneth; Wartenberg, Constanze (2005), The Role of Local Design Factors for Newspaper Reading Behaviour – an Eye-tracking Perspective. In: Lund Cognitive Studies 127.

Hunt, Scott A.; Benford, Robert D.; Snow, David A. (1994), Identity Fields: Framing Processes and the Social Construction of Movement Identities. In: Enrique Laraña; Hank Johnston; Joseph R. Gusfield (Hrsg.), New Social Movements: From Ideology to Identity. Philadelphia, PA: Temple University Press, 185-208.

Jenkins, J. Craig; Bond, Joe (2001), Conclift carrying capacity, political crisis, and reconstruction. In: Journal of Conflict Resolution 45(1), 3-31.

Kaase, Max (1990), Mass Participation. In: Kent M. Jennings; Jan W. van Deth et al. (Hrsg.), Continuities in Political Action: A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies. Berlin und New York: de Gruyter, 23-64.

Kaase, Max; Marsh, Alan (1979), Political Action – A Theoretical Perspective. In: Barnes, Samuel H.; Kaase, Max (Hrsg.) (1979), Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies. Beverly Hills: Sage Publications, 27-56.

Kaase, Max; Neidhardt, Friedhelm (1990), Politische Gewalt und Repression. Ergebnisse von Bevölkerungsumfragen. (Ursachen, Prävention und Kontrolle von Gewalt. Analysen und Vorschläge der Unabhängigen Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt, Bd. IV). Berlin: Duncker und Humboldt.

Koopmans, Ruud; Rucht, Dieter (2002), Protest Event Analysis. In: Bert Klandermans; Suzanne Staggenborg (Hrsg.), Methods of Social Movement Research. Minneapolis/London: University of Minnesota Press, 231-259.

Krasner, Stephen D. (1978), United States Commercial and Monetary Policy (Unraveling the Paradox of External Strength and Internal Weakness. In: Peter J. Katzenstein (Hrsg.), Between Power and Plenty. Madison: University of Minnesota Press, 53-81.

Kraus, Karl (1927), Prominente Pupperl. In: Die Fackel 28(751-756), 116-119.

Kriesi, Hanspeter (2007), Political Context and Opportunity. In: Hanspeter Kriesi (Hrsg.), The Blackwell Companion to Social Movements. Malden, USA u.a.: Blackwell Publishing, 67-90.

Kriesi, Hanspeter; Koopmans, Ruud; Duyvendak, Jan Willem; Guigni, Marco (1995), New Social Movements in Western Europe. A Comparative Analysis. Minneapolis: University of Minnesota Press.

Kriesi, Hanspeter; Grande, Edgar; Lachat, Romain; Dolezal, Martin; Bornschier, Simon; Frey, Timotheos (2008), West European Politics in the Age of Globalization. Cambridge u.a.: Cambridge University Press.

Kriesi, Hanspeter; Grande, Edgar; Dolezal, Martin; Helbling, Marc; Högliger, Dominic; Hutter, Swen; Wüest, Bruno (Hrsg.) (2012), Political Conflict in Western Europe. Cambridge u.a.: Cambridge University Press.

Kurzmann, Charles; Aderson, Chelise; Clinton, Key; Youn, Ok Lee; Moloney, Mairead; Silver, Alexis; Van Ryn, Maria W. (2007), Celebrity Status. In: Sociological Theory 25(4), 347-367.

Lamnek, Siegfried (1989), Qualitative Sozialforschung. Band 2. Methoden und Techniken. München und Weinheim: Beltz, Psychologie-Verl.-Union.

Lipsky, Michael (1968), Protest as a Political Resource. In: The American Political Science Review 62(4), 1144-1158.

Maislinger, Andreas (1984), "Neue" Österreichische Friedensbewegung(en). In: Andreas Kohl; Alfred Stirnemann (Hrsg.), Österreichisches Jahrbuch für Politik 1983. Wien: Verlag für Geschichte und Politik, 635-651.

Marsh, David; 't Hart, Paul; Tindall, Karen (2010), Celebrity Politics: The Politics of the Late Modernity? In: Political Studies Review 8(3), 322-340.

Mazzoleni, Gianpietro; Schulz, Winfried (1999), "Mediatization" of Politics: A Challenge for Democracy? In: Political Communication 16(3), 247-261.

McAdam, Doug; Su, Yang (2002), The War at Home: Antiwar Protests and Congressional Voting, 1965 to 1975. In: American Sociological Review 67(5), 696-721.

McCarthy, John D; Zald, Mayer N. (1977), Resource Mobilization and Social Movements: A Partial Theory. In: Americal Journal of Sociology 82(6), 1212-1241.

Meyer, David S.; Gamson, Joshua (1995), The Challenge of Cultural Elites: Celebrities and Social Movements. In: Sociological Inquiry 65(2), 181-206.

Meyer, John; Rowan, Brian (1977), Institutionalized Organizations: Formal Structures as Myth Ceremony. In: American Journal of Sociology 83(2), 340-363.

Meyer, Thomas (2001), Mediokratie. Die Kolonialisierung der Politik durch die Medien. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Mills, C. Wright (1956), *The Power Elite*. New York: Oxford University Press.

Mukherjee, Jaideep (2004), Celebrity , Media and Politics: An Indian Perspective. In: Parliamentary Affairs 57(1), 80-92.

Myers, Daniel J.; Schaefer Caniglia, Beth (2004), All the Rioting That's Fit to Print: Selection Effects in National Newspaper Coverage of Civil Disorders 1968-1969. In: American Sociological Review 69(4), 519-543.

Neidhardt, Friedhelm; Rucht, Dieter (1993), Auf dem Weg in die „Bewegungsgesellschaft“? Über die Stabilisierbarkeit sozialer Bewegungen. In: Soziale Welt 44(3), 305-326.

Neidhardt, Friedhelm (1994), Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. In: Friedhelm Neidhardt (Hrsg.) (1994), Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Opladen: Westdeutscher Verlag, 7-41.

Neidhardt, Friedhelm; Rucht, Dieter (2001), Protestgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. In: Dieter Rucht (Hrsg.) (2001), Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen. Frankfurt/New York: Campus Verlag.

Österreichisches Parlament, URL: <http://www.parlament.gv.at> (Letzter Zugriff: 13/10/2012)

Ortiz, David G.; Myers, Daniel J; Walls, N. Eugene; Diaz, Maria-Elena D. (2005), Where do we stand with newspaper data? In: Mobilization 10(3), 397-419.

Plasser, Fritz; Seeber, Gilg (2010), Wahlentscheidung in der Boulevard-Demokratie: Die Kronen Zeitung, News Bias und Medieneffekte. In: Fritz Plasser (Hrsg.), Politik in der Medienarena. Praxis politischer Kommunikation in Österreich. Wien: Facultas Verlags- und Buchhandels AG, 273-312.

Plasser, Fritz; Lengauer, Günther (2010), Politik vor Redaktionsschluss:

Kommunikationsorientierungen von Macht- und Medieneliten in Österreich. In: Fritz Plasser (Hrsg.), Politik in der Medienarena. Praxis politischer Kommunikation in Österreich. Wien: Facultas Verlags- und Buchhandels AG, 53-100.

Powell, Walter; DiMaggio, Paul J. (Hrsg.) (1992), The New Institutionalism in Organizational Analysis. Chicago: University of Chicago Press.

Pross, Harry (1992), Protestgesellschaft: von der Wirksamkeit des Widerspruchs. München: Artemis und Winkler.

Putnam, Robert D. (1995), Bowling alone: America's declining social capital. In: Journal of Democracy 6(1), 81-95.

Rosenberger, Sieglinde; Winkler, Jakob (2012), Anti-Abschiebungsproteste mit Empathie gegen die Exklusion. In: Ilker Ataç; Sieglinde Rosenberger (Hrsg.), Politik der Inklusion und Exklusion (Migrations- und Integrationsforschung), Band 4. Wien: Vienna University Press, 111-134.

Röttger, Ulrike (2009), Campaigns (f)or a better world?. In: Ulrike Rötter (Hrsg.), PR-Kampagnen. Über die Inszenierung von Öffentlichkeit. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 9-23.

Rucht, Dieter (Hrsg.) (2001), Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen. Frankfurt/New York: Campus Verlag.

Rucht, Dieter; Hocker, Peter; Ohlemacher, Thomas (1992), Dokumentation und Analyse von Protestereignissen in der Bundesrepublik Deutschland (Prodat). Berlin: Wissenschaftszentrum für Sozialforschung (WZB).

Rucht, Dieter; Hocke, Peter; Oremus, Dieter (1995), Quantitative Inhaltsanalyse: Warum, wo, wann und wie wurde in der Bundesrepublik protestiert? In: Ulrich von Alemann (Hrsg.), Politikwissenschaftliche Methoden. Grundriss für Studium und Forschung. Opladen: Wesdeutscher Verlag, 261-291.

Schwendter, Rolf (1996), Das Jahr 1968. War es eine kulturelle Zäsur? In: Reinhard Siedler, Heinz Steinert, Emmerich Tálos (Hrsg.), Österreich 1945-1995. Gesellschaft, Politik, Kultur. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, 166-175.

Schulze, Gerhard (2000), Die Erlebnisgesellschaft: Kultursoziologie der Gegenwart. 8. Auflage. Frankfurt am Main: Campus Verlag.

Statistik Austria (2008), Städte in Zahlen 2008. Wien. URL: http://www.statistik.at/web_de/Redirect/index.htm?dDocName=034361 (Letzter Zugriff: 09/01/2013)

Street, John (2004), Celebrity Politicians: Popular Culture and Political Representation. In: British Journal of Politics and International Relation 6(4), 435-452.

Street, John (2012), Do Celebrity Politics and Celebrity Politicians Matter? In: The British Journal of Politics and Internationals Relations 14(3), 346-356.

Tilly, Charles (1995), Popular Contention in Great Britain. 1758-1834. Cambridge, MA: Harvard University Press.

Tye, Larry (1998), The Father of the Spin: Edward L. Benrays and the Birth of Public Relations. New York: Crown Publishers.

Wartenberg, Constanze; Holmqvist, Kenneth (2005), Daily Newspaper Layout – Designers' Predictions of Readers' Visual Behaviour – a Case Study. In: Lund University Cognitive Studies 126.

Weber Max (1980) [1922], Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriß der Verstehenden Soziologie. Tübingen: Mohr.

Wheeler, Mark (2012), The Democratic Worth of Celebrity Politics in an Era of Late Modernity. In: The British Journal of Politics and Internationals Relations 14(3), 407-422.

Wippersberg, Julia (2007), Prominenz. Entstehung, Erklärung, Erwartungen. Konstanz:
UVK Verlagsgesellschaft.

Wiso Presse Praxis, URL: <http://www.wiso-net.de> (Letzter Zugriff: 13/10/2012)

Wolf, Armin, (2005), Image-Politik. Prominente Quereinsteiger als Testimonials der Politik. Baden-Baden: Nomos-Verl.Ges.

Wolf, Armin; Frank, Euke (2006), PROMI-POLITIK. Prominente Quereinsteiger im Porträt. Wien: Czernin Verlag.

Zald, Mayer N: (1992), Looking Backward to Look Forward: Reflections on the Past and Future of the Resource Mobilization Program. In: Alan D. Morris; Carol McClurg Mueller (Hrsg.), Frontiers in Social Movement Theory. New Haven, CT: Yale University Press, 326-348.

Promi-Protest Zeitungsartikel

Der Standard (2006a), 24.10.2006, Nazi-Grab: Anzeige durch Opferverbände Hakenkreuz am Grazer, URL: http://www.wiso-net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=STA&DOKV_NO=0830840650780680650820680+95200610241921550041&DOKV_HS=0&PP=1

Der Standard (2006b), 08.11.2006, Kunst-Aktionen, Mahnwache, Shoah-Symposium, URL: http://www.wiso-net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=STA&DOKV_NO=0830840650780680650820680+95200611080402150012&DOKV_HS=0&PP=1

Der Standard (2006c), 30.11.2006, Glitzernde Langeweile, URL: http://www.wiso-net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=STA&DOKV_NO=0830840650780680650820680+95200611301922050043&DOKV_HS=0&PP=1

Der Standard (2007a), 06.03.2007, Kampf um ein Qualitätskino, URL: http://www.wiso-net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=STA&DOKV_NO=0830840650780680650820680+95200703061922290046&DOKV_HS=0&PP=1

Der Standard (2007b), 15.03.2007, Hoffnung auf Rettung für das Augartenkino Rot-Grün-Offensive im Grazer Gemeinderat, URL: http://www.wiso-net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=STA&DOKV_NO=0830840650780680650820680+95200703151922330052&DOKV_HS=0&PP=1

Der Standard (2007c), 20.03.2007, Graz steht geschlossen hinter „KIZ“ Überparteiliches Komitee will auch Übergangslösung für Augartenkino finden, URL: http://www.wiso-net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=STA&DOKV_NO=0830840650780680650820680+95200703201922370046&DOKV_HS=0&PP=1

Der Standard (2007d), 17.04.2007, Abschiebungen drohen "Ehe ohne Grenzen" zieht Negativbilanz URL: http://www.wiso-net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=STA&DOKV_NO=0830840650780680650820680+95200704171920250052&DOKV_HS=0&PP=1

Der Standard (2007e), 12.06.2007, Protest gegen Sulm-Kraftwerk Umweltschützer fordern Einspruch von Landesrat Seitinger, URL: http://www.wiso-net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=STA&DOKV_NO=0830840650780680650820680+95200706121920210050&DOKV_HS=0&PP=1

Der Standard (2007f), 28.06.2007, Regenbogenparade mit neuer Route und anderem Ziel, URL: http://www.wiso-net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=STA&DOKV_NO=0830840650780680650820680+95200706280401330019&DOKV_HS=0&PP=1

Der Standard (2007g), 02.07.2007, Partyspaß, Protest und alte Forderungen 120.000 Teilnehmer bei Regenbogenparade, URL: http://www.wiso-net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=STA&DOKV_NO=0830840650780680650820680+95200707021920240036&DOKV_HS=0&PP=1

Der Standard (2007h), 11.09.2007, Turbulenzen um Linzer „Turmkommers“ Petition gegen „ewiggestriges Spektakel“, URL: http://www.wiso-net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=STA&DOKV_NO=0830840650780680650820680+95200709111920160047&DOKV_HS=0&PP=1

Der Standard (2007i), 05.10.2007, Grüne berufen Sondersitzung ein Van der Bellen: Platter agiert „schäbig“, URL: http://www.wiso-net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=STA&DOKV_NO=0830840650780680650820680+95200710051920170040&DOKV_HS=0&PP=1

Der Standard (2007j), 10.10.2007, Demo mit deutlichen Botschaften, URL: http://www.wiso-net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=STA&DOKV_NO=0830840650780680650820680+95200710101000060047&DOKV_HS=0&PP=1

Der Standard (2007k), 11.10.2007, BZÖ zeigt Petrovic an Sechs Asyl-Helfer bereits verurteilt. URL: http://www.wiso-net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=STA&DOKV_NO=0830840650780680650820680+95200710111920180012&DOKV_HS=0&PP=1

Der Standard (2007l), 11.10.2007, Prominente bekennen sich zu zivilem Ungehorsam im Ernstfall, URL: http://www.wiso-net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=STA&DOKV_NO=0830840650780680650820680+95200710111920180013&DOKV_HS=0&PP=1

Der Standard (2007m), 24.10.2007, Alte Demo, neuer Gegner Am Donnerstag wird wieder protestiert, URL: http://www.wiso-net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=STA&DOKV_NO=0830840650780680650820680+95200710241926050030&DOKV_HS=0&PP=1

Der Standard (2007n), 27.10.2007, KURZ IM BLICK, URL: http://www.wiso-net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=STA&DOKV_NO=0830840650780680650820680+95200710271925430066&DOKV_HS=0&PP=1

Der Standard (2008a), 02.04.2008, Eine Kettenreaktion auf den EU-Vertrag, URL: http://www.wiso-net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=STA&DOKV_NO=0830840650780680650820680+95200804021925320034&DOKV_HS=0&PP=1

Der Standard (2008b), 04.04.2008, THEMA EU_REFORMVERTRAG +++ ABSTIMMUNG IM PARLAMENT ENTZWEIT DIE PARTEIEN +++, URL: http://www.wiso-net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=STA&DOKV_NO=0830840650780680650820680+95200804041925450017&DOKV_HS=0&PP=1

Der Standard (2008c), 04.04.2008, THEMA EU-REFORMVERTRAG +++ REALITÄT
UND SATIRE +++, URL: http://www.wiso-net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=STA&DOKV_NO=0830840650780680650820680+95200804041925450018&DOKV_HS=0&PP=1

Der Standard (2008d), 05.04.2008, EU-Vertrag: Eine Demo jagt die andere Linke und Rechte gehen getrennt, URL: http://www.wiso-net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=STA&DOKV_NO=0830840650780680650820680+95200804050406230010&DOKV_HS=0&PP=1

Der Standard (2008e), 07.04.2008, EU-Vertrag wird abgenickt Grüne nur teilweise glücklich – Demos ohne Auswirkungen, URL: http://www.wiso-net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=STA&DOKV_NO=0830840650780680650820680+95200804071925560033&DOKV_HS=0&PP=1

Der Standard (2008f), 19.06.2008, KURZ GEMELDET, URL: http://www.wiso-net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=STA&DOKV_NO=0830840650780680650820680+95200806190405180024&DOKV_HS=0&PP=1

Der Standard (2008g), 07.08.2008, „Mein Kapital hat sich verbraucht“, URL: http://www.wiso-net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=STA&DOKV_NO=0830840650780680650820680+95200808071925150014&DOKV_HS=0&PP=1

Der Standard (2008h), 07.08.2008, URL: Beschwerde-Brief an SPÖ-Spitze trübt roten Parteitag, URL: http://www.wiso-net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=STA&DOKV_NO=0830840650780680650820680+95200808071925150012&DOKV_HS=0&PP=1

Der Standard (2008i), 08.08.2008, SPÖ: Milder Umgang mit dem scharfen Brief, URL: http://www.wiso-net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=STA&DOKV_NO=0830840650780680650820680+95200808081925170059&DOKV_HS=0&PP=1

Der Standard (2008j), 18.09.2008, Kritik in der SPÖ an gemeinsamer EU-Linie mit FPÖ

Swoboda: Rot-blauer Antrag „nicht tragbar“ Petritsch warnt vor „gefährlichem Weg“, URL: [http://www.wiso-](http://www.wiso-net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=STA&DOKV_NO=083084065078068)

[http://www.wiso-](http://www.wiso-net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=STA&DOKV_NO=0830840650780680650820680+95200809062038570079&DOKV_HS=0&PP=1)
0650820680+95200809062038570079&DOKV_HS=0&PP=1

Der Standard (2008k), 06.09.2008, Kritik aufrecht, aber im Wahlkampf geht die Loyalität

vor Ex-Finanzminister Lacina verteidigt Faymann-Forderung nach halber Mehrwertsteuer auf Lebensmittel, URL: <http://www.wiso->

[http://www.wiso-](http://www.wiso-net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=STA&DOKV_NO=0830840650780680650820680+95200809181925160011&DOKV_HS=0&PP=1)
0650820680+95200809181925160011&DOKV_HS=0&PP=1

Der Standard (2008l), 02.09.2008, „Wir brauchen grünes Licht“ Promi-Komitee wirbt für

Grünen-Chef Van der Bellen, URL: <http://www.wiso->

[http://www.wiso-](http://www.wiso-net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=STA&DOKV_NO=0830840650780680650820680+95200809021925520027&DOKV_HS=0&PP=1)
0650820680+95200809021925520027&DOKV_HS=0&PP=1

Der Standard (2008m), 05.09.2008, Gute und schlechte Laune beim Donauinselfest, URL:

<http://www.wiso->
[http://www.wiso-](http://www.wiso-net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=STA&DOKV_NO=0830840650780680650820680+95200809050406190010&DOKV_HS=0&PP=1)
0650820680+95200809050406190010&DOKV_HS=0&PP=1

Der Standard (2008n), 13.09.2008, Die Bigas gegen die Begas, URL: <http://www.wiso->

[http://www.wiso-](http://www.wiso-net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=STA&DOKV_NO=0830840650780680650820680+95200809131925200112&DOKV_HS=0&PP=1)
0650820680+95200809131925200112&DOKV_HS=0&PP=1

Der Standard (2008o), 15.09.2008, Grenzwerte in der Grenzlage, URL: <http://www.wiso->

[http://www.wiso-](http://www.wiso-net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=STA&DOKV_NO=0830840650780680650820680+95200809151925110033&DOKV_HS=0&PP=1)
0650820680+95200809151925110033&DOKV_HS=0&PP=1

APPENDIX A: Tabellenanhang

Position	Thema	Position	Thema	Position	Thema	Position	Thema	Position	Thema
Contra	Privatisierung/Liberalisierung (nat.)	Contra	Unis: Studiengebühren/Zugangsbeschränkungen	Contra	Kriminalitätsbekämpfung/Bestrafung (allgm.)	Pro	Öffentlicher Verkehr	Pro	Verbotsgesetz
Contra	Privatisierung/Liberalisierung (int.)	Contra	Unis: Bolognaprozess	Contra	Polizei	Contra	Atomkraft	Contra	Austrofaschismus
Contra	Kapitalismus/Marktwirtschaft	Pro	Unis: Kinderbetreuung	Pro	Datenschutz	Pro	Alternative Energiegewinnung	Pro	Vertriebene
Contra	Arbeitslosigkeit/Entlassungen	Pro	Unis: Ausländische Studenten	Contra	Todesstrafe	Pro	Tempolimits für Autos	Contra	Patriotismus/Nationalismus
Pro	Löhne und Rechte von ArbeitnehmerInnen	Pro	Unis: Gleichberechtigung Männer/Frauen	Contra	Bundesheer (allgem.)	Pro	Umweltschutz/Natur schutz (allgem.)	Contra	Burschenschaften/Korporationen
Contra	a-typische Beschäftigung/Prekarität	Pro	Bildung (allgm)	Contra	Aufrüstung	Pro	Tierschutz	Pro	Kommunismus
Pro	Konsumentenschutz	Pro	Kindergarten	Pro	Menschenrechte (int.)	Contra	Lärm	Contra	FPÖ (allgemein) & FPÖ als Regierungspartei
Pro	Wohlfahrtsstaat	Pro	Schule: Budget	Pro	Dritte Welt/Entwicklungshilfe	Contra	Gentechnik in Landwirtschaft	Contra	BZÖ (allgemein) & BZÖ als Regierungspartei
Pro	Kinder-/rechte	Pro	Kunst/Kultur (allgm.)	Pro	Gruppen im Ausland	Pro	Frauenrechte (häusliche Gewalt, Abtreibung u.ä.)	Pro	Demokratie/Mitbestimmung
Pro	Kranke/Behinderte/Pflegebedürftige	Contra	Zensur	Pro	Europäische Integration (allgem.)	Pro	Homosexualität	Pro	Politische Kultur (allgem.)
Pro	Mieterschutz	Contra	Todesstrafe	Pro	EU-Verfassung/Vertrag von Lissabon	Contra	Religion (allgemein)	Pro	Asyl/Migration
Pro	Armutsbekämpfung	Contra	Bundesheer (allgm.)	Contra	EU-Austritt Österreichs	Pro	Ethnische Minderheiten	Pro	Integration
Pro	Grundeinkommen	Contra	Aufrüstung	Pro	Europa Erweiterung (allgem.)	Contra	Antisemitismus	Contra	Fremdenfeindlichkeit/Rassismus
Pro	Steuern für Unternehmen	Pro	Frieden	Contra	Straßen/Autoverkehr/Transitverkehr	Pro	Bürgerrechte	Pro	Islam (allgem.)
Pro	Unis & Forschung (Budget)	Pro	Menschenrechte (int.)	Pro	Garagen/Parkplätze	Pro	Pornografie/Bordelle/Prostitution		
Pro	Unis: Mitbestimmung/Demokratie	Pro	Dritte Welt/Entwicklungshilfe	Pro	Radfahrer/Fußgänger	Contra	Nationalsozialismus/Neonazis		

Tabelle 6.1: „Liberale“ Protestthemen

Name	Beruf	Funktion			Gesamt
		OrganisatorIn	UnterstützerIn	TeilnehmerIn	
Wolfram P. Kastner	Künstler	1	0	0	1
Martin Krenn	Künstler	1	0	0	1
Yossi Gutmann	Künstler	1	0	0	1
Eva Ungar Grudin	Künstlerin	1	0	0	1
Julius Deutschbauer	Künstler	1	0	0	1
Gerhard Spring	Künstler	1	0	0	1
Erwin Wurm	Künstler	1	0	0	1
El Awadalla	Autorin	0	0	1	1
Peter Weibel	Künstler	0	0	1	1
Elfriede Jelinek	Autorin	1	1	1	3
Doron Rabinovici	Autor	1	1	0	2
Uschi Profanter	Sportlerin	0	0	1	1
Marla Glenn	Sängerin	0	1	0	1
Marianne Mendt	Sängerin	0	1	0	1
Gery Keszler	Society	0	0	1	1
Birgit Sarata	Operetten-Sängerin	0	0	1	1
Marlene Steeruwitz	Autorin	3	1	0	4
Willi Resetarits	Sänger	0	1	0	1
Manfred Deix	Karikaturist	1	0	0	1
Florian Scheuba	Kabarettist	2	0	0	2
Hubsi Kramar	Schauspieler	2	0	0	2
Peter Traxler	Kabarettist	1	0	0	1
DJ I-Wolf	Diskjockey	1	0	0	1
Robert Schindel	Autor	2	0	0	2
Alfons Haider	Entertainer	1	0	0	1
Erwin Steinhauer	Kabarettist	2	0	0	2
Rupert Henning	Kabarettist	1	0	0	1
Thomas Maurer	Kabarettist	1	0	0	1
Kurt Palm	Regisseur	1	0	0	1
Robert Menasse	Autor	2	0	0	2
Gustav Ernst	Autor	1	0	0	1
Olga For	Autorin	1	0	0	1
Barbara Frischmuth	Autorin	1	0	0	1
Sabine Gruber	Autorin	1	0	0	1
Alfred Kolleritsch	Autor	1	0	0	1
Felix Mitterer	Autor	1	0	0	1
Birgit Pölzl	Autorin	1	0	0	1
Kathrin Röggla	Autorin	1	0	0	1
Gerhard Ruiss	Autor	1	0	0	1
Raoul Schrott	Autor	1	0	0	1
Erika Pluhar	SchauspielerIn	1	0	0	1
Markus Spiegel	Musik Produzent	1	0	0	1
Boris Bukowski	Sänger	1	0	0	1
Eva Rossman	Autorin	1	0	0	1
Louie Austin	Musiker	1	0	0	1
Barbara Coudenhouve-Kalergi	Journalistin	1	0	0	1
Angelika Kirchschlager	Opernsängerin	1	0	0	1
Otto Tausig	Schauspieler	1	0	0	1
Franz Wenzl	Sänger	0	0	1	1
Harry Stoika	Sänger	0	1	0	1
Martha Butbul	Sängerin	0	1	0	1
Gesamt		47	8	7	62

Tabelle 6.2: Prominente nach Beruf und Funktion

APPENDIX B: Promi-Protestereignis Überblick

Promi-Protestereignisse im Detail:

- Mitte Oktober 2006 bringen die Künstler Wolfram P. Kastner und Martin Krenn in Graz eine transparente Tafel mit den Worten „Vorkämpfer für die NS-Verbrechen verdienen keine Ehre“ auf dem Grabstein des 1938 verstorbenen Tita Probst an. Sie protestieren mit dieser symbolischen Protestaktion gegen das Ehrengrab samt darauf ausgestelltem Hackenkreuz (Der Standard 2006a).
- Die Performance-KünstlerInnen Yossi Gutmann und Eva Ungar Grudin verteilen am 9. November 2006 Poster mit rassistischen Graffiti und Kalender mit verunstalteten FPÖ-Plakaten in Gedenken an die Jahre 1938/1939 und als Kritik gegenüber der rassistischen Politik der FPÖ (Der Standard 2006b).
- Die Künstler Julius Deutschbauer und Gerhard Spring organisieren am 23. November 2006 eine „One Minute Demo“ auf dem Wiener Heldenplatz um gegen das Mozartjahr zu demonstrieren (Der Standard 2006c).
- Der Künstler Erwin Wurm organisiert am 23. November 2006 eine sogenannte „Donnerstagsdemo“ gegen das Schwarz-Blaue Kabinett Schüssel. Auch Millionenshow-Siegerin El Awadalla nimmt an dieser Demonstration teil (Der Standard 2006c).
- Mittels einer Online-Petition werden im März 2007 Unterschriften gegen den Abriss des Programmkinos in Graz gesammelt. Unter den 9000 UnterzeichnerInnen befindet sich unter anderem der Künstler Peter Weibel (Der Standard 2007a/Der Standard 2007b/Der Standard 2007c).
- Der Verein „Ehe ohne Grenzen“ veranstaltet am 18. April 2007 eine öffentliche Kundgebung vor dem Innenministerium gegen die Abschiebungen binationaler EhepartnerInnen. Die SchriftstellerInnen Elfriede Jelinek und Doron Rabinovici verlesen im Rahmen der Kundgebung Grüßbotschaften von abgeschobenen EhepartnerInnen (Der Standard 2007d).
- Der Umwelt- und Tierschutzverein WWF und der Naturschutzbund veranstalten im Juni 2007 eine Kundgebung auf der Grazer Burg, um gegen den möglichen Bau von zwei Wasserkraftwerken in Natura 2000-Schutzgebieten zu protestieren. Unter den ProtestteilnehmerInnen ist auch Paddel-Weltmeisterin Uschi Profanter (Der Standard 2007e).

- Am 30. Juni 2007 nehmen 100.000 bis 120.000 Personen an der jährlichen Regenbogenparade teil. Explizites Protestthema ist die eingetragene Partnerschaft für Homosexuelle. Bei der Abschlusskundgebung der Demonstration treten die Sängerinnen Marla Glen und Marianne Mendt auf. Weitere Prominente wie der Life-Ball Organisator Gery Keszler und der Operettenstar Birgit Sarata waren auch vor Ort (Der Standard 2007f/Der Standard 2007g).
- Der Vorsitzende des „Oberösterreichischen Netzwerks gegen Rassismus und Rechtsextremismus“ sammelt im September 2007 Unterschriften gegen Linzer Turmkommers. Die Schriftstellerin Elfriede Jelinek ist eine der UnterstützerInnen (Der Standard 2007h).
- Am 09. Oktober 2007 organisieren die Grünen eine Demonstration mit 5000 TeilnehmerInnen, die vom Innenministerium zum Kanzleramt marschiert um gegen eine „menschenverachtende“ Asylpolitik zu protestieren. Von den RednerInnenpulten aus richten auch Prominente wie die Autorin Marlene Steeruwitz und der Sänger und Integrationshaus-Chef Willi Resetarits ein paar Worte an die Demonstrierenden (Der Standard 2007i/Der Standard 2007j/Der Standard 2007k).
- Auf Anfrage von Der Standard bekennen sich eine Vielzahl an prominenten Personen am 11. Oktober schriftlich zu „zivilem Ungehorsam im Ernstfall“, indem sie betonen, dass sie von Abschiebung bedrohte AsylverwerberInnen bei sich aufnehmen würden. Unter den Bekennungsschreiben finden sich auch prominente UnterzeichnerInnen wie der Karikaturist Manfred Deix, der Kabarettist Florian Scheuba, der Schauspieler und Regisseur Hubsi Kramar, der Kabarettist Peter Traxler, der Diskjockey DJ I-Wolf, der Schriftsteller Robert Schindel und der Entertainer Alfons Haider (Der Standard 2007l).
- Am Donnerstag den 25. Oktober organisieren der Sprecher der „Donnerstagsdemos“ unter Schwarz/Blau, Kurt Wendt, sowie die Autorin Marlene Steeruwitz eine öffentliche Kundgebung mit 150 TeilnehmerInnen vor dem Ballhausplatz als Protest gegen die Abschiebungspolitik unter Innenminister Platter (Der Standard 2007m/Der Standard 2007n).
- Die Kabarettisten Florian Scheuba, Erwin Steinhäuser, Rupert Henning und Thomas Maurer inszenieren am 3. April eine Anti-EU-Initiative auf der Meidlinger Hauptstrasse in Wien als Kritik gegen die vorherrschende Anti-EU-Polemik (Der Standard 2008c).

- Am 5. April 2008 bildet die Plattform „Volxabstimmung“ eine Menschenkette von 2700 Protestierenden um das Parlament, um gegen den EU-Reformvertrag zu demonstrieren. Prominente MitorganisatorInnen dieser Plattform sind der Schauspieler Hubsi Kramar, der Regisseur Kurt Palm und die SchriftstellerInnen Robert Menasse und Marlene Steeruwitz (Der Standard 2008a/Der Standard 2008b/Der Standard 2008c/ Der Standard 2008d/ Der Standard 2008e).
- Fünfzehn SchriftstellerInnen sprechen sich am 18. Juni 2008 in einem offenen Brief für ein Bleiberecht von Arigona Zogaj aus. Unterschrieben haben diesen Brief: Gustav Ernst, Olga For, Barbara Frischmuth, Sabine Grubner, Elfriede Jelinek, Alfred Kolleritsch, Robert Menasse, Felix Mitterer, Birgit Pölzl, Doron Rabinovici, Kathrin Röggla, Gehard Ruiss, Robert Schindel, Raoul Schrott und Marlene Steeruwitz (Der Standard 2008f).
- Eine Vielzahl „bekannter SozialdemokratInnen“ beschwert sich am 6. August 2008 in einem offenen Brief über die mutmaßliche Anbiederung des Bundeskanzlers Faymann an das Boulevardblatt „Kronen Zeitung“. Unter ihnen befinden sich auch Prominente wie die SchauspielerInnen Erwin Steinhauer und Erika Pluhar (Der Standard 2008g/Der Standard 2008h/ Der Standard 2008i/Der Standard 2008j/ Der Standard 2008k).
- Ein Promi-Komitee aus 7 Personen wirbt ab 2. September 2008 via YouTube (quasi mit einem offenen Brief) für eine „anständige“ Zuwanderungspolitik, eine bessere politische Kultur und auch für den Spitzenkandidaten der Grünen, Alexander Van der Bellen. Unter den Prominenten finden sich der Musikproduzent Markus Spiegel, der Sänger Boris Bukowski, die Autorin Eva Rossman, der Musiker Louie Austin, die Journalistin Barbara Coudenhove-Kalergi, die Opernsängerin Angelika Kirchschlager und der Schauspieler Otto Tausig (Der Standard 2008l).
- Der Sänger Franz Wenzl (auch bekannt als Austro-Fred) gibt im September an „vor drei Monaten“ eine Petition gegen die Übernahme der Szene Wien durch den Planet.tt.-Chef Jsoef Sopper unterschrieben zu haben (Der Standard 2008m).
- Die MusikerInnen Harry Stoika und Martha Butbul (Jazz Gitti) geben am 14. September 2008 in Mogersdorf an der Grenze zu Ungarn ein Konzert im Rahmen eines von der Bürgerinitiative gegen Abfallschweinerei organisierten Festes mit rund 1000 TeilnehmerInnen um gegen eine geplante Müllverbrennungsanlage zu protestieren (Der Standard 2008n/Der Standard 2008o).

APPENDIX C: Codebuch

Die folgenden Darstellungen dokumentieren die Vorgangsweise und Codierlogik, auf Basis welcher der endgültige Datensatz und damit die Grundlage der beiliegenden Masterarbeit ausgearbeitet wurde.

Anmerkung: Die Liste der Actionsformen, ProtestorganisatorInnen und Protestthemen, sowie der grobe Aufbau der Variablen aus diesem Codebuch wurden in Zusammenarbeit mit Univ.-Prof. Dr. Wolfgang C. Müller und Univ.-Ass. Mag. Dr. Martin Dolezal im Rahmen des Forschungspraktikums „Politischer Protest“ im SoSe 2011 an der Universität Wien festgelegt und zur Anwendung für diese Masterarbeit lediglich reformuliert und gegebenenfalls angepasst.

1. VARIABLEN LISTE

Zur Codierung aller als relevant definierten Informationen aus den Zeitungsartikeln wurde eine Excel-Tabelle verwendet. Die Variablen aus dieser Tabelle werden in diesem Codebuch genau erklärt.

1.1 V1 Datum und V2 Tag:

In dieser Spalte wird das Erscheinungsdatum des Artikels eingetragen (Bsp.: 01.01.2008), nicht das Datum des Protestereignisses. Diese Variable dient primär der Identifizierung einzelner Artikel und möglicher Doppeleinträge. Es handelt sich hierbei um eine direkte Übernahme der Information aus der Zeitungsdatenbank.

Nach Eingabe des Publikationsdatums wird über die programmierte Excelmaske automatisch V2, der Publikationstag, ausgefüllt.

Bsp.: Wird das Datum 06.10.2006 eingegeben, erscheint daneben automatisch der entsprechende Wochentag, Freitag.

1.2 V3 Titel:

Diese Variable beinhaltet den exakten Titel des codierten Artikels und ist daher als Freitext einzutragen. Wie die Variable Datum, hat diese Variable keine Inhaltliche Relevanz im Analyseteil der Arbeit, sondern dient als Orientierungshilfe im Datensatz. Es handelt sich hierbei um eine direkte Übernahme der Information aus der Zeitungsdatenbank.

1.3 V4 Rubrik:

In diese Spalte wird die Rubrik eingetragen unter welcher der codierte Artikel publiziert wurde. Es handelt sich hierbei um eine direkte Übernahme der Information aus der Zeitungsdatenbank.

1.4 V5 Seite:

Die hier eingegebene Seitenzahl ist eine direkte Übernahme aus der Zeitungsdatenbank. Es wird dabei jeweils nur die erste Seitenzahl angegeben, auch bei Artikeln, die mehrere Seiten lang sind.

1.5 V6 Link:

Hier wird der direkte Hyperlink des digitalen Artikels eingefügt. Dadurch können jegliche Informationen dieses Artikels jederzeit zielgenau nachgeprüft werden. Es handelt sich hierbei um eine direkte Übernahme der Information aus der Zeitungsdatenbank.

Der Inhalt dieser ersten sechs Variablen wird während des Codierprozesses nicht verändert. Sie dienen der Nachvollziehbarkeit, Dokumentation und Überprüfbarkeit des Datensatzes.

1.6 V7 Kurzbeschreibung:

Diese Variable ist in Form eines Freitextes einzugeben und soll im Idealfall möglichst kompakt (1-2 Sätze) alle wichtigen Informationen über das Protestereignis beinhalten. Als Eingabehilfe dient die Orientierung an folgenden Fragen: Wer? (OrganisatorIn) Was? (Protestform) Wann? (Datum des Protests) Wo? (Ort) Warum? (Thema u./o. AdressatIn).

Bsp.: „Donnerstagfrüh haben die Wiener Grünen beim Ernst-Happel-Stadion eine Menschenkette gebildet um die Abholzung von 46 Bäumen zu verhindern.“

Wird in einem Artikel mehr als nur ein einziges Protestereignis dokumentiert, werden diese getrennt festgehalten. Die Kurzbeschreibung enthält nur die Informationen zu jeweils einem Protestereignis. Für weitere im Artikel erwähnte Protestereignisse werden über die

Excel-Eingabemaske zusätzliche Zeilen generiert, welche dieselben Informationen in den fünf ersten Variablen beinhalten.

1.7 V8 Ort und V9 Ort_Neu:

In diese Variable ist der Protestort einzutragen. Sollte der Protest an einem anderen Ort starten als er beendet wird, ist der Zielort einzutragen. Für eine vereinfachte Eingabe, ermöglicht es die Excel-programmierte Eingabemaske aus 82 Kategorien auszuwählen. Dabei handelt es sich um 71 Städte mit über 10.000 EinwohnerInnen (Statistik Austria 2008), acht Bundesländer²⁸ und Österreich als Sammelbegriff.

Dabei gilt es immer die kleinste Analyseeinheit als Information einzutragen. Die Kategorien der Bundesländer (mit Ausnahme Wiens) sind nur dann auszuwählen, wenn das Bundesland des Protestereignisses bestimmt werden kann, die genaue Stadt allerdings nicht. Dasselbe gilt für die Sammelkategorie Österreich. Diese gilt es nur auszuwählen, wenn es sich tatsächlich explizit um ein österreichweites Protestereignis handeln sollte.

Bsp.: „Der ARBÖ sammelt in ganz Österreich Unterschriften gegen das Tempolimit 100 auf Autobahnen.“

Sollte der Ort des Protestereignissen nicht aus dem Artikel ersichtlich sein, es sich allerdings anhand der restlichen Informationen eindeutig um ein Ereignis auf österreichischem Boden handeln muss, ist die Kategorie „99 | Unbekannt“ auszuwählen. Sollte keine genaue Ortsbeschreibung im Artikel ersichtlich sein und nicht sicher erkennbar sein, dass das Ereignis in Österreich stattgefunden haben muss, dann wird dieses Ereignis nicht codiert.

Sollte der Ort des Protestereignisses genau angegeben, dieser aber nicht unter den vorgefertigten Kategorien auswählbar sein, dann ist die Kategorie „88 | Anderer Ort“ auszuwählen und in der nächsten Variable (V9 Ort_Neu) als Freitext zu notieren.

²⁸ Wien befindet sich als Stadt unter den 71 Städten mit mehr als 10.000 EinwohnerInnen und ist daher nicht nochmals als Bundesland auswählbar.

1.8 V10 Future Event:

Hierbei handelt es sich um eine dichotome Variable, die entweder die Ausprägung Ja (1) oder Nein (2) haben kann. Dabei ist mit einem „Ja“ oder „Nein“ festzuhalten ob das entsprechende Ereignis zum Zeitpunkt der Publikation stattgefunden hat oder nicht. Handelt es sich um ein „Future Event“ (zukünftiges Ereignis) können Leerfelder im weiteren Verlauf des entsprechenden Datenbankeintrags entstehen z.B. bei der TeilnehmerInnenzahl (V16 & V17) oder bei der Variable Polizei (V52), da die entsprechenden Informationen zum Zeitpunkt der Berichterstattung schlicht noch nicht bekannt sind.

1.9 V11 PE Datum, V12 PE Tag, V13 PE Zeitpunkt und V14 PE Dauer:

In der Spalte „PE Datum“ wird das exakte Datum (Bsp.: 01.01.2008) des Protestereignisses eingetragen, sollte dieses bekannt sein. Nach der Eintragung eines Datums erscheint in der Spalte danach (V12), durch Programmierung der Eingabemaske der entsprechende Wochentag (Bsp. Montag). Mit Hilfe von V12 kann die korrekte Codierung von V11 nochmals überprüft werden.

Sollte im Artikel lediglich von einem Wochentag die Rede sein, muss mittels des Publikationsdatums (V1) und des Publikationstages (V2) des Artikels auf das PE Datum (V11) rückgeschlossen werden – V12 kann dabei behilflich sein.

Bsp.: Der Artikel wurde am 06.10.2006 publiziert. Die Eingabemaske berechnet automatisch den entsprechenden Wochentag, Freitag. Im Artikel ist das Protestereignis mit den Worten „kommenden Montag“ festgelegt. Es muss sich daher um Montag den 09.10.2006 handeln.

Ist weder ein PE Datum noch ein PE Tag im Artikel auszumachen, aber ein Zeitpunkt bzw. Zeitraum ersichtlich (Bsp. „im Oktober“ oder „vor einer Woche“), wird aufgrund der Ungenauigkeit der Angabe im Feld des PE Zeitpunkt (V13) lediglich Monat und Jahr (Bsp.: Oktober 2006) als Freitext notiert.

Als PE Datum sowie als PE Zeitpunkt gilt immer der Beginn des Protestereignisses.

Sollte das Protestereignis explizit mehrere Tage andauern (z.B. eine Besetzung), wird dies in Variable 14 PE Dauer vermerkt und numerisch über die Anzahl der Tage festgehalten. Dauert ein Protestereignis einen Tag, ist in diese Spalte die Zahl „1“ einzutragen. Dauert es zwei Tage, ist die Zahl „2“ einzutragen.

Ist kein genaues Datum erkennlich, aber der Zeitpunkt ist z.B. über mehrere Monate festgelegt, wird in der Spalte PE Zeitpunkt (V13) „Oktober-November 2006“ eingetragen. In die Spalte zu PE Datum ist „missing“ einzutragen, da die Anzahl der Tage nicht genau bestimmt werden kann. Handelt es sich beim Zeitraum des Protestereignisses um einen Zeitraum, der außerhalb des Untersuchungszeitraumes begonnen hat (z.B.: September-Oktober 2006) wird das Ereignis nicht codiert.

Sollten weder das PE Datum, der PE Tag, noch ein dem Untersuchungszeitraum zuordenbarer Zeitraum aus dem Artikel ersichtlich sein, dann wird das Ereignis nicht codiert, da nicht mit Sicherheit davon ausgegangen werden kann, dass das Ereignis im ausgewählten Untersuchungszeitraum stattgefunden hat.

1.10 V15 Aktionsform

Die V15 Aktionsform wird je nach Erwähnung im Zeitungsartikel oder eindeutiger Zuordnbarkeit einer von fünfzehn vorgegebenen Kategorien zugeordnet. Die Aktionsformen sind in der folgenden Liste entsprechend ihrer Härte bzw. ihrem Gewaltpotenzial aufsteigend geordnet. Zu sanften Aktionsformen werden jene Aktionsformen gezählt, bei welchen das psychische und physische Gewaltrisiko sehr gering ist. Zur Kategorie *sanfte Aktionsformen* zählen daher folgende: Offene Briefe und Flugblätter, Unterschriftensammlungen, Mahnwachen, Feste mit symbolischem Symbolgehalt (z.B. der Opferball der Zeitschrift Augustin, als Gegenveranstaltung zum Wiener Opernball), symbolische Protestformen (z.B. ein Flashmob oder andere Formen non-verbalen Protests), Kundgebungen und Versammlungen (in einem Gebäude o.ä. und daher nicht öffentlich), öffentliche Kundgebungen und Versammlungen (öffentliche bedeutet hier „an einem öffentlich sichtbaren Ort“) und friedliche Demonstrationen oder Märsche.

Bei *härteren Aktionsformen* ist auch das Gewaltpotenzial höher und/oder das Protestereignis befindet sich außerhalb des rechtlich erlaubten Rahmens. Zu diesen Aktionsformen zählen: gewalttätige Demonstrationen oder Märsche (= physische Gewalt), Boykotte oder Buykotte (= finanzieller Schaden), gewaltloses Stören von Abläufen in

Institutionen u.ä. (= psychische Gewalt), Blockaden oder Besetzungen, direkte Gewalt gegen Sachen, Hungerstreiks oder Selbstverbrennungen, oder direkte Gewalt gegen Personen (Crozat 1998).

Liste der Aktionsformen:

- 1 offener Brief/Flugblatt
- 2 Petition/Unterschriftensammlung
- 3 Mahnwache/Lichterkette/Menschenkette
- 4 Feste mit politischem Symbolgehalt
- 5 symbolische Protestformen
- 6 Kundgebung/Versammlung
- 7 öffentliche Kundgebung/Versammlung
- 8 Demonstration/Marsch (friedlich)
- 9 Demonstration/Marsch (gewalttätig)
- 10 Boykott/Buykott
- 11 gewaltloses Stören von Abläufen (in Institutionen u.a.)
- 12 Blockaden/Besetzungen
- 13 direkte Gewalt gegen Sachen
- 14 Hungerstreik/Selbstverbrennung
- 15 direkte Gewalt gegen Personen
- 99 nicht einordenbar

Grundsätzlich beinhalten die Zeitungsartikel ausreichend Informationen um eine Protestform entsprechend zuzuordnen. JournalistInnen verwenden dabei auch größtenteils das entsprechende Fachvokabular. Steht also der Begriff „Lichterkette“ im Artikel, kann mit hoher Treffsicherheit die Kategorie 3 ausgewählt werden. Manchmal wird allerdings z.B. der Begriff „Demonstration“ als Sammelbegriff verwendet. Sollte diese „Demonstration“ laut Artikel allerdings nur an einem einzelnen Ort stattfinden bzw. nicht in Bewegung sein, muss davon ausgegangen werden, dass es sich eigentlich um eine Kundgebung handelt. Die Informationen aus den Artikeln sind daher wichtig und hilfreich, müssen allerdings entsprechend der Eigenschaften der Protestformen überprüft und gegebenenfalls korrigiert werden. Daher folgen weitere Präzisierungen einzelner (möglicherweise missverständlicher) Aktionsformen:

Petition/Unterschriftensammlung

Es ist gleichgültig, ob die Petition/Unterschriftensammlung „auf Papier“ oder „im Internet“ stattfindet. Nicht erhoben werden „Petitionen“, wenn es sich dabei um nichts anderes als den Beschluss eines Vertretungskörpers handelt: etwa einer Gemeinderatsfraktion an den Nationalrat o.ä..

Feste mit politischem Symbolgehalt

Hier gilt besonders (obgleich ansonsten auch), dass eine klare politische Botschaft erkennbar sein muss, sodass eine solche Aktionsform als politische Protestaktion codiert werden kann.

Symbolische Protestformen

Hier handelt es sich im Grunde um eine Sammelkategorie. Darunter fallen alle Protestformen, die nicht den Kategorien 1 bis 8 zugeordnet werden können, die grundsätzlich aber legal und gewaltfrei sind und eindeutig ein Protestereignis darstellen. (z.B. der Flashmob „Kiss-in“ gegen Homophobie in Studierendenlokalen, oder ein politisch motivierter Rücktritt eines Unirates / einer Unirätin).

Kundgebung/Versammlung (öffentlich)

Kundgebungen oder Versammlungen jeglicher Art können öffentlich und nicht öffentlich sein. Wichtig ist, dass sie an einem Ort stattfinden bzw. immobil sind, daher, dass es keinen Marsch o.ä. gibt. Hinweise zu einem spezifischen Ort, etwa einem Platz, deuten auf eine Kundgebung, wogegen Straßen eher für Demonstrationen sprechen. In Wien sind der Stephans-, Helden- oder Ballhausplatz traditionelle Orte für Kundgebungen, während die Ringstraße oder die Mariahilferstraße eher ein Ort für Demonstrationen sind. Es handelt sich hierbei um einen Richtwert, keine Regel.

Demonstration/Marsch (gewalttätig)

Bei dieser Protestform muss es sich einerseits um eine Demonstration oder einen Marsch handeln, andererseits muss es während dem Protestereignis absichtlich oder unbeabsichtigt („Kollateralschäden“) zu Gewalt gegen Dinge oder Menschen gekommen sein. Dabei kann es sich um eine körperliche Auseinandersetzung mit GegendemonstrantInnen, der Polizei oder Objekten wie Mistkübeln handeln. Wichtig ist, dass die Protestform der Demonstration im Vordergrund des Ereignisses bleibt. Sollte dies nicht der Fall sein und

handelt es sich um gezielte Angriffe auf Personen oder Dinge sind die entsprechenden Kategorien 13 oder 15 zu verwenden.

Direkte Gewalt gegen Personen

Das Opfer der Gewaltaktion ist bewusst gewählt. Es handelt sich um keinen „Kollateralschaden“ einer anderen Handlung, wie z.B. einer Demonstration. Das Ausmaß an Gewalttätigkeit ist nicht relevant – das politisch motivierte Anspucken einer Person ist hier genauso zu codieren wie physische Gewaltakte.

1.11 V16 TeilnehmerInnenzahl_Min und V17

TeilnehmerInnen_Max

In Zeitungsartikeln werden oft mehrere Angaben zur TeilnehmerInnenzahl vermerkt. Diese Angaben unterscheiden sich entweder aufgrund einer zeitlichen Differenz (Vormittag/Nachmittag, Anfang/Ende einer Demonstration) oder einer subjektiven Differenz stattfinden, d.h. die Information kommt von unterschiedlichen Quellen (Polizei/OrganisatorInnen/TeilnehmerInnen/JournalistInnen).

Für die Codierung ist irrelevant aus welcher Quelle die TeilnehmerInnenzahl kommt. Sie muss explizit vermerkt sein. Gibt es mehrere Angaben, wird die kleinste Angabe in V16 codiert und die größte in V17.

Eine Ausnahme stellen hier Petitionen bzw. Unterschriften dar. Da sich solche Ereignisse über einen sehr langen Zeitraum erstrecken, wäre es widersinnig die minimale und maximale TeilnehmerInnenzahl als Richtwert zu nehmen. Die Anzahl an Unterschrift bei einer Petition ist manifest und sollte sich nicht anhand unterschiedlicher Quellen unterscheiden. Hier gilt nur die endgültige TeilnehmerInnenzahl.

Ist nur eine TeilnehmerInnenzahl vermerkt wird diese in V16 UND 17 eingetragen. Ist keine TeilnehmerInnenzahl vermerkt, wird in beide Variablen der Code „missing“ eingetragen.

Bei ungenauen Angaben (mehrere, eine Gruppe usw. TeilnehmerInnen) wird angelehnt an Rucht et al. (2001) nach folgenden Richtwert vorgegangen:

- einige, einzelne, wenige, mehrere etc.: 5 TeilnehmerInnen
- ein Grüppchen, eine Handvoll etc.: 10 TeilnehmerInnen
- viele, etliche, eine Gruppe, eine Horde: 15 TeilnehmerInnen

- Dutzende: 50 TeilnehmerInnen
- Hunderte, mehrere Hundert: 500 TeilnehmerInnen
- Tausende: 5000 TeilnehmerInnen

1.12 V18-39 OrganisatorInnenkategorien und OrganisatorInnennamen

Die Variablen V18 bis V39 sind jeweils als „Pärchen“ zu codieren. Es handelt sich jeweils einerseits um eine OrganisatorInnenkategorie und andererseits um den jeweiligen spezifischen Namen bzw. die spezifische Bezeichnung als Freitext. Es ist also möglich bis zu elf OrganisatorInnen über diese Variablen zu erfassen. Sollte es mehr als elf OrganisatorInnen bei einem Protestereignissen geben, werden diese in der „Kommentar“-Spalte des Codiersheets ergänzt. Mit diesen Variablen werden die Organisationen bzw. die TrägerInnen des jeweiligen Protestereignisses erfasst. Schon die Unterstützung eines Protestereignisses kann zur Aufnahme in diese Variable führen, sofern die Organisation bzw. die Person aktiv im Rahmen des Ereignisses mitgewirkt hat.

Liste der OrganisatorInnen:

- | | |
|----|--|
| 1 | Parteien ²⁹ |
| 2 | Gewerkschaften/ArbeitnehmerInnenorganisationen |
| 3 | Wirtschaftsverbände/ArbeitgeberInnenorganisationen |
| 4 | Freie Berufe (Verbände) |
| 5 | Bauernverbände |
| 6 | Umwelt- und Tierschutzorganisationen |
| 7 | SchülerInnen |
| 8 | StudentInnen |
| 9 | LehrerInnen |
| 10 | WissenschaftlerInnen |
| 11 | Kirchen/Religionsgemeinschaften |
| 12 | AusländerInnen/MigrantInnen |
| 13 | sonstige Organisationen/Vereine etc. |
| 14 | Prominente |
| 15 | sonstige Privatpersonen |
| 88 | nicht einordenbar |
| 99 | unbekannt |

²⁹ Unter dieser Kategorie werden auch die unmittelbaren Partejugendorganisationen zusammengefasst (Bsp. SJ und JVP). VSSTÖ und AG werden allerdings unter Kategorie 8 „Studierende“ gefasst, da es sich primär um studentische Vertretungen handelt.

Werden Privatpersonen als TeilnehmerInnen eines Protests namentlich genannt, werden diese unter „15 | sonstige Privatpersonen“ geführt. Ist bekannt, dass Personen vor Ort waren, aber, dass es sich dabei nicht um Privatpersonen, noch eine der anderen Kategorien zutrifft, muss die Kategorie 88 ausgewählt werden. Ist nichts über die TeilnehmerInnen bekannt wird die Kategorie „99 | unbekannt“ ausgewählt. Nach der Auswahl der Kategorie wird jeweils in das zugehörige Feld daneben der Name der Person bzw. Organisation spezifiziert. Ist der spezifische Name nicht bekannt, wird das entsprechende Feld nicht ausgefüllt.

Kategorie 14 Prominente: Wann ist jemand eine prominente Persönlichkeit? In Zeitungsartikeln werden meist nur drei AkteurInnengruppen namentlich erwähnt; die OrganisatorInnen, die TeilnehmerInnen und die AddressatInnen. Zur Codierung von Prominenten sind nur die ersten zwei Gruppen relevant. Um zu erkennen, ob eine Person eine prominente Person ist, gilt zu aller erst ein einfaches Merkmal: Eine Person ist Prominent, wenn vor dem Namen der Person der Zusatz *Musiker/in*, *Künstler/in*, *Schauspieler/in*, *Moderator/in* oder ähnliches steht. In den meisten Fällen sind prominente Persönlichkeiten daran erkennbar und sehr leicht dem *kulturellen Feld* zuzuordnen.

Es sei an dieser Stelle explizit festgehalten: Prominente Persönlichkeiten gelten auch als UnterstützerInnen, wenn sie keine explizite Aufgabe oder Funktion im Protest eingenommen haben. Alleine das Erscheinen am Protestschauplatz und das Festhalten dieses Tatbestands durch den Zeitungsartikel ist Zeichen und Konsquenz der Unterstützung zugleich. Eine genauere Aufschlüsselung der Funktion der Prominenten während der Ereignisse und damit auch die Unterscheidung zwischen „ZuschauerInnen“ und „OrganisatorInnen“ wird im Rahmen der Arbeit durchgeführt – hat mit dieser Variable allerdings nichts zu tun.

1.13 V40-45 Position und Protestthema

Es handelt sich wieder um eine „gepaarte“ Variablengruppe mit drei „Pärchen“. D.h. es hängt jeweils eine Variable „Position“ mit einer Variable „Thema“ zusammen. Dabei kann die Variable „Position“ die Ausprägung -1 „anti“ oder +1 „pro“ einnehmen. Ist ein Protest *für* ein Thema gerichtet, wird die Position somit mit 1 codiert, ist der Protest gegen ein Thema gerichtet, dann mit -1. Die Variable Thema ist wieder eine nominale Variable, die aus einer Vielzahl aus Kategorien ausgewählt werden kann.

Durch die kategoriale Zuordnung von oftmals sehr spezifischen Protestthemen und der binären Bewertung der Protestintention (-1/1) kommt es natürlich zu „Übertreibungen“ bzw. „Unschärfen“, die jedoch im Rahmen dieser quantitativen Inhaltsanalyse bewusst in Kauf genommen werden und für eine adäquate Bearbeitung in diesem Rahmen unumgänglich sind.

*Bsp.: Eine Mahnwache am Deportationsbahnhof von Aspang wird als „-1, Nationalsozialismus/Neonazis | 1301“ codiert.
Ein Protest gegen das Zöllibat wird als „-1, Religion allgm. | 1204“ codiert.*

Einer solchen Themenliste liegt die Annahme zugrunde, dass es in jedem Land und zu jeder Zeit zwar unterschiedlichste Themen des Protests geben kann, diese aber immer zu einer limitierten Liste an wiederkehrenden Themen zusammengefasst werden können, um sie besser zu analysieren (vgl. Dolezal/Hutter 2012: 53).

Die Liste der Metakategorien entspricht im Grunde jener zwölf Kategorien von Kriesi et al. (2008, 2012), zuzüglich der Kategorien *Ideologien/politische Gruppen, Universitäten und Forschung* und *Außenpolitik*. Die ersten beiden Kategorien wurden ergänzt, u.a. da es in Österreich in der jüngeren Zeit öfter Demonstrationen gegen Antisemitismus und rechtspopulistische Parteien, sowie gegen Studiengebühren oder eine Ausfinanzierung der Universitäten gegeben hat und es daher nahe liegend ist diese unter dieser Berücksichtigung eher eigenständig zu erfassen. Die Kategorie *Außenpolitik* soll es erleichtern schneller jene Proteste ausfindig zu machen, die sich mit internationalen Ereignissen beschäftigt haben.

Liste der Protestthemen:

METAKATEGORIE		KATEGORIE	
100	Wirtschaft	101	Privatisierung/Liberalisierung (nat.)
100	Wirtschaft	102	Privatisierung/Liberalisierung (int.)
100	Wirtschaft	103	Kapitalismus/Marktwirtschaft
100	Wirtschaft	104	Landwirtschaft (nat.)
100	Wirtschaft	105	Arbeitslosigkeit/Entlassungen
100	Wirtschaft	106	Löhne und Rechte von Arbeitnehmern
100	Wirtschaft	108	a-typische Beschäftigung/Prekariat
100	Wirtschaft	109	Konsumentenschutz

200	Wohlfahrtsstaat	201	Wohlfahrtsstaat (Ausbau/Erhalt)
200	Wohlfahrtsstaat	202	Familien
200	Wohlfahrtsstaat	203	Kinder/Kinderrechte
200	Wohlfahrtsstaat	204	Pensionen/Pensionisten
200	Wohlfahrtsstaat	205	Kranke/Behinderte/Pflegebedürftige
200	Wohlfahrtsstaat	206	Mieterschutz
200	Wohlfahrtsstaat	207	Armutsbekämpfung/Bettler/Obdachlose
200	Wohlfahrtsstaat	208	Grundeinkommen/Mindestsicherung
300	Budget	301	Budget (allgemein)
300	Budget	302	Steuern für Unternehmen
400	Universitäten & Forschung	401	Unis & Forschung : Budget/Infrastruktur
400	Universitäten & Forschung	402	Unis: Mitbestimmung/Demokratie
400	Universitäten & Forschung	404	Unis: Studiengebühren/Zugangsbeschränkungen
400	Universitäten & Forschung	406	Unis: Bolognaprozess
400	Universitäten & Forschung	407	Unis: Kinderbetreuung
400	Universitäten & Forschung	408	Unis: ausländische Studenten
400	Universitäten & Forschung	409	Unis: behinderte Studenten
400	Universitäten & Forschung	410	Unis: Gleichberechtigung Männer/Frauen
500	Bildung/Kultur	501	Bildung (allgem.)
500	Bildung/Kultur	502	Kindergarten
500	Bildung/Kultur	503	Schule: Budget
500	Bildung/Kultur	504	Schule: Lehrer
500	Bildung/Kultur	505	Religionsunterricht/Kreuze in Schulen
500	Bildung/Kultur	506	Kunst/Kultur (allgem.)
500	Bildung/Kultur	507	Zensur
600	Sicherheit	601	Kriminalitätsbekämpfung/Bestrafung (allgem.)
600	Sicherheit	602	Polizei
600	Sicherheit	603	Datenschutz
600	Sicherheit	604	Todesstrafe
700	Bundesheer	701	Bundesheer (allgem.)
700	Bundesheer	702	Aufrüstung
800	Außenpolitik	801	Neutralität
800	Außenpolitik	802	Frieden
800	Außenpolitik	803	Menschenrechte (int.)
800	Außenpolitik	804	Dritte Welt/Entwicklungshilfe
800	Außenpolitik	805	Gruppen im Ausland
900	Europa	901	Europäische Integration (allgem.)
900	Europa	902	EU-Verfassung/Vertrag von Lissabon
900	Europa	903	EURO
900	Europa	904	EU-Austritt Österreichs

900	Europa	905	Erweiterung (allgem.)
900	Europa	907	Agrarpolitik (GAP)
1000	Infrastruktur	1001	Straßen/Autoverkehr/Transitverkehr
1000	Infrastruktur	1002	Garagen/Parkplätze
1000	Infrastruktur	1003	Eisenbahn/Schiffe
1000	Infrastruktur	1004	Flugverkehr
1000	Infrastruktur	1005	Radfahrer/Fußgänger
1000	Infrastruktur	1006	Öffentlicher Verkehr
1000	Infrastruktur	1007	Energiegewinnung (allgem.)
1000	Infrastruktur	1008	Atomkraft
1000	Infrastruktur	1009	Alternative Energiegewinnung
1000	Infrastruktur	1010	Altstadterhaltung/Denkmalsschutz/Ortsbild
1000	Infrastruktur	1011	Tempolimits für Autos
1100	Umweltschutz	1101	Umweltschutz/Naturschutz (allgem.)
1100	Umweltschutz	1102	Tierschutz
1100	Umweltschutz	1103	Lärm
1100	Umweltschutz	1104	Gentechnik in Landwirtschaft
1200	Gesellschaft	1201	Frauenrechte, häusliche Gewalt und Abtreibung
1200	Gesellschaft	1203	Homosexualität
1200	Gesellschaft	1204	Religion (allgemein)
1200	Gesellschaft	1205	Sekten
1200	Gesellschaft	1206	Ethnische Minderheiten
1200	Gesellschaft	1207	Antisemitismus
1200	Gesellschaft	1208	Drogen/Tabak/Alkohol
1200	Gesellschaft	1209	Bürgerrechte
1200	Gesellschaft	1210	Moderne Diagnose-/Heilverfahren
1200	Gesellschaft	1211	Pornografie/Bordelle/Prostitution
1300	Ideologien/Politische Gruppen	1301	Nationalsozialismus/Neonazis
1300	Ideologien/Politische Gruppen	1302	Verbotsgesetz
1300	Ideologien/Politische Gruppen	1303	Austrofaschismus
1300	Ideologien/Politische Gruppen	1304	Vertriebene
1300	Ideologien/Politische Gruppen	1305	Patriotismus/Nationalismus
1300	Ideologien/Politische Gruppen	1306	Burschenschaften/Korporationen
1300	Ideologien/Politische Gruppen	1307	Regionalismus/Föderalismus

	Gruppen		
1300	Ideologien/Politische Gruppen	1308	Kommunismus
1300	Ideologien/Politische Gruppen	1310	FPÖ (allgemein) & FPÖ als Regierungspartei
1300	Ideologien/Politische Gruppen	1311	BZÖ (allgemein) & BZÖ als Regierungspartei
1300	Ideologien/Politische Gruppen	1312	Große Koalition
1400	Institutionen	1401	Öffentlicher Dienst/Beamte
1400	Institutionen	1402	Demokratie/Mitbestimmung
1400	Institutionen	1403	Politische Kultur (allgem.)
1400	Institutionen	1404	Justizwesen/Gerichtsbarkeit
1500	Immigration/Ausländer	1501	Asyl/Migration
1500	Immigration/Ausländer	1502	Integration
1500	Immigration/Ausländer	1503	Fremdenfeindlichkeit/Rassismus
1500	Immigration/Ausländer	1504	Islam (allgemein)
8888	nicht einordenbar	8888	nicht einordenbar
9999	kein Thema vorhanden	9999	kein Thema vorhanden

Es können bis zu drei Positionen und Themen für ein Protestereignis ausgewählt werden. Dabei muss darauf geachtet werden, dass wirklich nur jene Themen codiert werden, die auch explizit im Artikel erwähnt werden. Subjektive Einschätzungen oder Kontextwissen des Coders haben hier (wie auch im gesamten Codierungsverlauf) nicht einzufließen.

Sollte ein Thema explizit erwähnt sein, dieses aber auch unter Hinnahme von „Unschärfen“ keiner Kategorie zuordenbar sein, muss die Kategorie „8888 | nicht einordenbar“ ausgewählt werden. Sollte das Thema nicht explizit genannt sein, muss zuerst nochmals überprüft werden, ob es sich tatsächlich um ein Protestereignis handelt (siehe Definition). Sollte es sich dennoch um eines handelt, wird die Kategorie „9999 | kein Thema vorhanden“ ausgewählt.

1.14 V46-51 AdressatInnenkategorien und AdressateInnennamen

Diese drei Variablenpaare sind genauso aufgebaut wie die OrganisatorInnen-Variablen. Es gibt jeweils eine AdressatInnenkategorie zur Auswahl und daneben die Möglichkeit den

Namen bzw. die Bezeichnung der Person bzw. Organisation zu spezifizieren.

Als „AdressatIn“ wird jene AkteurInnengruppe bezeichnet, die laut Meinung der Protestierenden ihre Handlungen, Entscheidungen etc. ändern soll oder dazu aufgefordert wird die Forderungen der Protestierenden zu erfüllen. Die Festlegung der AdressatInnen darf keinesfalls „freihändig“ oder „automatisch“ erfolgen. Sie müssen aus den Inhalten oder dem Kontext eines Artikels abgeleitet werden. AdressatInnen müssen explizit genannt werden. Ansonsten gelten dieselben Regeln und Richtlinien wie bei den OrganisatorInnen-Variablen.

Liste der AdressatInnen:

- | | |
|----|---|
| 1 | internationale Organisationen |
| 2 | EU |
| 3 | Exekutive |
| 4 | Legislative |
| 5 | Judikative |
| 6 | Parteien |
| 7 | Wirtschaftsverbände/Arbeitgeberorganisationen |
| 8 | Gewerkschaften/Arbeitnehmerorganisationen |
| 9 | Bauernverbände |
| 10 | sonstige Gruppen/Vereine |
| 11 | Religionsgemeinschaften |
| 12 | andere Staaten |
| 13 | Firmen |
| 14 | Österreich/Gesellschaft |
| 15 | Universität |
| 16 | Privatperson |
| 88 | nicht einordenbar |
| 99 | unbekannt |

1.15 V52 Polizei

Die Variable „Polizeieinsatz“ (Polizei) bezieht sich auf die Polizei und andere staatliche Sicherheitskräfte (z.B. das Bundesheer), allerdings nicht auf private Sicherheitskräfte.

Die Variable wird dichotom codiert und hat daher nur zwei Ausprägungen: 0 = kein Einschreiten der Polizei, 1 = Polizei schreitet ein. Die reine Präsenz vor Ort wird mit „0“ codiert, jedes aktive Handeln der Polizei wird mit „1“ codiert. Dies gilt vor allem auch (z.B. bei illegalen und gewalttätigen Protestaktionen), wenn polizeiliche Ermittlungen eingeleitet wurden. Ist im Artikel keine Information über die Polizei vorhanden, wird mit „0“ codiert.

1.16 V53 Artikellänge

Die Länge eines Artikels wird mittels der Wortzahl gemessen. Gibt es mehrere Artikel zu einem Protestereignis, wird die Wortzahl der Artikel addiert. Die Wortzahl wird schon während der Selektionierung über ein Zusatzwerkzeug des Webbrowsers (Pluggin) ermittelt und abgespeichert – die Erhebung ist daher automatisiert und nicht manuell.

Manche Artikel bestehen aus mehreren Kurzmeldungen. Sie sind an ihrer Rubrik erkennbar: „Kurz gemeldet“, „Kurz im Blick“, „Länderschau“, „Stadt Nachrichten“, „Rundschau“ usw. Diese Kurzmeldungen haben dabei keine thematischen Zusammenhang zueinander und thematisieren daher auch denselben Diskursrahmen. Da mit der Variable „Artikellänge“ primär die Präsenz des Diskursrahmens eines Protestereignisses gemessen werden soll, kann bei diesen Artikeln nicht der gesamte Artikel als Richtwert zur Wortzahlermittlung verwendet werden, sondern lediglich die entsprechende Kurzmeldung, die sich auch tatsächlich mit dem Protestereignis befasst.

1.17 V54 Bild

Mit dieser Variable wird das Vorhandensein bzw. die Anzahl an Bildern gemessen, die einen Artikel zu einem Protestereignis illustriert. Diese Variable ist metrisch und entspricht daher der Anzahl an Bildern zu einem Ereignis. Gibt es einen Artikel mit mehreren Fotos, oder mehrere Artikel mit Fotos zu einem Ereignis wird die Anzahl addiert.

Das Bild soll die Aufmerksamkeit der LeserInnenschaft auf den Artikel ziehen, daher ist es egal, ob das Bild ein Foto des Protests darstellt oder etwas ganz anderes (z.B. ein Foto der OrganisatorInnen oder AdressatInnen zu einem anderen Zeitpunkt/an einem anderen Ort), solange in dem Artikel selbst das Protestereignis thematisiert wird.

APPENDIX D: Abstracts

Abstract (Deutsch)

Diese Studie befasst sich damit wie prominente Personen aus dem kulturellen Feld gezielt zur Unterstützung von Protestereignissen oder Protestbewegungen eingesetzt werden, um die Medienaufmerksamkeit auf das jeweilige Protestthema zu lenken. Die mediale Öffentlichkeit ist dabei eine zentrale Machtressource für Protestbewegungen und ermöglicht im Idealfall Druck auf politischer Ebene auszuüben. Der Fokus bisheriger Studien zu Prominenten und Protest lag auf der Ausarbeitung eines Theoriefundaments. Die Methodik beschränkte sich auf anekdotische Untersuchungen einzelner Protestbewegungen. Die vorliegende Studie überprüft die Theorie zu Promi-Protest erstmals empirisch und über einen längeren Zeitraum hinweg.

Im Zentrum der Analyse steht die Rolle von prominenten Persönlichkeiten bei politischem Protest und ob bzw. wie sich Protestereignisse mit Prominenten von Ereignissen ohne diese unterscheiden. Untersucht werden zum einen die berufliche Herkunft der Prominenten und ihre unmittelbare Funktion im Rahmen der Protestereignisse. Zum anderen werden Promi- und Nicht-Promi-Protestereignissen anhand der Protest-Themen, dem Gewaltpotenzial, der Medienresonanz und der TeilnehmerInnenzahlen miteinander verglichen.

Grundlage der Untersuchung ist eine quantitative Inhaltanalyse von Zeitungsartikeln zu Protestereignissen in Österreich. Hierfür wurde eine Vollerhebung in der Tageszeitung „der Standard“ von Herbst 2006 bis Herbst 2008 durchgeführt.

Der Großteil der Promi-Protest-Theorie konnte im Rahmen dieser Studie bestätigt werden. Überraschend waren die Ergebnisse der Medienresonanzanalyse und jene zur Herkunft der protestierenden Prominenten. Zum einen hatte Promi-Protest keinen messbaren Effekt auf die analysierten Medien. Zum anderen nehmen in Österreich mehrheitlich Prominente aus dem Bereich der Hochkultur eine sehr zentrale Rolle bei Protestereignissen ein.

Die Ergebnisse dieser Studie bestätigen, dass Promi-Protest in Österreich vorhanden und relevant ist. Die berufliche Herkunft und die aktive Funktion von Prominenten lassen zudem auf einen markanten Unterschied in den strategischen Hintergründen von Promi-Protest zwischen Theorie und Empirie schließen.

Schlüsselbegriffe: Promi-Politik, Protest, Protestereignisanalyse, Prominente

Abstract (English)

This study is centered on the strategic use of celebrity supporters by protest organizers in the aim of attracting media attention to their protest event or their protest movement. Media attention is an essential resource of power for protest movements, because ideally it allows them to exert pressure on the political level and therefore is a way to reach their goal. The focus of previous studies on celebrities and political protest was to draw up its theoretical foundation. The methodology was limited to anecdotal studies of individual protest movements - mostly in the United States. This study examines the theory of celebrity protests for the first time empirically, analytically and over a longer period of time.

Central to the analysis is the role of celebrities in political protests in Austria, contrasting protest events with celebrity supporters with those without. First, this study examines the professional background of the celebrities and in what way they participated in protest events. Second, it compares the two types of events (with/without celebrities) in relation to the protest issues, presence of violence, media response, and number of participants in each.

The basis of the study is a quantitative content analysis of newspaper articles on protest events, also known as a protest event analysis. A census was performed of all newspaper articles in the newspaper "Der Standard" about protest events in Austria from autumn 2006 to autumn 2008.

The bulk of the original hypothesis was confirmed in this study. However, the media response of the events and professional background of the protesting celebrities did not turn out as expected: Celebrity protest had no measurable effect on the media and the vast majority of celebrity protesters in Austria came from high culture.

The results of the study confirm that celebrity protests in Austria exist and are relevant. The origin and surprisingly active function of celebrities also suggest a striking difference in the strategy of celebrity protest than what is stated in many theoretical works and the empirical evidence in Austria.

Keywords: **celebrity politics, protest, protest event analysis, celebrities**

APPENDIX E: Curriculum Vitae

Jakob-Moritz Eberl, B.A.
jakob.eberl@reflex.at

EDUCATION

Since 2011	Vienna University of Economics Postgraduate studies in Socioeconomics with a focus on Social Capital.
2009/2010	University of Vienna Undergraduate studies in Sociology without formal degree.
Since 2007	University of Vienna Undergraduate and postgraduate studies in Political Science with a focus on Political Theory, Austrian Politics and Political Communication. <i>Master's Thesis (2013): "Celebrity Protest in Austria. A Protest-Event-Analysis"</i> (in German) <i>Bachelor's Thesis (2010): "From Operaism to Post-Operaism. Redefining 'Work' and 'Working Class'"</i> (in German)
Winter 2008/2009	Sciences Po Paris Exchange semester in France with a focus on International Economics, Law and Political Science.
2007	Lycée Français De Vienne Austrian and French school leaving certificate, examination with a specialization in the areas of Social and Economical Sciences.

WORK EXPERIENCE

Research Assistant (July 2011-February 2013)
AUSTRIAN NATIONAL ELECTION STUDY (AUTNES), Vienna, Austria
Activities in the field of electoral research, questionnaire development, planning and execution of online surveys, questionnaire pre-testing, data entry, data analysis and transcription.

Self-employed (December 2010-October 2012)
ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR BERUFSBILDUNGSFORSCHUNG (ÖIBF), Vienna, Austria
Conducted several quantitative interviews, worked in the field of data input, data analysis and research in the context of labour market measures.

Interviewer (October 2011)
STATISTICS AUSTRIA, Vienna, Austria
Conducted several qualitative interviews to pre-test and assess the Austrian Eurostat questionnaire.

Internship (April 2011-July 2011)
THE INTERDISCIPLINARY CENTER FOR COMPARATIVE REASERCH IN THE SOCIAL SCIENCES (ICCR), Vienna, Austria
Transcribed interviews and conducted research in the fields of Biodiversity and Health Governance.

PUBLICATIONS

Peer reviewed:

Eberl, Jakob-Moritz, Markus Wagner and Eva Zeglovits (2013). ‘Politische TV-Ereignisse umdenken: Die Ära der Post-Broadcast Kommunikation’. Manuscript submitted for publication.

Not peer reviewed:

Löffler, Roland and Jakob-Moritz Eberl (2012). ‘Evaluierung der Maßnahmen des Auffangnetzes der Ausbildungsgarantie für Jugendliche (JASG/BAG) im Burgenland 2004-2010’. Final report, by order of the AMS Burgenland, URL:
<http://www.oeibf.at/db/calimero/tools/proxy.php?id=14801> (Letzter Zugriff: 27/02/2013).

OTHER AREAS OF SPECIALIZATION

Languages:

Fluent in oral and written German
Fluent in oral and written English
Fluent in oral and written French
Basic Spanish

Software:

SPSS & Stata

OTHER EXPERIENCES and INTERESTS

- Creative writing: short stories and short film scripts
- Klezmer-Music: guitar and vocals
- Cooking